

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Konstantin Pritzel

Zwanzig Jahre Comecon

Hans Böhme

Die wirtschaftliche
Entwicklung in beiden
Teilen Deutschlands
zwischen 1945 und 1949

B 19/69

10. Mai 1969

Konstantin Pritzel, Dr. jur., geb. 1913 in Berlin, Studium der Naturwissenschaften und der Rechtswissenschaft in Berlin und Jena, seit 1962 Mitarbeiter in der ostpolitischen Redaktion von RIAS-Berlin.

Hans Böhme, Dr. rer. pol., Diplom-Volkswirt, Wissenschaftlicher Assistent am Institut zum Studium der Wirtschaftssysteme an der Universität Göttingen, geb. 1932.

Veröffentlichungen: Zahlreiche Abhandlungen und Rezensionen, vorwiegend über Probleme der Wirtschaftssysteme.

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,29 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Zwanzig Jahre Comecon

Vorwort

Vor etwas mehr als zwanzig Jahren — im Januar 1949 — wurde in Moskau der *Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe* — *RGW, Comecon* — gegründet. Damals war Stalin noch an der Macht. Und neben dem Hauptzweck, die vom Marshall-Plan auf die osteuropäischen Länder ausstrahlenden magnetischen Kräfte zu neutralisieren, bildete der Konflikt zwischen dem sowjetischen Diktator und dem jugoslawischen Staatschef Tito eines der Motive für die Gründung der Organisation.

Die zwanzigjährige Geschichte des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe ist im Hinblick auf die politische Wirklichkeit im sowjetischen Imperium nicht viel anderes als der Versuch, die Organisation zu einem funktionsfähigen Instrument der sowjetischen Oberherrschaft zu entwickeln, und die Geschichte der internationalen sozialistischen Zusammenarbeit ist im wesentlichen die Geschichte des Vollzuges der sowjetischen Wirtschaftspolitik in den übrigen Mitgliedsländern der Organisation.

Dem widerspricht nicht, daß sich sowohl in der Sowjetunion als auch in den übrigen Mitgliedsländern des Comecon in diesem Zeitraum eine

bemerkenswerte wirtschaftliche Entwicklung vollzogen hat. Sie haben ihr wirtschaftliches Potential erheblich vergrößert und, was für die Sowjetunion und die Mehrzahl der Länder Ostmitteleuropas gilt, sich zu modernen Industriestaaten entwickelt oder befinden sich auf dem Wege dahin. Sofern es allerdings das Ziel war, einen sozialistischen Großwirtschaftsraum, ein System kommunistischer Wirtschaftsintegration zu schaffen, ist dieses Ziel — wenigstens bisher — größtenteils verfehlt worden. Dafür gab und gibt es vor allem zwei Gründe: erstens die im kommunistischen Wirtschaftssystem selbst liegenden integrationsfeindlichen, durch die Planungsbürokratie bedingten autarkischen Tendenzen, und zweitens den im gesamten sowjetischen Bündnissystem liegenden Grundwiderspruch zwischen den behaupteten Prinzipien von Gleichheit, Freiwilligkeit und nationaler Souveränität einerseits und der von der Sowjetunion in Wirklichkeit praktizierten Hegemonie, einseitigen Interessenwahrnehmung und der Anmaßung, den Begriff des „proletarischen und sozialistischen Internationalismus“ verbindlich für alle zu interpretieren.

I. Ideologische Grundlagen, Prinzipien und Ziele kommunistischer Integrationspolitik

1. Vom Glauben an die Universalität der Weltrevolution zur Ideologie des Sowjet-Imperialismus

Das Bild, das die Sowjetunion und der unter ihrer Herrschaft befindliche Teil des sozialistischen Lagers heute bieten, hat wenig Ähnlichkeit mit dem, was die Schöpfer der Ideen des marxistischen Sozialismus und die Vorkämpfer der Weltrevolution einst erträumten. Marx und Engels waren davon überzeugt, daß die sozialistische Revolution universalen Charakter haben würde. Engels schrieb im „Entwurf zum kommunistischen Manifest“:

„Frage 19: Wird diese Revolution in einem einzigen Lande allein vor sich gehen können?

Antwort: Nein. Die große Industrie hat schon dadurch, daß sie den Weltmarkt geschaffen hat, alle Völker, und namentlich die zivilisierten, in eine solche Verbindung miteinander gebracht, daß jedes einzelne Volk davon ab-

Hans Böhme:
Die wirtschaftliche Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands zwischen 1945 und 1949 S. 35

hängig ist, was bei einem anderen geschieht. . . . Die kommunistische Revolution wird daher keine bloß nationale, sie wird eine in allen zivilisierten Ländern, d. h. wenigstens in

England, Amerika, Frankreich und Deutschland gleichzeitig vor sich gehende Revolution sein. . . . Sie wird auf die übrigen Länder der Welt ebenfalls eine bedeutende Rückwirkung ausüben und ihre bisherige Entwicklungsweise gänzlich verändern und sehr beschleunigen. Sie ist eine universelle Revolution und wird daher auch ein universelles Terrain haben.“

In der von *Marx* und *Engels* 1845 gemeinsam verfaßten „Deutschen Ideologie“ steht der Satz ¹⁾:

„Der Kommunismus ist empirisch nur als Tat der herrschenden Völker auf ‚einmal‘ oder gleichzeitig möglich, was die universelle Entwicklung der Produktivkraft und den mit ihm zusammenhängenden Weltverkehr voraussetzt.“ Und auf diesen Thesen fußend bestimmte die nach Beendigung des 1. Weltkrieges in Moskau gegründete III. Internationale in Punkt 1) ihres Statuts ²⁾:

„Die neue internationale Arbeitervereinigung ist geschaffen zur Organisierung von gemeinsamen Aktionen der Proletarier der verschiedenen Länder, die das eine Ziel anstreben: Sturz des Kapitalismus, Errichtung der Diktatur des Proletariats und einer internationalen Sowjetrepublik zur vollen Beseitigung der Klassen und zur Verwirklichung des Sozialismus, dieser ersten Stufe der Kommunistischen Gesellschaft.“

Mit der Leninschen Revolution vom Oktober 1917, besonders aber mit der Machtergreifung durch *Stalin*, geriet die tatsächliche Entwicklung in Widerspruch zum Gedankengut und zu den Lehrmeinungen der sogenannten Klassiker des Marxismus. Entgegen der Doktrin hatte *Lenin* die sozialistische Revolution in einem der rückständigsten Länder Europas, in Rußland, durchgeführt. Aber er hatte, genau wie *Trotzki* und andere führende Revolutionäre der damaligen Zeit, damit gerechnet, daß die russische Revolution wie eine Initialzündung für das übrige Europa wirken würde. Und er war des weiteren davon überzeugt, daß der Sozialismus in der Sowjetunion allein nicht fortbestehen könne. So vertrat er auf dem VII. Parteitag der KPdSU im März 1918 die Auffassung ³⁾:

„Gewiß, wenn man an die Dinge den welt-historischen Maßstab anlegt, so kann auch

nicht der geringste Zweifel darüber bestehen, daß der Endsieg unserer Revolution eine hoffnungslose Sache wäre, wenn sie allein bliebe, wenn es in den anderen Ländern keine revolutionäre Bewegung gäbe. Wenn wir, die bolschewistische Partei, allein das ganze Werk unserer Hände genommen haben, so haben wir das in der Überzeugung getan, daß die Revolution in allen Ländern heranreift, daß die internationale sozialistische Revolution letzten Endes — und nicht gleich zu Anbeginn — ausbrechen wird, trotz aller Schwierigkeiten, die wir durchzumachen haben werden, trotz aller Niederlagen, die uns beschieden sein werden — denn die internationale sozialistische Revolution marschiert; denn sie reift und wird völlig ausreifen. Unsere Rettung aus allen diesen Schwierigkeiten — das wiederholte sich nochmals — ist die Revolution in ganz Europa.“

Im gleichen Sinne interpretierte *Trotzki* seine Thesen von der „permanenten Revolution“

„Entweder die russische Revolution wird eine revolutionäre Bewegung in Europa auslösen, oder die reaktionären Mächte Europas werden das revolutionäre Rußland zerstören.“

Und *Sinowjew* schrieb in der „Kommunistischen Internationale“ ⁴⁾:

„Nach Jahresfrist werden wir bereits zu vergessen beginnen, daß es in Europa ein Kampf für den Kommunismus gegeben hat, denn nach einem Jahr wird ganz Europa kommunistisch sein.“

Durch *Stalin* wurde der Kommunismus der Sowjetunion auf eine andere ideologische Grundlage gestellt und nach und nach das entwickelt, was wir heute am treffendsten als „Sowjetkommunismus“ bezeichnen. In der klaren Erkenntnis des Scheiterns aller revolutionären Umsturzversuche im westlichen Europa verwarf *Stalin* die These von der Universalität der Revolution und erklärte, daß die Existenz des sozialistischen Staates unabhängig vom Erfolg der Revolution in anderen Ländern sei. Damit verzichtete *Stalin* zwar nicht auf die Weltrevolution, aber ihr Instrument, die Komintern, wurde ‚umfunktioniert‘. Die Theorie vom ‚Sozialismus in einem Lande‘ lieferte dafür die ideologische Basis. *Stalin* verlangte auf dem XIV. Parteitag der KPdSU im Dezember 1925, die Beziehungen zwischen

¹⁾ Ausgabe des Dietz-Verlages, Ost-Berlin 1953, S. 32.

²⁾ Zitiert nach Nollau, Die Internationale, Köln-Berlin 1959, S. 385.

³⁾ Siehe Nollau, a. a. O., S. 108 und 109.

⁴⁾ Siehe Nollau, a. a. O., S. 107.

⁵⁾ Kommunistische Internationale, I. Jahrgang, Heft 1, 1919.

der Sowjetunion und der organisierten Arbeiterbewegung im Westen müßten von Grund auf geändert werden. Die Arbeiterklasse Europas habe die moralische Verantwortung, „unseren Staat gegen den Kapitalismus, unsere Interessen gegen den Imperialismus“ zu verteidigen⁶⁾. 1927 ging er dann noch einen Schritt weiter, indem er erklärte, daß ein Internationalist sei, wer vorbehaltlos, ohne zu schwanken, ohne Bedingungen zu stellen, bereit sei, die UdSSR zu schützen, weil die UdSSR die Basis der revolutionären Bewegung der ganzen Welt sei⁷⁾. Damit war die ideologische Grundlage für den späteren Sowjetimperialismus gelegt, wie er nach 1945 in den Ländern Ostmitteleuropas und in Mitteldeutschland sowie den jugoslawischen Kommunisten gegenüber und im Sommer 1968 den tschechoslowakischen Reformern gegenüber praktiziert wurde⁸⁾.

Die Politik der Sowjetunion war nach 1945 darauf gerichtet, das neu entstandene Imperium zu konsolidieren und das wirtschaftliche Potential der unterworfenen Länder in größtmöglichem Umfang für den eigenen wirtschaftlichen Aufbau zu nutzen. Diesem Zweck dienten u. a. die Zurückweisung des Marshall-Plans, das an die Satelliten gerichtete Verbot, sich daran zu beteiligen, die handelspolitische Umorientierung der Volksdemokratien und Mitteldeutschlands auf den Ostblock sowie die Gründung des Comecon im Januar 1949.

Die ideologische Basis dieser Politik ließ zwei Komponenten erkennen. Die eine bildete die Lehre vom „Zerfall des einheitlichen, allumfassenden Weltmarktes“ und der „Ausbildung eines parallelen demokratischen oder sozialistischen Weltmarktes als wichtigstes Ergebnis des zweiten Weltkrieges“. Diese Spaltung des Weltmarktes sollte nach der sowjetischen Theorie eine Verschärfung der allgemeinen Krise des kapitalistischen Weltsystems herbeiführen. Am klarsten wurden die Thesen in der von *Stalin* verfaßten Abhandlung über „Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ aus dem Jahre 1952 dargelegt⁹⁾:

⁶⁾ Stalin, Werke, Ost-Berlin 1952, Band 7, S. 247.
⁷⁾ Stalin, Werke, Ost-Berlin 1952, Band 10, S. 45.

⁸⁾ Über die Umgestaltung der Komintern zu einem Instrument der sowjetrussischen Außenpolitik siehe auch den sehr aufschlußreichen und hohen Quellenwert besitzenden Bericht von Buber-Neumann, Kriegsschauplätze der Weltrevolution, Stuttgart 1967, insbes. S. 20 ff. u. S. 134 f. Marx/Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Dietz-Verlag Ost-Berlin 1953.

⁹⁾ Vestnik Akadem. Nauk SSR, 9/1952, S. 20.

INHALT

Vorwort

I. Ideologische Grundlagen, Prinzipien und Ziele kommunistischer Integrationspolitik

1. Vom Glauben an die Universalität der Weltrevolution zur Ideologie des Sowjet-Imperialismus
2. „Grundprinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung“ — Der RGW und der Endsieg des Sozialismus

II. Der Gemeinsame Markt in der Sowjet-Ideologie

1. Lenin und die „Vereinigten Staaten von Europa“
2. Der Gemeinsame Markt — keine Dauererscheinung
3. Die EWG — eine ökonomische und politische Realität

III. Geschichtliche Entwicklung

1. Gründung des RGW
2. Der RGW in der Stalin-Ära
3. Die Wiederbelebung des RGW nach Stalins Tod
4. Unbefriedigende Bilanz kommunistischer Wirtschaftsintegration (1954—1962)
5. Unterschiedliche Integrationsvorstellungen — Auflockerungs- und Desintegrationserscheinungen (1963—1968)

IV. Bilanz zwanzigjähriger Tätigkeit des RGW

1. Die XXII. Ratstagung und die XXIII. außerordentliche Ratstagung
2. Die Ergebnisse kommunistischer Wirtschaftsintegration — Propaganda und Wirklichkeit
3. Kritik an Mängeln und Mißständen im Comecon

Zusammenfassung

„Das ökonomische Ergebnis der Existenz der zwei gegenseitigen Lager ist, daß der einheitliche, allumfassende Weltmarkt zerfallen ist und wir infolgedessen jetzt zwei parallele Weltmärkte haben, die ebenfalls einander gegenüberstehen. Es muß bemerkt werden, daß die USA sowie England und Frankreich natürlich ohne ihren Willen die Bildung und Festigung des neuen parallelen Weltmarktes selbst gefördert haben. Sie haben über die UdSSR, China und die europäischen volksdemokratischen Länder, die sich nicht dem ‚Mar-

shallplan'-System angeschlossen haben, die ökonomische Blockade verhängt in der Hoffnung, sie damit zu erdrosseln. In der Tat ergab sich aber keine Erdrosselung, sondern eine Festigung des neuen Weltmarktes. Das wesentliche hierbei ist jedoch natürlich nicht die ökonomische Blockade, sondern daß sich diese Länder in der Nachkriegsperiode wirtschaftlich zusammengeschlossen und eine ökonomische Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe in die Wege geleitet haben. . . . Das Ergebnis ist, daß wir ein hohes Tempo der industriellen Entwicklung in diesen Ländern haben. Man kann mit Bestimmtheit sagen, daß es bei einem solchen Entwicklungstempo der Industrie bald dahin kommt, daß diese Länder nicht nur nicht auf die Einfuhr von Waren aus den kapitalistischen Ländern angewiesen sind, sondern selbst die Notwendigkeit spüren, die überschüssigen Waren ihrer Produktion zu exportieren."

Danach galt jeder wirtschaftliche Kontakt mit der freien Welt als gefährlich, und alle westlichen Versuche einer ungehinderten Ausdehnung des Weltmarktes waren „als tückischer Angriff auf den Grundsatz der nationalen Souveränität“ anzusehen. In diesem Sinne interpretierte das offizielle Organ des Außenhandelsministeriums die sowjetische Handelspolitik der damaligen Ära dahin, „daß alles Gerede über einen unbehinderten Handel als demagogisches Phrasengedresch demaskiert werden müsse, unter dem der amerikanische Imperialismus das freie Eindringen amerikanischer Waren in ausländische Märkte, das freie Abwürgen der nationalen Industrie und die freie Überflutung anderer Länder mit minderwertigen amerikanischen Waren zu Dumping-Preisen beabsichtigt“¹⁰⁾. Und in der „Großen Sowjet-Enzyklopädie“ hieß es damals im gleichen Sinne:

„Die zweite Aufgabe, die das Außenhandelsmonopol zu erfüllen hat, besteht in der Verteidigung der im Aufbau befindlichen sozialistischen Gesellschaft vor einer Wirtschaftsoffensive der kapitalistischen Länder . . .“¹¹⁾

Mit der zweiten Komponente knüpfte man an die bereits 1925 eingeleitete Änderung der ideologischen Grundlagen der Komintern an (siehe Seite 5). Jetzt wurde der Gedanke, daß die UdSSR die Basis der revolutionären Bewe-

¹⁰⁾ Vnešnjaja Torgovlja 15/1950, zitiert nach: Ostprobleme, 37/1954, S. 1474 ff.

¹¹⁾ Große Sowjet-Enzyklopädie, deutsche Ausgabe, Ost-Berlin 1950, Band 1, S. 1083.

gung der ganzen Welt sein müsse, bis zur letzten Konsequenz fortgeführt, die Doktrin von der „führenden Rolle der KPdSU“ entwickelt und der Begriff des „sozialistischen Internationalismus“ erhielt seine bis heute gültige Ausprägung.¹²⁾ Im Zuge der Umwandlung der SED in eine „Partei Neuen Typus“ verabschiedete der Parteivorstand am 16. September 1956 die folgende Resolution¹³⁾:

„... An der Spitze des Kampfes aller fortschrittlichen Kräfte in der ganzen Welt gegen den Imperialismus und Krieg steht seit der erfolgreichen sozialistischen Oktoberrevolution die Sowjetunion. Die Partei dieser erfolgreichen Revolution, die KPdSU (B), ist die führende Kraft in der internationalen Kampffront gegen den Imperialismus. Daraus ergibt sich, daß ebenso wie in allen anderen Ländern die revolutionäre und fortschrittliche Bewegung in Deutschland nur im engsten Bündnis mit der Sowjetunion, dem ersten sozialistischen Land und dem festen Bollwerk des Friedens sowie unter voller Anerkennung der durch 50jährige geschichtliche Erfahrung bestätigten führenden Rolle der KPdSU (B) und der von ihr geführten Sowjetunion siegen kann. . . .“

Die von Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Mai 1956 an Stalin geübte Kritik berührte nicht den ideologischen Kernreich. Im Gegenteil: Gerade dadurch, daß man die Entartungen der stalinistischen Herrschaftsausübung als Folgen des „Personenkults“ erklärte, also subjektiv motivierte, verzichtete man darauf, sich mit ihnen als systemimmanente Erscheinungen auseinanderzusetzen. So verwandelt sich dann die Kritik an Stalin unversehens in eine Entlastung des Systems und in eine erneute Rechtfertigung der sowjetischen kommunistischen Gesellschaftsordnung¹⁴⁾.

Im übrigen scheint die Entwicklung nach dem Sturz Chruschtschows mit der Teilrehabilitation Stalins bzw. der Abschwächung des „Chruschtschowismus“¹⁵⁾ durchaus eine Bestätigung der obigen Ansicht zu bilden.

¹²⁾ Über die Sowjetisierung der Länder Ostmitteleuropas und die Gleichschaltung der kommunistischen Parteien dieser Länder siehe Birke-Neumann: Die Sowjetisierung Ostmitteleuropas 1945—1950, Frankfurt/Main-Berlin 1959.

¹³⁾ Dokumente der SED, Band 2, Ost-Berlin 1951.
¹⁴⁾ Ahlberg, Ideologische Entwicklung nach Stalin, Tod, in: Der Sowjetkommunismus, Band I, Köln-Berlin 1963, S. 430.

¹⁵⁾ Meissner, in: Ost-Europa Nr. 7/8 — 1966, Sonderheft, S. 419 ff.

Den Kern der kommunistischen Ideologie oder genauer der Sowjetideologie bilden heute die Thesen von der Überlegenheit des sozialistischen Systems über das kapitalistische System, vom zwangsläufigen Niedergang des Kapitalismus und vom gesetzmäßigen Übergang zum Sozialismus-Kommunismus im Rahmen der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Mit dieser, auf einem gesteigerten kommunistischen Selbstbewußtsein basierenden Ideologie wurde gleichzeitig auch die bis dahin geltende Lehre von der „kapitalistischen Umkreisung“ aufgegeben.

Die von Chruschtschow entwickelte Koexistenz-Theorie ist also keineswegs der Versuch eines geistigen Nebeneinanders mit dem Westen. Die Doktrin von der Koexistenz im Sinne dieser Ideologie steht vielmehr im Zusammenhang mit der atomaren Bedrohung und dem atomaren militärischen Gleichgewicht: Die Sowjetunion mußte auf den Einsatz militärischer Mittel für ihre weltrevolutionären Ziele verzichten, weil das Risiko nicht zu kalkulieren war, und mußte nach anderen Wegen suchen. Diese fand sie in den beiden offensiven Komponenten der Koexistenztheorie, nämlich im ökonomischen Wettlauf mit dem Westen, den sie in der Überzeugung von der Überlegenheit der kommunistischen Planwirtschaft über die marktwirtschaftliche Ordnung im Westen zu gewinnen hofft, und in der These von der Verlagerung des weltpolitischen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus/Kommunismus. Diese These schließt die Behauptung ein, daß der Sozialismus/Kommunismus zur „geschichtlich bestimmenden Kraft unserer Epoche“ geworden ist.

Im Zuge der Bereinigung der Sowjetideologie von einigen nicht länger haltbaren Lehrsätzen verlor auch Stalins Doktrin von der Zerteilung des Weltmarktes ihren axiomatischen Charakter. Bereits 1963, als die Diskussion um die Wirtschaftsreform begann, schrieb der frühere ungarische Planungschef und jetzt als Wirtschaftswissenschaftler tätige Imre Vajda in einem Artikel über „Die Grundfragen der Entwicklung des sozialistischen Außenhandels“:

„Unhaltbar in den Stalinschen Thesen ist auch die Abstraktion der Zerteilung des Weltmarktes. Es entspricht einfach nicht den Tatsachen, daß der allumfassende Weltmarkt in zwei einander gegenüberstehende, parallele Weltmärkte auseinandergefallen wäre.“

2. „Grundprinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung“ — der RGW und der Endsieg des Sozialismus

Mit dem Beschluß der Moskauer Konferenz der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien der Teilnehmerländer des RGW vom Juni 1962 wurden die ideologischen Grundlagen der östlichen Wirtschaftsorganisation der geltenden Sowjetideologie angepaßt und eine Art Programm der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung formuliert. Die auf der Konferenz verabschiedeten „Grundprinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung“¹⁶⁾ gliedern sich in die folgenden sieben Hauptpunkte:

„1. Die Gemeinschaft der Länder des Sozialismus und die internationale sozialistische Arbeitsteilung

Das sozialistische Weltsystem ist die soziale, wirtschaftliche und politische Gemeinschaft freier, souveräner Völker, die zum Sozialismus und Kommunismus schreiten.

Die Gemeinschaft der Länder des Sozialismus verwirklicht ihre Ziele durch eine allseitige, politische, ökonomische und kulturelle Zusammenarbeit. Dabei lassen sich alle sozialistischen Länder streng von den Prinzipien der vollen Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung der Unabhängigkeit und Souveränität, der brüderlichen gegenseitigen Hilfe und des gegenseitigen Vorteils leiten.

2. Die Koordinierung der Volkswirtschaftspläne — das Hauptmittel für die erfolgreiche Entwicklung und Vertiefung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung

Die Koordinierung der Pläne — das ist die freiwillige gemeinsame planmäßige Tätigkeit der sozialistischen Staaten, die auf die maximale Ausnutzung der politischen und ökonomischen Vorteile des sozialistischen Weltsystems im Interesse der Sicherung des schnellstmöglichen Sieges des Sozialismus und Kommunismus gerichtet ist. Sie begünstigt die Durchsetzung der Politik der kommunistischen und Arbeiterparteien, die sich auf den wissenschaftlichen Prinzipien des Marxismus-Leninismus, auf der Grundlage einer tiefen Analyse der Möglichkeiten und der Bedürfnisse der Entwicklung der Wirtschaft aufbaut.

¹⁶⁾ Neues Deutschland vom 17. 6. 1962.

teilt und in den letzten 50 Jahren unvergleichlich rascher erstarkt sind als das rückständige und monarchistische Europa, das vor Altersschwäche zu faulen beginnt.“

Aus dieser Sicht der Dinge mußten geradezu erstaunliche Fehleinschätzungen der wirtschaftlichen Entwicklung im Westen und Fehldeutungen des westeuropäischen Integrationsprozesses resultieren. Diese basieren letztlich auf dem Unvermögen kommunistischer Theoretiker, Ideologen und Politiker, die überkommene Doktrin kritisch zu überprüfen und die tatsächliche Entwicklung mit den aus der Ideologie gewonnenen Prognosen zu vergleichen. Eine politische Theorie, die in Erwartung des Zusammenbruchs des kapitalistischen Weltsystems lebt, die die zwischen den westlichen Mächten schwebenden Interessenkonflikte als unaufhebbare Gegensätze interpretieren muß und der die Zusammenarbeit zwischen modernen Industrienationen und Entwicklungsländern und echte Leistungen in der Entwicklungshilfe unvorstellbar erscheinen, eine solche Theorie ist schlechterdings nicht in der Lage, die im Westen vor sich gehenden Veränderungen und den Integrationsprozeß des westeuropäischen Wirtschaftsraumes zu verstehen. Sie ist nicht in der Lage, das Streben von Entwicklungsländern nach Assoziation mit der neuen Wirtschaftsgemeinschaft zu verstehen und kommt vollends aus dem Konzept, wenn nun auch noch sozialistische Länder Tendenzen zeigen, sich mit der EWG zu arrangieren¹⁹⁾.

2. Der Gemeinsame Markt — keine Dauererscheinung

Jahrelang hat man sich auf kommunistischer Seite mit der Problematik und dem Prozeß der Wirtschaftsintegration im Westen überhaupt nicht ernstlich auseinandergesetzt. Soweit man sich beispielsweise mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beschäftigte, geschah dies ausschließlich in polemischer Weise und mit Mitteln der Agitation und Propaganda. Man verzichtete darauf, die im westlichen Europa vor sich gehende Entwicklung sachgerecht zur Kenntnis zu nehmen, und begnügte sich damit, die neugeschaffenen wirtschaftlichen Tatbestände mit Lenin-Zitaten zu interpretieren und mit dem überalterten Rüstzeug der kommunistischen Ideologie zu bewältigen.

¹⁹⁾ Siehe auch Auerbach, Die Problematik des Osthandels, München 1964, S. 52 und 53.

Mit hauptsächlich ideologischen Argumenten wollte man beweisen, daß dem Gemeinsamen Markt der sechs westeuropäischen Länder keinesfalls ein Erfolg beschieden sein könne. Die zyklischen, konjunkturellen Schwankungen in den marktwirtschaftlichen Systemen standardisierend und kritiklos auf den neuen Wirtschaftstatbestand der Integration der Sechs anwendend, folgerte man, daß es sich bei dem Gemeinsamen Markt um nichts anderes als eine Verbindung aus den Staatsmonopolen handeln würde — den Gesetzen kapitalistischen Widerspruchs und Verfalls unterworfen. Da er somit keine objektive und dauernde Erscheinung darstelle oder gar zu einer ständigen Produktionsausweitung führen könnte, verzichtete man darauf, sich mit wissenschaftlicher Objektivität und Gründlichkeit mit dem Gemeinsamen Markt zu beschäftigen. Auf diese Überzeugung stützte die Konferenz der 81 Kommunistischen und Arbeiterparteien, die im November 1960 in Moskau stattfand, ihre Schlußerklärung²⁰⁾.

Mit der Gründung der EFTA im November 1959 erhielt die kommunistische These von den Widersprüchen in der Zusammenarbeit zwischen kapitalistischen Staaten und Monopolen neuen Auftrieb. Nur in einem engen Kreis von Wirtschaftsexperten rang man sich zu einer realistischeren Einschätzung durch. So zogen auf der 1959 veranstalteten Wissenschaftstagung des „Institutes für Weltwirtschaft“ *Chmelnickaja* und *Kirsanow* erstmalig offen die Behauptung in Zweifel, daß die EWG zwangsläufig scheitern müsse. Sie empfahlen dringend, die EWG künftig als Realität zu betrachten. Die sowjetische Außenpolitik, insbesondere die Außenhandelspolitik, müsse, so führten sie aus, mit dem Gemeinsamen Markt als Tatsache rechnen. Es sei nicht mit Sicherheit auszuschließen, daß der Export des Comecon unter dem Einfluß der westeuropäischen Integration Schaden nehmen könne²¹⁾.

Indes blieben diese Erkenntnisse ohne Resonanz, wie sich an dem auf dem XXII. Parteitag der KPdSU im November 1961 beschlossenen Parteiprogramm ablesen läßt. In Kapitel IV — „Die Krise des Weltkapitalismus“ — wird

²⁰⁾ Siehe auch: Der Gemeinsame Markt in kommunistischer Sicht, in: Osteuropäische Rundschau Nr. 12/1967, S. 3. In diesem Beitrag wird auch der Nachweis geliefert, daß Polen und Jugoslawien sich von Anfang an in der negativen Beurteilung der EWG zurückhielten und einen realistischeren Standpunkt einnahmen.

²¹⁾ Auerbach, a. a. O., S. 53.

darin der Tatbestand der westeuropäischen Integration mit der folgenden, wenige Zeilen umfassenden Bemerkung abgetan:

„Die aggressiven Militärblocks, die unter der Ägide der USA gebildet worden sind, taumeln von einer Krise zur anderen. Die internationalen staatsmonopolistischen Organisationen, die unter der Losung der ‚Integration‘, der Milderung des Marktproblems entstanden sind, stellen in Wirklichkeit neue Formen der Aufteilung des kapitalistischen Weltmarktes dar und werden zu Herden schwerer Reibungen und Konflikte.

Es vertiefen sich die Gegensätze zwischen den wichtigsten imperialistischen Mächten. Die Wiederherstellung der Wirtschaft der im zweiten Weltkrieg besiegten imperialistischen Staaten führt zum Wiedererstehen der alten und zur Entstehung neuer Brennpunkte der imperialistischen Rivalität und Konflikte. Eine besondere Zuspitzung erfahren die britisch-westdeutschen, die japanisch-amerikanischen und andere Widersprüche.“

3. Die EWG — eine ökonomische und politische Realität

Ende Mai 1962, anlässlich des Besuches des Staatspräsidenten der Republik Mali in Moskau, begann der Kreml mit einer neuen Propagandaoffensive gegen die europäischen wirtschaftlichen Zusammenschlüsse, insbesondere die EWG. Die Wahl dieses Zeitpunktes war kein Zufall. Kurz vorher hatten die sechs EWG-Länder die Hürde der ersten Zollangleichung genommen und bereits im Sommer 1961 hatten die EFTA-Länder, unter ihnen Großbritannien, um eine Assoziierung mit der EWG nachgesucht. In Moskau begann jetzt offensichtlich die Erkenntnis zu dämmern, daß die EWG mehr war als nur eine von Lenin vorausgesagte Erscheinung kapitalistischer Widersprüche, daß die westeuropäische Integration weitgehende handelspolitische Konsequenzen auch für die Comecon-Länder haben müsse und daß der Gemeinsame Markt im Begriff stand, eine gefährliche Attraktivität auch auf die Länder des Sowjetblocks auszuüben. Die Angriffe der Kommunisten reichen von dem Versuch, die EWG zu diskriminieren und ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu beweisen, über Vorschläge, eine Welthandelskonferenz einzuberufen und alle „imperialistischen Handelsdiskriminierungen“ zu beseitigen, bis zum Druck auf neutrale Staaten,

weder der EWG beizutreten noch sich mit ihr zu assoziieren ²²⁾.

Die Offensive zeigte, daß der Kreml die EWG ernst zu nehmen begann und wachsendes Unbehagen über die europäischen Zusammenschlüsse empfand; noch deutlicher wurde dies in den Ende August 1962 verkündeten 32 Thesen der Moskauer Akademie der Wissenschaften „über die imperialistische Integration in Westeuropa („Gemeinsamer Markt“) ²³⁾.

Abweichend von der bisherigen Linie der Agitation wird in diesen Thesen die EWG der Öffentlichkeit zum ersten Male als „eine ökonomische und politische Realität“ und als „eine neue Erscheinung in der wirtschaftlichen Entwicklung des Kapitalismus“ vorgestellt. Des weiteren wird zugegeben, daß der „Gemeinsame Markt das Wachstum der Kapitalanlagen fördere, die Modernisierung der Betriebe beschleunige und das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung sehr hoch war.“ Im übrigen spiegeln die 32 Thesen wie auch die gesamte gegen die EWG gerichtete Agitation das Unbehagen Moskaus angesichts der Mißerfolge und systembedingten Schwierigkeiten bei den eigenen Integrationsversuchen und der von der EWG auf andere Länder ausgeübten Anziehungskraft wider. Das zeigen die vielfachen Ungereimtheiten und Widersprüche der kommunistischen Thesen. So enthalten die 32 Thesen sowohl die Feststellung, Lenin habe die internationale Vereinigung des Monopolkapitals vorhergesehen, als auch die Aussage, der Gemeinsame Markt sei in der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft eine neuartige Erscheinung. Des weiteren wird behauptet, daß „die historisch entstandene Wirtschaftsstruktur der sechs westeuropäischen Länder sie zu natürlichen Konkurrenten im Absatz gleichartiger Industriewaren gemacht hat“ und demnach ein größerer Warenaustausch generell nicht zustande kommen kann. In Wahrheit weisen die Industriestaaten des Westens eine weit größere Außenhandelsverflechtung untereinander aus als die Ostblockstaaten und die Länder des RGW im besonderen, und die Verhältnisse liegen insofern gerade umgekehrt, als das unterschiedliche Ent-

²²⁾ Über die Tendenzen osteuropäischer Staaten, sich mit der EWG und anderen Institutionen der westlichen Wirtschaftsintegration zu arrangieren, siehe S. 24.

²³⁾ Die 32 Thesen stellen die Beratungsgrundlage einer Konferenz kommunistischer Wirtschaftsexperten aus 32 Ländern dar, die zu Ende August 1962 nach Moskau einberufen worden war. — Siehe Neues Deutschland v. 29. 8. 1962.

wicklungsniveau der Länder des Comecon ein ernstes Hindernis für eine Intensivierung der außenhandelsmäßigen Verflechtung darstellt²⁴).

Nach der Verkündung der 32 Thesen der Moskauer Akademie der Wissenschaften erreichte die kommunistische Agitation und Propagandaoffensive gegen die EWG und die westeuropäische Integration ihren Höhepunkt. Die ideologische Grundkonzeption Lenins beibehaltend, konzentrierte man sich auf die folgenden Behauptungen:

1. Das Hauptziel der Wirtschaftsintegration in Westeuropa ist der Kampf gegen den Sozialismus;
2. die EWG ist die ökonomische Basis der NATO in Europa. Mit ihr sichert der westdeutsche Imperialismus seinen beherrschenden Einfluß in Europa;
3. die EWG ist eine Form neokolonialistischer Expansion;
4. der EWG-Markt ist „Gemeinsamer Markt für die Monopole“;
5. die Schaffung des Gemeinsamen Marktes führt zu neuen Widersprüchen, insbesondere durch die auf Kosten der Werktätigen durchgeführte Expansion.

Diese Behauptungen fanden ihren Niederschlag im Parteiprogramm der SED von 1963, das sich ausführlich mit der EWG und dem Prozeß der Wirtschaftsintegration in Westeuropa auseinandersetzt und anders als das zwei Jahre vorher verabschiedete Programm der KPdSU u. a. feststellt:

„Internationale staatsmonopolistische Organisationen, wie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die Montanunion u. a., sind die entscheidenden Instrumente, um die

²⁴) In Wirklichkeit sind sich natürlich auch die kommunistischen Wirtschaftler über die Haltlosigkeit dieser Behauptung im klaren. So heißt es z. B. in: Der Außenhandel, Berlin (Ost), Nr. 2/1963, S. 9: „So sind die gegenseitigen Lieferungen an Produktionsinstrumenten zwischen der DDR und der ČSSR wesentlich größer als beispielsweise zwischen der DDR und der VR Bulgarien. Je industrialisierter die einzelnen Länder sind, je mehr sie selbst Produktionsmittel herstellen, desto größer ist auf der Grundlage der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung einmal die Palette des gegenseitigen Austausches.“

„Es zeigt sich, daß der Produktionsmittelaustausch und besonders der Austausch von Produktionsinstrumenten zwischen den entwickelten Ländern wesentlich stärker ausgeprägt ist als zwischen den anderen Ländern.“

Herrschaft der mächtigsten Monopole im internationalen Maßstab auszudehnen und ihre neokolonialistischen Bestrebungen zu verwirklichen. . . .

Die Integration, insbesondere die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), soll über alle kapitalistischen Widersprüche hinweg die imperialistischen Mächte im Kampf gegen das sozialistische Weltsystem zu einem einheitlichen Block zusammenschließen. . . .

In der EWG hat der westdeutsche Imperialismus einen entscheidenden Einfluß erlangt. Die westdeutschen Monopole haben ihre Macht durch neue Formen der Kartelle, Kapitalverflechtungen usw. über Westdeutschland hinaus ausgedehnt und beherrschen die Produktion und den Markt Westeuropas in vielen Zweigen. . . .

Die EWG ist die ökonomische Basis der NATO in Westeuropa. Dadurch werden die Expansionsbestrebungen des westdeutschen Imperialismus begünstigt.

Weder die EWG noch andere internationale staatsmonopolistische Organisationen können die imperialistischen Widersprüche überwinden. . . .

Die Schaffung des „Gemeinsamen Marktes“ sichert keineswegs eine harmonische, konfliktlose Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft Westeuropas, denn jeder Teilnehmer der EWG verfolgt seine eigenen imperialistischen Ziele. Jeder versucht, seine Schwierigkeiten auf Kosten der Partner und vor allem auf Kosten der Arbeiterklasse, der Bauern und anderer Schichten zu überwinden. . . .

Bei seiner neokolonialistischen Expansionspolitik nutzt der westdeutsche Imperialismus seine ökonomische Stärke und die Tatsache aus, daß er in den Augen vieler Völker nicht als Kolonialmacht alten Stils belastet ist. Die neokolonialistische Expansion wird letzten Endes auf Kosten der werktätigen Massen in Westdeutschland durchgeführt. Sie führt daher unvermeidlich zur Verschärfung der inneren Widersprüche des westdeutschen Imperialismus.“

Und in einem Grundsatzartikel schilderte die Zeitschrift „Kommunist“ die Auswirkungen der westeuropäischen Wirtschaftsintegration auf die rechtliche und soziale Stellung der Arbeiterschaft in der folgenden Weise²⁵):

²⁵) Timofejew, Der ‚Gemeinsame Markt‘ und die Arbeiterklasse, in: Kommunist, Nr. 1/1963.

„Um die Konkurrenzfähigkeit zu heben und die Produktionskosten zu senken, sind die Monopole unter der Mitwirkung des Staates bestrebt, die Aufwendungen für Löhne und Sozialausgaben zu senken.

Der Vertrag von Rom zwischen den EWG-Ländern sieht eine allgemeine ‚Anpassung‘ der Lohnhöhen und der Arbeitsbedingungen vor. Gegenwärtig ist der Realarbeitslohn, die Höhe und der Charakter der sozialen Unterstützungen und Renten in den verschiedenen Ländern unterschiedlich. . . .

Das Monopolkapital ist bestrebt, das Einkommen und die Sozialunterstützungen der Arbeitnehmer in verschiedenen Ländern dem niedrigsten Niveau anzugleichen. . . .

Die Anführer des ‚Europa der Trusts‘ verwenden je nach konkreter Lage und Verhältnis der Klassenkräfte in jedem Lande eine andere Methode des Kampfes gegen die Arbeiterbewegung. In einigen Ländern (z. B. in Frankreich und Belgien), in denen das Proletariat in zähem Kampfe eine Reihe sozialer Errungenschaften zu verzeichnen hat, erfolgt der Angriff der Monopole in der letzten Zeit zunächst auf der Linie der Einschränkung der Rechte der Arbeitnehmer auf Streik und der demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter.“²⁶⁾

²⁶⁾ Es ist in diesem Zusammenhang nicht ohne Interesse, die von sozialdemokratischer Seite in den Jahren 1949 bis 1951 gegen die Pläne einer wirtschaftlichen Integration Westeuropas und der Teilnahme der Bundesrepublik an dieser Konzeption ins Feld geführten Argumente in Erinnerung zu rufen: „Alle fünf europäischen Ersatzpläne (der Plan des Europarates, Schuman-Plan der Montanunion und der europäischen Außenpolitik, der Pleven-Plan und der Plan der Agrar-Union) seien in Paris entstanden. Alle diese Pläne liefen darauf hinaus, Deutschland das entscheidende militärische und industrielle Potential zu nehmen“ (Kurt Schumacher vor Chefredakteuren der der Sozialdemokratie nahestehenden Presse: Neuer Vorwärts vom 7. 12. 1951). In einem Referat vor Mitarbeitern der sozialen Arbeitsgemeinschaften der SPD im Mai 1951 in Gelsenkirchen führte Schumacher aus:

„Der Schumann-Plan ist, da er nur sechs Länder umfaßt, nicht ein europäischer Plan, sondern ein regionaler Spezialpakt innerhalb Europas. Er umfaßt die Länder eines gewissen kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Typs. Dieser Typ ist konservativ und klerikal, er ist kapitalistisch und kartellistisch. Er ist bei der großen Auseinandersetzung der Prinzipien restaurativ und liegt nicht im Sinne der modernen Arbeiterbewegung. . . .

Angesichts solcher Verhältnisse möchte ich fragen: Wie soll dann für unsere Kameraden in der Gewerkschaft eine Politik der versprochenen Hebung des Lebensstandards möglich sein, wenn alle Vorschriften klassenmäßig depressiv und erniedrigend für

Diesem so gezeichneten Bild der westeuropäischen Wirtschaftsintegration und der EWG im besonderen werden nun von sowjetischer und von sowjetzonaler Seite die angeblich im Comecon verwirklichten Prinzipien internationaler sozialistischer Arbeitsteilung und Zusammenarbeit gegenübergestellt²⁷⁾. Die wirklichkeitsfremden Formulierungen der „Grundprinzipien“ von 1962 wiederholend und die erst ein halbes Jahr zurückliegende militärische Intervention in der Tschechoslowakei außer acht lassend, behauptete Faddejew in seinem Grundsatzreferat auf der Jubiläums-sitzung des RGW in Ost-Berlin am 21. 1. 1969: „Der RGW gründet sich auf die souveräne Gleichheit aller Mitgliedsländer. Die souveräne Gleichheit wird vor allem durch die gleichberechtigte Vertretung der Länder im Rat, durch ihre gleichen Rechte bei der Behandlung und Lösung der Fragen in den Ratsorganen gesichert. Laut Statut werden alle Empfehlungen und Beschlüsse im Rat nur mit Zustimmung der interessierten Länder angenommen. . . . Das zeugt vom demokratischen Charakter des RGW.“

Die Apologeten des Kapitalismus attackieren die Prinzipien der Zusammenarbeit der sozialistischen Länder und versuchen, die Tätigkeit des RGW mit der Tätigkeit der EWG oder des sogenannten „Gemeinsamen Marktes“ zu vergleichen. Es gibt keine Analogie zwischen diesen Organisationen, und es kann sie nicht geben.“²⁸⁾

Das in derartigen propagandistischen Übertreibungen und ideologischen Verzerrungen zum Ausdruck kommende Mißvergnügen der Kommunisten an der EWG ist verständlich. Es hat sowohl ökonomische als auch politisch-ideologische Ursachen. Die Ausbildung des Gemeinsamen Marktes führt zwangsläufig zur Verringerung der Exportmöglichkeiten in die EWG-Länder und damit zu Schwierigkeiten des Güteraustausches, auf den die Ostblockstaaten ungleich mehr als die Industriestaaten des Westens angewiesen sind.

die arbeitenden Menschen geregelt werden? Wie will man da eine erfolgreiche Lohn- und Sozialpolitik treiben? . . .

Frankreich hätte wohl gern Großbritannien aus politischen Gründen dabei gehabt. Aber die deutschen Kapitalisten hätten trotz aller höflichen Einladungen der amtlichen Stellen Großbritannien aus Gründen der grundsätzlichen Wirtschaftspolitik nicht so gern dabei gesehen.“ Zitiert nach: Turmwächter der Demokratie, Band II, Berlin-Grünwald 1953, S. 364 ff.)

²⁷⁾ Über die abweichenden Auffassungen anderer Mitgliedsländer der Organisation siehe S. 20 ff.

²⁸⁾ Die Wirtschaft, Ost-Berlin, Nr. 4, 1969.

Weit wichtiger für die Kommunisten dürften aber die politisch-ideologischen Probleme sein, die die dynamische Entwicklung der westeuropäischen Zusammenschlüsse aufwirft. Schon die Existenz des Gemeinsamen Marktes an sich stellt ja eine Widerlegung der kommunistischen Theorien von der Entwicklung des Kapitalismus und den Möglichkeiten, besser Unmöglichkeiten wirtschaftlicher Integration dar.

Groß war daher die Genugtuung im kommunistischen Lager, als Frankreich mit den Differenzen um die Agrarfinanzierung im Juni 1965 begann, die Arbeit der EWG zu boykot-

tieren und de Gaulle seine Politik des leeren Stuhles einleitete. Damit bot sich den kommunistischen Wirtschaftlern und Kommentatoren die willkommene Gelegenheit, eine auf dem marxistisch-leninistischen Ideologie basierende Diagnose der Krise zu stellen. Die in Moskau erscheinende Prawda schrieb unter dem 5. Juli 1965: „Wie jede imperialistische Gemeinschaft kann die EWG aufgrund ihrer Natur die tiefgreifenden Widersprüche unter den Mitgliedsländern nicht eliminieren“, und im März und November 1968 wiederholte sich das gleiche Spiel anlässlich der Schwierigkeiten der Dollars und der Währungskrise im Westen.

III. Geschichtliche Entwicklung

1. Gründung des RGW

Im Januar 1949 wurde in Moskau aufgrund des Beschlusses einer dort tagenden Wirtschaftskonferenz der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe gegründet. Das hierüber in der „Prawda“ unter dem 25. Januar 1949 veröffentlichte Kommuniqué hat folgenden Wortlaut²⁹⁾:

„Die Gründung eines Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe wurde auf einer Konferenz von Vertretern Bulgariens, Ungarns, Polens, Rumäniens, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei beschlossen. . . . Der neugeschaffene Rat wird sich aus Vertretern der Länder zusammensetzen, die an der Konferenz teilgenommen hatten.

Er hat die Aufgabe, wirtschaftliche Erfahrungen auszutauschen, gegenseitige technische Hilfe sowie Lieferungen von Rohmaterial, Nahrungsmitteln, Maschinen und industriellen Ausrüstungen zu organisieren. Dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe können auch andere Länder Europas beitreten, wenn sie die Prinzipien des Rates anerkennen und an einer weitgehenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Ländern der Volksdemokratie und der UdSSR interessiert sind. Die Beschlüsse des Rates haben nur dann Gültigkeit, wenn die betreffenden Länder ihnen zustimmen. Der Rat tagt abwechselnd in den Hauptstädten der beteiligten Länder, wobei der Vorsitz von dem Vertreter des Landes übernommen wird, in dessen Hauptstadt die Sit-

zung abgehalten wird. Der Beschluß zur Gründung eines Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe war das Ergebnis längerer Verhandlungen, in deren Verlauf festgestellt wurde, daß die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen der volksdemokratischen Länder und der UdSSR sich überaus erfolgreich entwickelt haben. Durch die Gründung des Rates soll der Boykott der Handelsbeziehungen mit den Ländern Osteuropas durch die Regierungen der USA, Englands und anderer Länder Westeuropas zunichte gemacht und die wirtschaftliche Zusammenarbeit unter den Ländern der Volksdemokratie und der UdSSR noch stärker ausgebaut werden.“

Im Februar 1949 trat Albanien dem RGW bei und am 26. und 27. April desselben Jahres fand in Moskau die erste konstituierende Ratssitzung statt. Der Beitritt der DDR wurde erst am 29. September 1950 bekanntgegeben.

Die Motive für die Gründung dieses neuen Instruments der sowjetischen Politik sind auf dem erwähnten Kommuniqué nur z. T. erkennbar. Sie müssen auf dem Hintergrund der damaligen gesamtpolitischen Situation gesehen werden und waren weniger wirtschaftlicher als vor allem außenpolitischer und nicht zuletzt ideologischer und propagandistischer Natur. Besonders im Marshall-Plan erblickte die Sowjetunion eine Gefährdung ihrer nach dem zweiten Weltkrieg hinzugewonnenen Positionen in Ostmitteleuropa und leitete deshalb sofort eine intensive Gegenpropaganda ein. Dennoch zeigten Jugoslawien, die Tschechoslowakei und Polen Interesse am europäischen Wiederaufbauprogramm. Die beiden letztgenannten Staaten verzichteten auf die

²⁹⁾ Nach: Dokumentation der Zeit, Berlin (Ost), 187/1959, S. 24.

Beteiligung am Marshall-Plan erst, nachdem der Kreml massiven Druck auf sie ausgeübt hatte. Die Gründung des RGW war insoweit als politisches und propagandistisches Gegengewicht zu der schnell vor sich gehenden wirtschaftlichen Konsolidierung Westeuropas und dem organisatorischen Zusammenschluß der westeuropäischen Staaten in der OEEC gedacht. Mit Hilfe des RGW hoffte der Kreml, die von Westeuropa ausgehenden magnetischen Kräfte zu neutralisieren und mit den zentrifugalen Tendenzen im neugeschaffenen Sowjet-Imperium leichter fertig werden zu können. Eins der wirksamsten Mittel hierzu war, den Außenhandel der Satelliten umzuorientieren und sie wirtschaftlich stärker innerhalb des Ostblocks zu verklammern. Dies galt vor allem für die Tschechoslowakei und Polen, die damals außenwirtschaftlich noch stärker mit dem Westen verzahnt waren.

Daneben dürfte, wie dies auch im *Kommuniqué* zum Ausdruck kommt, die westliche Embargo-Politik tatsächlich eine gewisse Rolle bei der Gründung des RGW gespielt haben. Es ist gut vorstellbar, daß man auf sowjetischer Seite hoffte, durch Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Potenzen mit dem durch die Embargo-Politik verursachten Schwierigkeiten eher fertig werden zu können³⁰⁾.

Und schließlich wird man Stalins Intentionen zur Gründung des RGW im Zusammenhang mit der Bildung des Informationsbüros der kommunistischen Parteien, des Kominform und der gleich danach ausbrechenden Jugoslawien-Krise zu sehen haben. Nachdem Jugoslawien im Juni 1948 aus dem Kominform ausgeschlossen worden war, faßte Stalin den Entschluß, Tito wirtschaftlich zu boykottieren, und es gibt mancherlei Anhaltspunkte dafür, daß es zu den Aufgaben des RGW auch gehören sollte, die Blockade gegen Jugoslawien wirkungsvoller zu gestalten³¹⁾. In diesem Zusammenhang dürfte auch ein weiterer Gesichtspunkt nicht ohne Bedeutung für die Politik des Kreml gewesen sein. Von jugoslawischer Seite war im November 1947 der Versuch unternommen worden, eine Balkan-Föderation zu schaffen, die von den unter sowjeti-

scher Kontrolle stehenden Ländern auch Albanien und Bulgarien einschließen sollte. Diese Bestrebungen Titos bildeten nun einen der Gründe für den offenen Ausbruch des sowjetisch-jugoslawischen Konflikts im Frühjahr 1948. Die Gründung des RGW aber mußte dem Kreml als geeignetes Mittel erscheinen, derartigen Bestrebungen einen Riegel vorzuschieben.

2. Der RGW in der Stalin-Ära

Illusion und Wirklichkeit

Die Gründung des RGW wurde in der Presse der Mitgliedsländer mit zukunftsfrohen Kommentaren begleitet. So stellte man sich in Prag vor, daß die „wirtschaftliche Zusammenarbeit der Mitglieder sich nicht auf den Warenaustausch beschränken werde und die Mitgliedstaaten ihre Wirtschaftspläne koordinieren, gemeinsame Investitionsprogramme aufstellen und gemeinsame Produktionsprogramme in Angriff nehmen werden“³²⁾, und in der „Einheit“, dem theoretischen Organ der SED, hieß es:

„... Durch die Vereinigung im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe haben die ihm angehörigen Staaten die Möglichkeit, eine gegenseitige Abstimmung des Bedarfs wie auch der Produktion auf der Basis ihrer Volkswirtschaftspläne vorzunehmen. Bedeutende Möglichkeiten für die Beschleunigung des Tempos in der Steigerung der Produktion ergeben sich bei der serienmäßigen Herstellung sowie durch Typisierung und Standardisierung verschiedener Erzeugnisse.“³³⁾

Unter den obwaltenden Bedingungen mußten diese Erwartungen zunächst illusionär bleiben. Ihnen widersprach von vornherein die völlig anders verlaufende Linie der sowjetischen Wirtschaftspolitik. Diese Politik war in der Stalinschen Nachkriegsphase primär auf Ausplünderung aller der sowjetischen Kontrolle unterworfenen Volkswirtschaften gerichtet. Die Sowjets hatten ein System effektiver wirtschaftlicher Integration errichtet, das von der Stationierung sowjetischer Berater, Leistungen für die Rote Armee, Festsetzung von Ablieferungsquoten, der Tätigkeit exterritorialer gemischter Gesellschaften, Reparationsentnahme in den früheren Feindstaaten Bulgarien, Rumänien und Ungarn bis zur Besitzergrei-

³⁰⁾ Einzelheiten siehe bei Knorre, 10 Jahre Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon des Ostblocks), Würzburg 1961.

³¹⁾ Vgl. hierzu u. a.: Comecon — Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament vom 6. August 1958; ferner: Komekon — Das Instrument der wirtschaftlichen Integration Osteuropas, in: Hinter dem Eisernen Vorhang, 12/1959.

³²⁾ Plánované hospodářství, Prag 6/1959, zitiert nach: Hinter dem Eisernen Vorhang, 12/1959.

³³⁾ H. Rau, Die freundschaftliche Zusammenarbeit im Weltwirtschaftssystem der demokratischen und sozialistischen Länder, in: Einheit, November 1952 (Sonderheft), S. 1228.

fung von ganzen Industriekomplexen in der SBZ reichte.

So war es denn nur natürlich, daß es sehr bald wieder still wurde um die Organisation. Vom 25. bis 27. August 1949 fand die II. Rats- tagung in Sofia und im November 1950 — kurz nach dem Beitritt der Sowjetzone — die III. Ratstagung in Moskau statt. Über die III. Rats- tagung ist kein Kommuniké veröffentlicht worden. Die nächste Ratstagung fand erst 1954, also nach Stalins Tod, statt.

Umorientierung im Außenhandel

Zu den ersten Beschlüssen der Ratstagungen gehörte es, den Außenhandel zwischen den Teilnehmern und Beobachtern des RGW auf der Basis bilateraler Verträge abzuwickeln und dabei von den bisher zumeist einjährigen Waren- und Zahlungsabkommen auf langfri- stige Handelsabkommen für die Dauer der Planperiode von 1951 bis 1955 überzugehen.

Das Ziel dieser Abkommen war einheitlich, die Erfüllung der laufenden Wirtschaftspläne der Vertragspartner import- und exportseitig zu sichern. Für die früheren Feindstaaten der Sowjetunion und die DDR im besonderen kam noch die Erfüllung der sowjetischen Repara- tionsinteressen hinzu.

Charakteristisch für die Entwicklung des Au- ßenhandels der Teilnehmer des RGW waren nun sowohl die Umorientierung des gesamten Außenhandels auf den Ostblock als auch der immer stärker werdende Anteil der Sowjet- union am Außenhandelsvolumen jedes einzel- nen Mitgliedes. Aus den zwei nachfolgenden Aufstellungen ist diese Entwicklungstendenz ersichtlich.

Anteil des Ostblocks am Außenhandelsumsatz der nachfolgenden Länder

(gesamter Außenhandelsumsatz = 100 v. H. ³⁴⁾)

Land	1937	1948	1949	1950
Albanien	4,8	38,3	100,0	100,0
Bulgarien	9,6	74,5	82,3	88,2
Ungarn	13,3	34,1	46,5	61,4
Polen	7,1	34,4	43,3	59,2
Rumänien	17,7	70,6	81,8	83,3
Tschechoslowakei	11,2	30,2	45,5	53,0
durchschnittlich	11,7	38,5	51,5	62,2

³⁴⁾ Große Sowjet-Enzyklopädie, Band VIII, S. 290. Zitiert nach: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament vom 6. August 1958.

Anteil der heutigen Ostblockstaaten am Außenhandel des Deutschen Reiches im Jahre 1936 ³⁵⁾

	v. H.
Gesamter Außenhandelsumsatz:	100,0
davon Ostblockstaaten	ca. 16,2
Einfuhr:	100,0
davon Ostblockstaaten	ca. 16,4
Ausfuhr:	100,0
davon Ostblockstaaten	ca. 16,0

3. Die Wiederbelebung des RGW nach Stalins Tod

Das Dilemma der sowjetischen Politik und die Krise im Sowjetblock

Mit dem von Stalin gesteuerten harten Kurs war die sowjetische Politik in eine Sackgasse geraten. In der Außenpolitik hatten die ag- gressive Haltung Stalins, die unverhüllte kom- munistische Bedrohung der Position der freien Welt und die Anwendung von Gewalt bei sowjetischen Expansionsversuchen zum Wett- rüsten und zum Zusammenrücken der West- mächte zu gemeinsamer Abwehr geführt und die Fronten damit zwangsläufig völlig erstar- ren lassen. Innerhalb des gesamten Sowjet- blocks, d. h. der Sowjetunion, der europäischen Satellitenstaaten und der deutschen Sowjet- zone, griff ab 1952 die Wirtschaftskrise mit wachsender Geschwindigkeit und Heftigkeit um sich.

Sieht man hier einmal von der grundsätzlichen Problematik des kommunistischen Wirtschafts- systems als Zentralverwaltungswirtschaft und den Schwierigkeiten, die durch den mehr oder weniger fehlenden „consensus“ zwischen Re- gierung und Bevölkerung bedingt sind, ab, so zeichneten sich drei Faktoren als unmittelbare und sichtbare Ursachen der wachsenden inne- ren Schwierigkeiten ab. Erstens überstiegen die gewaltigen schwerindustriellen Investi- tionen und die Belastungen durch das Wett- rüsten die Leistungsfähigkeit der Volkswirt- schaften der sowjetischen Herrschaftssphäre.

³⁵⁾ Nach: Der Außenhandel mit den Ostblock- staaten, Statistisches Bundesamt, März 1954. — Für das Gebiet der heutigen DDR steht statistisches Material nicht zur Verfügung, jedoch wird man ohne wesentliche Fehler davon ausgehen können, daß Umfang und Warenstruktur des Außenhandels des mitteldeutschen Raumes dem des Deutschen Reiches entsprachen.

Zweitens zeigte sich, daß die Politik der materiellen Ausplünderung der Satellitenstaaten und Mitteldeutschlands sich auf die Dauer nicht mit Erfolg fortsetzen ließ; ihre politische und ökonomische Zweckmäßigkeit wurde von Tag zu Tag fragwürdiger. Und drittens war die Wirtschaftskrise in entscheidendem Maße dadurch bestimmt, daß die Wirtschaftspolitik in den „Volksdemokratien“ und in der Sowjetzone nicht unter den Gesichtspunkten volkswirtschaftlicher Zweckmäßigkeit, sondern nach wirklichkeitsfremden politischen Doktrinen konzipiert worden war. Die Dogmen von der „planmäßigen und proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft“, vom „Primat der Politik über die Ökonomie“ und der Zwangskollektivierung der Bauernschaft als „Quelle der sozialistischen Akkumulation“ und andere, wie sie unter Stalin praktiziert wurden, hatten zu kaum vorstellbaren wirtschaftlichen Torheiten geführt, die sich noch dazu durch ihre Wiederholung in jedem einzelnen der sowjetischen Vasallenstaaten multiplizierten³⁶⁾.

Die inneren Schwierigkeiten im sowjetischen Machtbereich trieben gegen Ende des Jahres 1952 ihrem Höhepunkt zu. Sie äußerten sich vor allem in den wachsenden Differenzen zwischen Planung und Planerfüllung, in den schrumpfenden Reserven, dem Absinken der landwirtschaftlichen Produktion — in der Sowjetunion z. B. unter das Niveau von 1928 —, in den notwendig werdenden Kürzungen in der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Bedarfsgütern und dem rapide sinkenden Lebensstandard. Zwangsläufig mußte sich aus dieser wirtschaftlichen Krise eine politische Krise entwickeln. Im Satellitenbereich und in der deutschen Sowjetzone begannen sich die antisowjetischen und zentrifugalen Tendenzen zu verstärken. So waren der Prozeß gegen Slansky in der Tschechoslowakei im November 1952 sowie die Verhaftung des Ministers für Handel und Versorgung der Sowjetzone, Hamann, im Dezember 1952 und die Verhaftung des Außenmini-

³⁶⁾ Das Gesetz der planmäßigen und proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft wurde von Stalin formuliert. Es besagte, „daß die Entwicklung aller Zweige der Wirtschaft einer einheitlichen, planmäßigen Leitung durch die Gesellschaft untergeordnet wird“ und „daß die Proportionalität zwischen allen Teilen und Elementen der Volkswirtschaft gewahrt bleibt“ (Lehrbuch der politischen Ökonomie, Dietz-Verlag, Berlin [Ost] 1959). — Ferner Stalin, *Der Marxismus und die Sprachwissenschaft*, Berlin (Ost) 1951, und *Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR*, Moskau 1952 (Gesammelte Werke, Bd. V, S. 136 f.).

sters Dertinger Mitte Januar 1953 nicht zuletzt Ausdruck dieser negativen Ergebnisse der Stalinschen Politik. Der Mechanismus totalitärer Machtausübung und das Dogma von der Unfehlbarkeit der Partei zwang die Machthaber, Ablenkungsmanöver zu veranstalten und nach Sündenböcken zu suchen³⁷⁾.

Der Neue Kurs

Die von den Nachfolgern Stalins unter dem massiven Druck der Verhältnisse sofort nach seinem Tod innerhalb des Sowjetblocks eingeleitete Politik ist unter dem Begriff „Neuer Kurs“ in die Geschichte der sowjetischen Machtausübung nach dem zweiten Weltkrieg eingegangen. Diese politische Konzeption wies für die Sowjetunion und den Satellitenbereich einige übereinstimmende Merkmale auf.

Sie bestanden

1. in der Betonung des Prinzips der kollektiven Führung in Partei und Staat anstelle der Ein-Mann-Herrschaft;
 2. in der Verminderung oder besser: vorsichtigeren Anwendung des politischen Terrors, der Reduzierung der Position der Geheimpolizei (Staatssicherheitsdienst) innerhalb des Regierungsapparates und der Verkleinerung des Apparates der Geheimpolizei selbst;
 3. in der Korrektur der auf einseitige Entwicklung der Schwerindustrie gerichteten Wirtschaftspläne zugunsten der Konsumgüterindustrie mit dem Ziel, den Lebensstandard der Bevölkerung anzuheben (Massenbedarfsgüterprogramm).
- Für den Bereich der Satelliten kamen noch folgende Veränderungen als Merkmale des Neuen Kurses hinzu:

4. Konzessionen an die Bauern durch Zulassung der Auflösung der Kollektivwirtschaften. Hierbei dürfte neben zeitbedingten politischen Erwägungen auch der Gedanke eine Rolle gespielt haben, die landwirtschaftliche Produktion so schnell wie möglich zu steigern;
5. Lockerung der bisherigen totalen und alle Einzelheiten umfassenden sowjetischen Kontrolle und Zubilligung einer gewissen Bewegungsfreiheit in den Beziehungen der Satellitenstaaten und der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands untereinander und
6. Beendigung der Reparations- und Ausbeutungspolitik und ihr Ersatz durch andere, op-

³⁷⁾ Vgl. auch Löwenthal/Schenk, Artikelserie im *Observer* v. 9., 15. und 25. November 1958.

tisch weniger auffällige und wirtschaftlich schonendere Formen und Methoden in der Wahrnehmung der sowjetischen Interessen.

*Die Revision des Neuen Kurses —
Die Konzeption kommunistischer Wirtschaftsintegration*

Der Akzent des Neuen Kurses lag zweifellos auf wirtschaftspolitischem Gebiet. Durch Reduzierung der schwerindustriellen Investitionsprogramme, durch Annullierung verschiedener damit in Zusammenhang stehender Lieferverträge unter den Ostblockstaaten und der deutschen Sowjetzone und durch Verbesserung der Versorgungslage versuchten die Nachfolger Stalins, die größten Fehler der vergangenen Epoche so schnell wie möglich abzustellen.

Aber dieser, vornehmlich von Malenkow eingeschlagene Kurs war sowohl unter ökonomischen als auch unter politischen Gesichtspunkten widerspruchsvoll und mußte sich nach kurzer Zeit als undurchführbar erweisen. Man konnte zwar die größten Mißstände in der Versorgung und damit die gefährliche explosive Situation im Innern durch Rückgriff auf vorhandene Reserven an Material, Gold und Devisen beseitigen. Damit aber war die Frage der Erhöhung der Produktion von Konsumgütern und Nahrungsmitteln noch nicht gelöst. Dies war vielmehr eine Angelegenheit der industriellen Kapazitäten, der Entwicklung der Rohstoffbasis und der Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Erfordernisse — Probleme, die nur nach und nach im Zuge einer systematischen Umorientierung und Umgliederung der gesamten Volkswirtschaft gelöst werden konnten. Malenkows Maßnahmen waren überhastet und improvisiert und trugen dazu bei, die inneren Schwierigkeiten und das wirtschaftliche Chaos noch zu vergrößern.

Vor allem aber stimmte die wirtschaftspolitische Linie (mit der Verringerung der schwerindustriellen Investitionsprogramme) nicht mit der am Status quo festhaltenden Außenpolitik überein. Die hier bestehenden Widersprüche, verbunden mit den wirtschaftspolitischen Fehleinschätzungen, führten zum Sturz der Regierung Malenkow und zu einer erneuten Revision des wirtschaftspolitischen Kurses.

Aus diesen Auseinandersetzungen, die noch durch die Machtkämpfe der verschiedenen Gruppen, den Dualismus zwischen Partei und Staat und andere Probleme der Staats- und Gesellschaftsordnung der Sowjetunion überlagert wurden, ging schließlich Chruschtschow als Sieger hervor. Gegen Ende des Jahres 1954

wurde der wirtschaftspolitische Kurs revidiert, und der Kreml kehrte zu seiner früheren wirtschaftspolitischen Generallinie der Priorität von Schwer- und Produktionsgüterindustrie zurück³⁸). Allerdings gab es eine bedeutsame Einschränkung. Auch die Konsumgüterindustrie und die Landwirtschaft sollten weitgehend berücksichtigt werden, um die Stabilisierung im Innern nicht zu gefährden. Damit aber stand die sowjetrussische Wirtschaftspolitik vor einer neuen, entscheidenden Aufgabe:

Die Leistungsfähigkeit des den Sowjets zur Verfügung stehenden Wirtschaftspotentials mußte in kürzester Frist so gesteigert werden, daß beide Forderungen, die Entwicklung der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie sowie die Steigerung der Konsumgüterproduktion und der landwirtschaftlichen Erzeugung, gleichzeitig in Angriff genommen werden konnten. Dies erforderte einmal die Nutzung aller überhaupt zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen Hilfsmittel und Kapazitäten und zum anderen eine bessere Berücksichtigung der Standortgegebenheiten und der vergleichsweise besten Produktionsbedingungen. Das aber bedeutete nichts anderes, als daß die sowjetische Wirtschaftspolitik nun, um die größtmögliche Entfaltung ihres Wirtschaftspotentials zu erreichen, auf eine Politik der wirtschaftlichen Integration des Ostblocks, der Koordinierung der Planungen und der Spezialisierung der Produktionen umschwenkte. Unter diesen Gesichtspunkten wurde im Jahre 1954 der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe zu neuem Leben erweckt³⁹).

4. Unbefriedigende Bilanz kommunistischer Wirtschaftsintegration (1954—1962)

Der Ausbau des RGW-Apparates

Die ab 1954 dicht aufeinanderfolgenden Rats tagungen ließen erkennen, daß der RGW in eine neue Phase seiner Tätigkeit eingetreten war:

26. und 27. März 1954 IV. Tagung in Moskau,
24. Juni 1954 V. Tagung in Moskau, 7. bis 11.
Dezember 1955 VI. Tagung in Budapest.

³⁸) Vgl. hierzu Schepilow, Die Generallinie der Partei und die Vulgärmarxisten, in: Prawda vom 25. Januar 1955; deutscher Text: Tägliche Rundschau vom 28. Januar 1955.

³⁹) Pritzel, Die wirtschaftliche Integration der SBZ in den Ostblock und ihre politischen Aspekte, Bonn und Berlin 1966, S. 56 ff.

Experten der sowjetischen Plankommission hatten in den Jahren 1954 und 1955 in den „volksdemokratischen“ Partnerstaaten des RGW und in der deutschen Sowjetzone Erhebungen über die Kapazitäten und Produktionsbedingungen der wichtigsten Industriezweige angestellt, und vor allem auf der Budapester Tagung wurden die ersten konkreten Versuche unternommen, zu einer Koordinierung der Wirtschaftspläne, Abstimmung der Investitionsvorhaben und zu bestimmten Spezialisierungen in der Produktion zu gelangen. Parallel mit der Ausweitung der Aufgaben des RGW lief eine Reorganisation des Apparates. Hier ist vor allem die Bildung von Fachkommissionen für einzelne Industrie- und Wirtschaftsbereiche zu nennen. Bei den auf der VI. Ratstagung in Budapest gebildeten Fachkommissionen handelte es sich jedoch zunächst nur um locker organisierte Gremien mit einem zeitlich begrenzten Auftrag. Aus ihnen entwickelten sich dann sehr bald die Ständigen Fachkommissionen des RGW, deren Mehrzahl durch Beschluß der VII. Ratstagung im Mai 1956 geschaffen wurde. Einen vorläufigen Abschluß fand der Auf- und Ausbau der Organisation mit der Annahme des Statuts und der Konvention über die Rechtsfähigkeit, Privilegien und Immunitäten durch die XII. Ratstagung in Sofia im Dezember 1959. Ähnlich wie die Gründung der Organisation zehn Jahre vorher, so war auch die Annahme des Statuts im jetzigen Zeitpunkt weniger eine eigenständige, sich aus der Entwicklung des Integrationsprozesses ergebende Maßnahme, sondern sie stellte weit eher eine Reaktion auf die beeindruckenden Erfolge der westeuropäischen Integration dar. In Anbetracht der Entwicklung in der EWG hielten die Sowjets jetzt den Zeitpunkt für gekommen, den RGW juristisch besser zu fundieren, um auf dieser Basis den Integrationsprozeß vorantreiben zu können⁴⁰⁾.

⁴⁰⁾ Über das Statut, die Organisationsstruktur des RGW und die rechtlichen Grundlagen der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit siehe insbesondere Uschakow, Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon), in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 2/1966, S. 41 ff.

An Darstellungen von östlicher Seite wäre vor allem hinzuweisen auf Usenko, Sozialistische internationale Arbeitsteilung und ihre rechtliche Regelung, Ost-Berlin 1966. Und Rechtsbeziehungen der sozialistischen Länder — hrsg. v. Institut für internationale Beziehungen der Deutschen Akademie für Rechts- und Staatswissenschaft „Walter Ulbricht“, Ost-Berlin 1966.

In den Jahren 1954 bis 1962, in der Zeit also, da man sich intensiver darum bemühte, ein funktionsfähiges System wirtschaftlicher Integration zu entwickeln, hatten die kommunistischen Politiker, Ideologen und Wirtschaftsplaner die Erfahrung machen müssen, daß es sehr viel einfacher war, sich militärisch zu integrieren und politisch gleichzuschalten, als einen einheitlichen wirtschaftlichen Großraum zu schaffen. Die zu einem riesigen Apparat angewachsene Organisation des RGW, die Unmenge der Tagungen und Konferenzen und vor allem die unzähligen Beschlüsse und Empfehlungen des RGW und seiner Organe stand und steht in auffallendem Mißverhältnis zu dem wirklich erreichten Grad wirtschaftlicher Integration.

Mitte 1962 bot sich etwa das folgende Bild in bezug auf die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und die wirtschaftliche Entwicklung im RGW-Bereich:

a) Im Dezember 1961 fand die XV. Tagung des RGW in Warschau statt. Unter den Mitgliedern des Rates fehlte Albanien und unter den Beobachtern Rotchina. Auch auf den späteren Ratstagungen sind beide Staaten bisher nicht mehr erschienen. Damit wurde deutlich, daß die politisch-ideologischen Gegensätze im kommunistischen Lager auch auf die wirtschaftlichen Beziehungen übergriffen. Anstatt auf Außenstehende attraktiv zu wirken und sich dynamisch zu entwickeln, zeigte der RGW vielmehr eindeutig Schrumpfungstendenzen.

b) Die Abstimmung und Arbeitsteilung in der Produktion blieb im wesentlichen auf die Bereiche der Grundstoffindustrie beschränkt. In anderen Bereichen, so vor allem im Maschinenbau, in der Chemie und der Leichtindustrie kam man kaum voran. Nach wie vor bestehen Unklarheiten über die Prinzipien, nach denen die sogenannte sozialistische internationale Zusammenarbeit im Wirtschaftsbereich weiterentwickelt werden soll.

c) Im gesamten Ostblock war in den Jahren 1961 und 1962 die wirtschaftliche Entwicklung hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Nachdem schon in den Jahren 1956/57 in fast allen Mitgliedsländern des RGW die langfristigen Wirtschaftspläne abgebrochen werden mußten, wiederholte sich jetzt der gleiche Vorgang.

In der Sowjetunion konnten bei wichtigen Erzeugnisgruppen nicht einmal die Produktionsziffern des Jahres 1960 erreicht werden. Die Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität lag

mit einem Durchschnitt von 4 v. H. weit unter den Ansätzen des Siebenjahresplans, und die Berichte Chruschtschows zur Entwicklung der Landwirtschaft wiesen die Schwierigkeiten und Mißerfolge in der agrarischen Produktion aus. Die in der Prawda unter dem 4. Juli 1963 veröffentlichten Vorschläge Chruschtschows über die Grundsätze und die Richtung bei der Ausarbeitung der Volkswirtschaftspläne 1964 und 1965 liefen auf eine weitgehende Umorientierung der Wirtschaftspolitik hinaus⁴¹⁾.

In der ČSSR war das wirtschaftliche Dilemma bereits darin sichtbar geworden, daß der 1961 gestartete Fünfjahresplan abgebrochen und für 1963 ein Plan mit reduzierten Zielen eingeschoben worden war. So standen auf dem XII. Parteitag der KPC die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Probleme im Mittelpunkt. Novotny mußte über beträchtliche Verluste im Außenhandel, Disproportionen bei der Entwicklung der Volkswirtschaft und vor allem über Rückschläge in der pflanzlichen und tierischen Produktion berichten⁴²⁾.

Auf dem V. Kongreß der polnischen Gewerkschaften im November 1962 gab Gomułka offen zu, daß angesichts der mißlichen Lage Polens eine Revision des Planes unumgänglich sei. Als Ursachen hierfür nannte er die falsche Struktur des polnischen Außenhandels, die schleppende Durchführung der Investitionsvorhaben und die mangelhaften Leistungen der Landwirtschaft⁴³⁾.

In gleicher Weise wurde in Bulgarien, Rumänien und Ungarn über Schwierigkeiten in der Landwirtschaft berichtet⁴⁴⁾.

In der Sowjetzone wurde im Frühjahr 1962 der Siebenjahresplan abgebrochen. Damit wurde das auf dem V. SED-Parteitag 1958 lautstark verkündete Ziel, im Rahmen der sogenannten ökonomischen Hauptaufgabe Westdeutschland einzuholen und zu überholen, aufgegeben⁴⁵⁾.

⁴¹⁾ Ost-Probleme, Nr. 14—15 v. 22. Juli 1962, S. 418, u. Bericht an das ZK der KPdSU v. 19. Nov. 1962, Neues Deutschland v. 21. Nov. 1962.

⁴²⁾ Hinter dem Eisernen Vorhang, Nr. 1, 1963, S. 28.

⁴³⁾ Hinter dem Eisernen Vorhang, Nr. 12, 1962, S. 30.

⁴⁴⁾ Hinter dem Eisernen Vorhang, Nr. 12, 1962, u. 1, 1963.

⁴⁵⁾ In seinem Grundsatzreferat vor dem V. Parteitag hatte Ulbricht ausgeführt: „Die Volkswirtschaft der DDR ist innerhalb weniger Jahre so zu entwickeln, daß die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung der DDR gegenüber der Herrschaft der imperialistischen Kräfte im Bonner Staat eindeutig bewiesen wird und infolgedessen der

d) Und schließlich komplizierte sich im kommunistischen Bereich die Situation durch den fortschreitenden Prozeß der Integration im westlichen Europa. War die Entwicklung innerhalb des RGW durch Hemmnisse der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und durch Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums gekennzeichnet, so zeigten sich im Westen entgegen den ideologisch motivierten kommunistischen Vorstellungen eine Festigung des Gemeinsamen Marktes und eine erhebliche Beschleunigung der wirtschaftlichen Expansion. Daraus ergaben sich sowohl ökonomische als vor allem auch politische und ideologische Fragen, die den Sowjets und den kommunistischen Machthabern in den Satelliten mehr und mehr zu schaffen machten (siehe Kap. II, S. 11).

Versuch der Erhöhung der Autorität des RGW und Schaffung einer Superplanbehörde

Unter dem Eindruck der negativen Bilanz leiteten die Sowjets im Sommer 1962 eine neue Phase ihrer Integrationspolitik ein. Die entsprechenden Beschlüsse wurden im Juni auf der Konferenz der Kommunistischen und Arbeiterparteien der Länder des RGW gefaßt. Der wichtigste Beschluß der Moskauer Konferenz vom Juni 1962 betrifft die „Grundprinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung“. Der Beschluß gliedert sich in sieben Hauptpunkte, in denen nicht nur die ideologischen Grundlagen der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit fixiert werden (siehe Kap. I, S. 7), sondern auch der Versuch gemacht wird, Klarheit über die Hauptfragen, Richtung und Methodik der Integrationspolitik zu schaffen.

Des weiteren unternahmen die Sowjets, entsprechend ihrer Denkweise, den Versuch, mit Hilfe einer strafferen Organisation und eines besser ausgebauten Apparates die Probleme der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu meistern. Am 7. Juni 1962 — parallel mit der Moskauer Konferenz der kommunistischen Parteien — fand die XVI. Tagung des RGW statt. Dem Beschluß der Parteikonferenz entsprechend, „die Rolle, Autorität und Verantwortung des RGW und all seiner Organe zu erhöhen“, wurden folgende neue Organe des Comecon geschaffen:

Pro-Kopf-Verbrauch unserer werktätigen Bevölkerung mit allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern den Pro-Kopf-Verbrauch der Bevölkerung in Westdeutschland erreicht und übertrifft.“

1. Exekutivkomitee,
2. Ständige Kommission für Standardisierung,
3. Ständige Kommission für Koordinierung der wirtschaftlichen und technischen Forschungen,
4. Ständige Kommission für Statistik,
5. Büro für zusammenfassende Fragen der Wirtschaftsplanung.

Gleichzeitig wurde die Mongolische Volksrepublik als Mitglied in den RGW aufgenommen.

5. Unterschiedliche Integrationsvorstellungen — Auflockerungs- und Desintegrationserscheinungen (1963—1968)

Die Sowjets konnten ihre Intentionen nicht verwirklichen — im Gegenteil: Die Auflockerungs- und Desintegrationserscheinungen begannen sich zu verstärken, und die bisher im RGW latent vorhandenen Gegensätze traten nunmehr offen hervor. Als Gründe hierfür lassen sich die folgenden anführen:

- a) Auf dem Hintergrund des sich verschärfenden sowjetisch-chinesischen Gegensatzes konnten sich die Volksdemokratien teilweise von ihrer Satellitenrolle freimachen und ein gewisses Maß an Bewegungsfreiheit gewinnen.
- b) In die gleiche Richtung wirkten der Prozeß der Entstalinisierung und die allgemeine Änderung des politischen Klimas.
- c) Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Krisenerscheinungen in der Sowjetunion sowie im gesamten Ostblock engten die Handlungsfähigkeit der Sowjetunion ein und legten eine Umorientierung der Wirtschaftspolitik nahe.
- d) Schließlich wird in diesem Zusammenhang der Beginn der Reformierung des Wirtschaftssystems zu erwähnen sein, der ebenfalls andere Integrationsvorstellungen begünstigte.

Die chinesische Kritik und die Aufkündigung der Mitarbeit durch Albanien

Mitte Dezember 1961 fand die XV. Ratstagung in Warschau statt. Es war die erste nach dem XX. Parteitag der KPdSU und der Verabschiedung des neuen Programms der KPdSU. Unter den Mitgliedern des Rates fehlte Albanien und unter den Beobachtern Rotchina. Auch an den späteren Ratstagungen sind beide Staaten nicht mehr erschienen. Damit wurde deutlich,

daß die politisch-ideologischen Gegensätze im kommunistischen Lager nun auch auf die wirtschaftlichen Beziehungen übergriffen. Der albanische Vertreter im Sekretariat des RGW wurde zurückgezogen, und Albanien stellte die Zahlung der Mitgliedsbeiträge zur Organisation ein. Chinesische Vertreter nahmen auch nach 1961 zunächst noch verschiedentlich als Beobachter an den Beratungen der Ständigen Fachkommissionen teil, jedoch endete diese Form der Teilnahme an der Arbeit des RGW mit der weiteren Verschärfung des Konfliktes.

Unter dem 30. März 1963 veröffentlichte das ZK der KPCh einen Offenen Brief, in dem die chinesischen Kommunisten ihre Meinungsverschiedenheiten mit den sowjetischen Kommunisten darlegten⁴⁶⁾. Eine der heikelsten Fragen, ja den Grundwiderspruch innerhalb des RGW bloßlegend, hieß es in Punkt XXI. dieses Offenen Briefes:

„Die Sache des Aufbaus eines jeden sozialistischen Landes sollte sich in der Hauptsache auf die eigenen Kräfte stützen. . . .

Jedes sozialistische Land muß in erster Linie entsprechend der konkreten Lage und gestützt auf die fleißige Arbeit und die Weisheit des eigenen Volkes umfassend und planmäßig alle nutzbaren Ressourcen des eigenen Landes nutzen, alle Reserven für den Aufbau des Sozialismus im eigenen Lande aufdecken, erst dann kann es erfolgreich den Sozialismus aufbauen.

Es ist völlig notwendig, daß die sozialistischen Länder in ökonomischer Hinsicht sich gegenseitig helfen, zusammenarbeiten und sich gegenseitig ergänzen. Diese ökonomische Zusammenarbeit muß auf der Grundlage der Prinzipien der völligen Gleichberechtigung, des gegenseitigen Nutzens und der kameradschaftlichen gegenseitigen Hilfe errichtet werden.

Wenn man diese grundlegenden Prinzipien leugnet und im Namen der ‚Internationalen Arbeitsteilung‘ und ‚Spezialisierung‘ scheinheilig seinen eigenen Willen anderen aufzwingt, die Unabhängigkeit und Souveränität anderer Bruderländer schädigt, die Interessen der Völker anderer Bruderländer schädigt, dann ist das Großmachtchauvinismus.“

Nach der Intervention der Sowjets und ihrer vier Verbündeten in der Tschechoslowakei erneuerten die Chinesen ihre Angriffe auf

⁴⁶⁾ Neues Deutschland vom 15. Juli 1963.

das sowjetische Bündnissystem. Im September 1968 kündigte Albanien als Reaktion auf das sowjetische Vorgehen in der Tschechoslowakei unter dem Beifall Pekings seine Mitgliedschaft im Warschauer Pakt auf, und mit dem Besuch einer chinesischen Partei- und Militärdelegation vom 27. November bis 3. Dezember 1968 in Albanien unterstrich Peking demonstrativ sein in Albanien eingegangenes Engagement⁴⁷⁾. Wenige Tage vorher, unter dem 22. November 1968, hatte Radio Peking die sowjetische Politik im RGW aufs neue angegriffen und war dabei in seiner Kritik noch über die Formulierungen des Offenen Briefes von 1963 hinausgegangen⁴⁸⁾:

„Der sowjetrevisionistische Sozialimperialismus betrachtet Ost-Europa als seine Einfluß-Sphäre. Er kontrolliert einerseits mit Hilfe des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe das Finanzwesen und die Wirtschaft einiger osteuropäischer Länder, plündert die osteuropäischen Länder aus und beutet sie aus. Andererseits dirigiert er unter Mißbrauch des Warschauer Vertrages politisch und militärisch willkürlich die osteuropäischen Länder und verfolgt eine sozialimperialistische Aggressionspolitik. Eines der gemeinen Mittel, mit denen die Sowjetrevisionisten durch den RGW die osteuropäischen Völker grausam ausplündern und brutal ausbeuten, besteht darin, daß sie unter großem Kraftaufwand die sogenannte Spezialisierung der Produktion betreiben. Darunter ist zu verstehen, daß ein oder einige Mitgliedstaaten konzentriert ein gewisses Produkt herstellen, um den Bedarf der anderen Mitgliedstaaten zu decken, das heißt: dadurch sind diese Staaten Rohstofflieferanten und Absatzmärkte der Sowjetrevisionisten geworden. Die sowjetrevisionistische Renegatenclique beutet auch durch den ungleichwertigen Warenaustausch die osteuropäischen Völker grausam aus. Hier ein Beispiel: die Tschechoslowakei kann eine Maschine nur gegen 140 Tonnen Eisenerz bei den Sowjetrevisionisten eintauschen, in anderen Ländern aber gegen 520 Tonnen Eisenerz.

Unter Mißbrauch des Warschauer Vertrages nimmt die sowjetrevisionistische Renegatenclique die Kräfte der nationalen Verteidigung der anderen Signatarstaaten in ihre Hände, stationiert in diesen Ländern nach Belieben ihre Streitkräfte und unternimmt willkürlich

Militärmanöver. Vor kurzem hat sich die sowjetrevisionistische Renegatenclique sogar dazu verstiegen, unter den Fahnen des Warschauer Vertrages eine Bande ihrer Vasallen zusammenzutrommeln und gegen die Tschechoslowakei eine bewaffnete Aggression und militärische Besetzung zu unternehmen.

Das hat Breshnew, Kossygin und Konsorten den Schleier von ihrem Internationalismus, von ihrer Freundschaft und Zusammenarbeit heruntergerissen und die abscheuliche sozialimperialistische Fratze des Sowjetrevisionismus, der dem Dschungelgesetz folgt, gründlich ans Tageslicht gebracht. Diese blutige Tatsache zeigt, daß die Staatssouveränität und territoriale Integrität der Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages nicht im geringsten garantiert ist. Die Teilnahme an dem Warschauer Vertrag bedeutet in der Tat, sich selbst in die tragische Stellung zu begeben, von dem Sowjetrevisionismus willkürlich behandelt und abgeschlachtet zu werden.

Wie allen bekannt, war der Zar in der Zeit des imperialistischen Rußlands der Gendarm Europas, heute ist die sowjetrevisionistische Renegatenclique der größte Kolonialherrscher und der größte Ausbeuter der osteuropäischen Völker, der neue Zar, der den osteuropäischen Völkern im Nacken sitzt.“

Der Widerspruch Rumäniens

Auf dem Hintergrund des sowjetisch-chinesischen Konflikts waren es vor allem die Rumänen, die jetzt eine Möglichkeit sahen, ein gewisses Maß nationaler Souveränität und außenpolitischer Bewegungsfreiheit zu erlangen. Sie fürchteten, bei Verwirklichung der Vorstellungen Chruschtschows zu fortgesetzter ökonomischer Rückständigkeit verurteilt zu sein.

Am 27. April 1964 begründete das ZK der kommunistischen Partei Rumäniens seine Ablehnung der geltenden Linie der RGW-Politik in einer Grundsatzerklärung mit folgenden Argumenten:

a) Die Schaffung eines einheitlichen Planungsorgans verstößt gegen die Souveränität der Länder. Das Comeconstatut sichert den Teilnehmern aber ausdrücklich volle Souveränität zu.

b) Jedes Land braucht eine eigene Schwerindustrie, um den Sozialismus aufzubauen. Gegen dieses Grundgesetz kann das Kriterium der Rentabilität nicht geltend gemacht werden.

⁴⁷⁾ Siehe hierüber Osteuropäische Rundschau Nr. 1/1969, S. 3 ff.

⁴⁸⁾ Radio Peking Sendung in deutscher Sprache — RIAS-Monitor-Dienst vom 22. November 1968.

c) Der Comecon ist nicht umfassend genug; er sollte alle Länder aufnehmen, die sich vom Kapitalismus getrennt haben.

d) Die sozialistische Arbeitsteilung sollte nicht zu einer Isolierung von der Weltwirtschaft führen, vielmehr auch den Handel mit der westlichen Welt fördern⁴⁹⁾.

Diesen Erklärungen ließen die Rumänen sehr schnell konkrete politische Schritte folgen. 1965 zog der rumänische Parteichef Ceausescu den ständigen Vertreter bei der östlichen Wirtschaftsorganisation, Birladeanu, zurück. Sein Nachfolger wurde der stellvertretende Ministerpräsident Radulescu, der später, insbesondere 1967 und 1968, wiederholt mit öffentlichen Attacken gegen die sowjetischen Pläne eines Umbaus des Comecon zu einer supranationalen Planungsbehörde hervortrat.

Um ihre verhältnismäßig wenig entwickelte Industrie weiter ausbauen zu können und nicht durch die RGW-Konzeption größtmöglicher Rationalität der Produktion hieran gehindert zu werden, vollzogen sie des weiteren eine deutliche Kehrtwendung in ihrer Wirtschaftspolitik: Rumänien begann, seinen Handel mit den westlichen Industriestaaten kräftig auszubauen.

Die Wirtschaftsreform und die kommunistische Integrationspolitik

Im Herbst 1962 veröffentlichte der sowjetrusische Nationalökonom, Prof. Liberman, in der Prawda seinen berühmt gewordenen Artikel „Plan — Gewinn — Prämie“. Mit der Veröffentlichung dieses Artikels, richtiger wohl mit der Zulassung der Veröffentlichung durch die oberste Parteiführung, wurde der schon lange unterschwellig vorhandenen Unzufriedenheit mit den Mängeln des Wirtschaftssystems ein Ventil geschaffen und die öffentliche Diskussion über die Wirtschaftsreform im gesamten Sowjetblock eingeleitet. Einheitliches Ziel aller Reformbestrebungen war und ist es, die Methoden der Planung und Leitung der Wirtschaft zu verbessern, das aus der Stalinschen Ära überkommene Wirtschaftssystem zu modernisieren und leistungsfähiger zu machen.

Sehr schnell aber zeigte sich, daß die Wirtschaftsreform von den dahinterliegenden ideologischen und gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen nicht zu trennen war, so daß tiefgehende Differenzen in bezug auf die einzu-

schlagenden Wege, das anzuwendende Instrumentarium und die weiteren Zielsetzungen der Reform zutage treten mußten.

Praktisch lassen sich heute — eine gewisse Vereinfachung und Vergrößerung in Kauf genommen — zwei Gruppen bzw. zwei Richtungen der Reform unterscheiden, und zwar eine als reformfreudig und eine als konservativ zu bezeichnende.

Die erste Gruppe, zu der man außer Jugoslawien als konsequentesten Vertreter die Tschechoslowakei bis zu ihrer Okkupation im Sommer 1968 und vor allem auch Ungarn zählen muß, ist bestrebt, das wirtschaftliche Instrumentarium grundlegend umzugestalten und sich konsequent vom hemmenden ideologischen Ballast zu befreien. Will man das gesamtwirtschaftliche Niveau anheben, so kommt es nach Auffassung der Wirtschaftstheoretiker und -politiker dieser Richtung in entscheidendem Maße darauf an, die Eigenverantwortung der Betriebe zu erhöhen. Dies wiederum setzt voraus, die Planung auf bestimmte volkswirtschaftliche Grundsätze und Grundrichtungen zu beschränken, die Betriebe aber nicht durch ein ins uferlose gehendes Kennziffersystem zu gängeln und in ihrer Eigeninitiative zu lähmen. Konsequent setzen die Vertreter dieser Reformvorstellungen den Hebel an der entscheidenden und schwächsten Stelle des überkommenen Wirtschaftssystems, dem Preissystem, an. Sie sehen es als unabdingbare Voraussetzung an, die bestehenden Verzerrungen im Preissystem zu beseitigen und Preise in tunlichst allen Bereichen und Ebenen des wirtschaftlichen Kreislaufs einzuführen, die die Kostenfaktoren und das Marktgeschehen tatsächlich widerspiegeln. Unverkennbar wird hier die Bestrebung nach dem Einbau marktwirtschaftlicher Elemente in das kommunistische Planungssystem, so daß hierfür der Begriff der „sozialistischen Marktwirtschaft“ geprägt wurde⁵⁰⁾.

Dieser Gruppe steht nun eine andere gegenüber, als deren führende Vertreter die Sowjetunion und in ihrem Gefolge die DDR auftreten. Die Reform des Wirtschaftssystems mit bestimmten politisch-ideologischen Grundvorstellungen kombinierend, beschränken sich die Versuche der Reformierung des Wirtschaftssystems bei dieser Gruppe darauf, den Betrieben bzw. Betriebsvereinigungen ein gewisses Maß streng kontrollierter Selbständigkeit ein-

⁴⁹⁾ Erweiterte Tagung des ZK der rumänischen Arbeiterpartei im März 1963.

⁵⁰⁾ Siehe dazu vor allem Ota Šik, Plan und Markt im Sozialismus, Wien 1967.

zuräumen, vor allem aber das System der zentralen Planung und Kennziffervergabe zu verbessern.

Dies wiederum soll mit Hilfe der modernen Rechentechnik und des Einsatzes der elektronischen Datenverarbeitung geschehen. Deutlich ist hier das starre Festhalten am marxistisch-leninistischen Dogma von der Möglichkeit der planmäßigen Steuerung der Wirtschaft und der Gesamtleitung des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses und damit wiederum zusammenhängend die Sicherung des uneingeschränkten Führungsanspruches der Partei erkennbar⁵¹⁾.

Wie kaum anders zu erwarten, wirkten sich die Versuche der Wirtschaftsreform auch auf die internationale Zusammenarbeit und die Tätigkeit des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe aus. Wie über die Fragen der Gestaltung des Wirtschaftssystems, so mußten auch hier unterschiedliche Auffassungen über die Gestaltung der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen entstehen. Während die konservativen Vertreter den Akzent auf die Koordinierung der Volkswirtschaftspläne und insbesondere die Abstimmung der Produktions- und Investitionspläne legen, glauben die Vertreter der reformfreundigen Richtung, den Integrationsprozeß vor allem mit „ökonomischen“ Mitteln vorantreiben zu können. Sie wollen vor allem durch Konvertierbarkeit der Währungen, marktwirtschaftliche Regelung der Preisverhältnisse und Entbürokratisierung des Außenhandels die außenwirtschaftlichen Beziehungen verbessern und so die hier bestehenden Schwierigkeiten und Hemmnisse überwinden.

Kontakte zur EWG und zum GATT

Etwa bis zum Jahre 1962/63 waren die Sowjets in der Lage gewesen, im Comecon die EWG diskriminierende Beschlüsse durchzuset-

⁵¹⁾ Aus der kaum noch zu überblickenden Fülle von Veröffentlichungen zur Wirtschaftsreform im Ostblock sei hier insbesondere auf die folgenden beiden Darstellungen hingewiesen: Gleitze, Thalheim, Hensel, Meimberg, *Der Osten auf dem Wege zur Marktwirtschaft?*, Bd. 6 der Schriftenreihe des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands, Berlin 1967; Linder, Libermanismus ist nicht Liberalismus, in: *Neue Zürcher Zeitung* am 5. 7. sowie 21., 23., 25., 27. und 30. 8. 1966; Sonderdruck für das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn-Berlin 1967 und Erdmann, *Die Wirtschaft des Ostblocks im Wandel, Wirtschafts- und sozialpolitische Grundinformationen*, herausgegeben vom Deutschen Industrie-Institut Nr. 9/1968.

zen und die übrigen Partner der Organisation auf eine entsprechende Politik zu verpflichten. Auf der VIII. Warschauer Ratstagung im Juni 1957 erstattete der Delegierte der DDR — zweifelsfrei auf Initiative der Sowjetunion — einen Bericht über die westeuropäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, das Euratomprojekt und die Gründung der EWG. Ziel dieser Berichterstattung war ein Beschluß, durch den alle Teilnehmer des RGW verpflichtet wurden, in keiner Form bei diesen westlichen Zusammenschlüssen mitzuarbeiten, „da es sich um rein imperialistische Organisationen handeln würde“⁵²⁾. Moskau war einerseits aus politischen und ideologischen Gründen gegen die Aufnahme derartiger Beziehungen, andererseits konnte es sich im Hinblick auf seine Fähigkeit zur Autarkie auch eine Politik der Ignorierung der EWG leisten.

Mit dem sowjetisch-chinesischen Konflikt, den wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten im sozialistischen Lager, den Unzulänglichkeiten der zentralen staatlichen Planung und den Mißerfolgen des kommunistischen Integrationsprozesses, vor allem aber unter dem Eindruck der Erfolge der westeuropäischen Integration änderte sich das Bild. Ein erstes Symptom hierfür bildete eine Geheimkonferenz führender Funktionäre kommunistischer Parteien der EWG-Länder, die im März 1963 in Brüssel stattfand. Zwar wiederholten die Teilnehmer die bereits bekannten Angriffe gegen den Gemeinsamen Markt. Gleichzeitig aber befürworteten sie einen Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen der EWG und der östlichen Wirtschaftsorganisation RGW.

Im Frühjahr 1964 fanden auf der damals tagenden Welthandelskonferenz in Genf erstmals Gespräche zwischen den Rumänen und Vertretern der EWG statt. Weitere interessante Ausführungen über die Haltung Rumäniens zum Gemeinsamen Markt machte der rumänische Ministerpräsident Maurer anlässlich seines Besuchs in Österreich im November 1965. Maurer bekundete sein Interesse an der EWG und betonte auch das Interesse Rumäniens am Aufbau und den Funktionen der Efta und für seine Mitgliedschaft im GATT.

Im Sommer 1964 begannen auch autorisierte polnische Vertreter, in Brüssel bei der EWG vorzufühlen und die Frage der diplomatischen Anerkennung der EWG durch Polen zu untersuchen.

⁵²⁾ Schenk, *Magie der Planwirtschaft*, Köln-Berlin 1960, S. 110.

Zu ernststen Meinungsverschiedenheiten im RGW über die Frage der Kontakte zur EWG und zu anderen internationalen Wirtschaftsorganisationen im Westen kam es dann auf der Tagung des Exekutivkomitees im Februar 1967 in Moskau. Offenbar gegen den Wunsch der Sowjets und vor allem der DDR konnten sich hier diejenigen Mitglieder der Organisation durchsetzen, die derartige Kontakte bejahen, so daß dem Kommuniqué nach Vorschläge des RGW-Exekutivkomitees zur Herstellung von Kontakten zu westlichen Wirtschaftsorganisationen gebilligt wurden⁵³⁾.

Nicht zuletzt unter dem Einfluß des tschechoslowakischen Reformprozesses verstärkten sich mit Beginn des Jahres 1968 die Bemühungen verschiedener RGW-Staaten, in Kontakt mit der EWG zu kommen und sich mit der Gemeinschaft zu arrangieren. Während Moskau und vor allem Ost-Berlin nach wie vor in ihrer ablehnenden Haltung beharrten und auf verschiedenen Konferenzen und in mehreren wirtschaftswissenschaftlichen Abhandlungen die Nachteile und Gefahren derartiger Kontakte zu beweisen suchten, begannen nun auch die Ungarn, ihr Interesse an der EWG zu bekunden⁵⁴⁾. Gleichzeitig wurde auch die Frage eines Beitritts zur EWG von Jugoslawien ven-

tiliert. Im Oktober 1968 offerierte die EWG Jugoslawien ein Handelsabkommen mit dreijähriger Laufzeit.

Den Bemühungen verschiedener Mitglieder des Comecon, sich mit der EWG zu arrangieren, kamen die Bestrebungen auf westlicher Seite entgegen, den Osthandel auszuweiten, wobei hier nicht nur ökonomische, sondern auch politische Interessen im Spiele waren und sind⁵⁵⁾.

Während die Politik Moskaus und seines Ost-Berliner Verbündeten die sich anbahnenden Verbindungen zwischen Mitgliedern des Comecon und der EWG zu stören und, wenn möglich, zu verhindern trachtete, verfolgte man dem GATT⁵⁶⁾ gegenüber eine andere Linie. Diese wurde auf der Welthandelskonferenz der Vereinten Nationen (Unctad)⁵⁷⁾ im Juni 1964 deutlich erkennbar. Gestützt auf die Differenzen zwischen den Entwicklungsländern und den westlichen Industrienationen, arbeiteten die Sowjets auf die Gründung einer neuen internationalen Handelsorganisation hin, die das GATT praktisch aushöhlen oder beseitigen sollte. Indes konnten sich die Sowjets mit ihren Vorschlägen nicht durchsetzen und die zur weiteren Entwicklung des Welthandels gefaßten Beschlüsse führten letztlich zu einer Stärkung des GATT. Dies wurde am überzeu-

⁵³⁾ Einen ersten Hinweis darauf, daß es auf der Moskauer Tagung des Exekutivkomitees zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten über die Frage der Kontakte zur EWG usw. gekommen war, lieferte die Tatsache, daß in dem in Ost-Berlin veröffentlichten Kommuniqué dieser Teil fehlte. Als auf der kurz danach stattfindenden Pressekonferenz auf der Leipziger Messe der Ost-Berliner Minister für Außenhandel und innerdeutschen Handel, Sölle, wegen dieser Merkwürdigkeit befragt wurde, lehnte er eine Stellungnahme ab, verwies auf den in Ost-Berlin veröffentlichten Text und bestätigte damit, daß von seiten der Ost-Berliner Regierung dieser Beschluß nicht gebilligt würde (Presse- und Agenturberichte vom 7. 3. 1967).

⁵⁴⁾ Anlässlich eines Besuches der Budapester Technischen Hochschule im Februar 1968 führte der ungarische Ministerpräsident Fock aus: „Die Restriktionen der EWG verursachen unserem Land schon jetzt einen jährlichen Verlust von vielen Millionen Dollar. Wir müssen alles versuchen, diesen Verlust zu verringern und günstige Exportmöglichkeiten für die ungarischen Waren zu schaffen. Der Gemeinsame Markt ist eine Realität und wir, die wir in jeder Hinsicht Realisten sind, müssen seine Existenz zur Kenntnis nehmen. ... Wenn es unsere kommerziellen Beziehungen erfordern, daß wir uns an eine Stelle der EWG in Brüssel wenden, so bedeutet dies keine Aufgabe unserer Prinzipien. Wenn es unserem Land von Nutzen ist, müssen wir offensichtlich auch von dieser Möglichkeit Gebrauch machen“ (Népszabadság vom 24. Februar 1968).

⁵⁵⁾ Als Symptom hierfür wird man die Äußerung des damaligen Berliner Senators für Bundesangelegenheiten, Schütz, werten können, der im November 1966 forderte, die EWG solle in Westberlin ein Osthandelsbüro einrichten. Mitte Juli 1967 variierte der Bundesaußenminister Brandt diesen Gedanken dahin, daß die Institutionen der EWG sowohl bei der Sowjetunion als auch bei den Ländern Osteuropas einen Kooperationsausschuß bilden sollten, der den Handel ausweiten und einen verstärkten Austausch technologischer Kenntnisse fördern sollte. Diese Gedanken des Bundesaußenministers (SPD-Pressedienst vom 14. 7. 1967) wurden von dem Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Barzel, kritisiert, wobei wohl ausschlaggebend war, daß die DDR Vollmitglied der östlichen Wirtschaftsgemeinschaft ist und mit der Aufnahme der Beziehungen zwischen den beiden Wirtschaftsböcken auch die Frage der staatsrechtlichen Anerkennung Mitteldeutschlands akut werden würde.

Inzwischen hat die europäische Kommission der EWG in Westberlin ein Presse- und Informationsbüro eröffnet. Bei diesem handelt es sich jedoch nicht um ein Koordinierungsbüro für den Handel zwischen der EWG und den Ostblockländern, sondern um eine der Bonner Außenstelle des Presse- und Informationsdienstes der Kommission angegliederte Einrichtung.

⁵⁶⁾ GATT = General Agreement on Tariffs and Trade; das Abkommen wurde im April 1947 von 23 Nationen unterzeichnet.

⁵⁷⁾ Unctad = United Nation Conference for Trade and Development.

gendsten dadurch unterstrichen, daß gegen Ende der Konferenz eine Reihe von Ostblockländern, und zwar Bulgarien, Rumänien und Ungarn Kontakt mit dem Generalsekretär des GATT mit dem Ziel anknüpfte, sich über die Möglichkeiten eines evtl. Beitritts zu orientieren.

Zur Zeit ist die Situation so, daß die ČSSR, Jugoslawien und Kuba dem GATT seit seiner Gründung im April 1947 angehören; Polen trat dem Abkommen mit gewissen Einschränkungen im Juli 1967 bei; Rumänien hat seine Aufnahme beantragt, und Ungarn ist durch einen ständigen Beobachter vertreten.

Zunehmende Gegensätze im RGW — der Streit um die Preise

Von 1966 bis 1968 fanden die nachfolgenden Tagungen und Konferenzen der Führungsgremien der östlichen Wirtschaftsorganisation statt:

1. Konferenz über Fragen der internationalen Kooperation und Spezialisierung unter Teilnahme der Mitglieder des RGW und Jugoslawiens im Mai 1966 in Budapest,
2. Beratung der Führer der Kommunistischen und Arbeiterpartei und der Regierungschefs der Mitgliedsländer des RGW am 7. Juli 1966 in Bukarest,
3. Die XX. Ratstagung vom 8.—10. Dezember 1966 in Sofia und die XXI. Ratstagung vom 12.—15. Dezember 1967 in Budapest,
4. die regelmäßigen etwa zweimonatigen Tagungen des Exekutivkomitees (37. Tagung im November 1968 in Moskau).

Außer der härter werdenden Kritik an den Leistungen der Organisation und den Ergebnissen der sozialistischen Arbeitsteilung sowie den Bestrebungen, sich mit westlichen Wirtschaftsorganisationen zu arrangieren, traten dabei die folgenden Beratungsthemen hervor: erstens das Bemühen, Jugoslawien enger an den Comecon zu binden; zweitens die Fragen der Preisgestaltung, Währungen und Verrechnung.

Mit besonderer Schärfe traten die Differenzen in den Fragen der Preisgestaltung und die damit zusammenhängenden Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik, insbesondere der Investitions- und Außenhandelspolitik auf der Beratung der Partei- und Regierungschefs der RGW-Länder im Juli 1966 in Bukarest hervor. Deutlicher als vorher meldete die Sowjetunion hier ihre Forderung an, daß sich die übrigen

Partner an den Kosten für die Erschließung neuer sowjetischer Rohstoffquellen zu beteiligen und höhere Preise für die sowjetischen Rohstofflieferungen zu bezahlen hätten. Diese Forderung begründeten die Sowjets vor allem damit, daß sie nach eigenen Angaben rund 70 v. H. des Rohstoffbedarfs der übrigen Partner decken würden, diese Rohstoffe jedoch im Hinblick auf ihre wachsende industrielle Produktion in zunehmendem Maße selbst benötigten und daher neue Kapazitäten für die Deckung des Rohstoffbedarfs geschaffen werden müßten. Die Sowjetunion unterstützte diese Forderung weiterhin mit dem Hinweis darauf, daß die sozialistischen Partnerländer billige Rohstoffe aus der Sowjetunion importierten, andererseits jedoch bemüht seien, ihre daraus hergestellten hochwertigen Fertigerzeugnisse gegen harte Währung in den Westen zu exportieren. So seien es dann nicht die industriell entwickelten Partnerländer des RGW, sondern die Sowjetunion und die übrigen Rohstoffe exportierenden Länder der Gemeinschaft, die bei diesem Geschäft übervorteilt würden⁵⁸⁾.

Die Bemühungen der Sowjetunion, die anderen Mitglieder des RGW am Ausbau der sowjetischen Roh- und Grundstoffindustrie zu beteiligen, waren weder neu, noch blieben sie ohne Erfolg. Sieht man hier einmal von der ersten Phase der Demontage und der Reparationsleistungen ab, so datieren die ersten Berichte über der Sowjetunion gewährte Kredite dieser Art aus dem Jahre 1957. Damals gaben die Tschechoslowakei, Bulgarien, Polen und die DDR der Sowjetunion einen Kredit zur Erschließung ihrer Phosphatvorkommen bei Kingisepp; außerdem gaben die Tschechoslowakei und Polen Kredite zur Erschließung neuer Kupfererzvorkommen. 1966 und 1967 erhielt die Sowjetunion größere Kredite in Form von Maschinenlieferungen von der ČSSR und der DDR zur Erschließung von Ölfeldern. Diese Kredite sollen in den siebziger Jahren durch zusätzliche Erdöllieferungen zu Vorzugspreisen zurückgezahlt werden. Über das Ölabkommen zwischen der UdSSR und der DDR sind keine näheren Angaben gemacht worden. Jedoch wird man unterstellen dürfen, daß es demjenigen mit der Tschechoslowakei ähnelt. Die ČSSR liefert dem Abkommen nach für 350 Mill. Rubel Maschinen und Ausrüstung, für 80 Mill. Rubel Material und für 70 Mill. Rubel

⁵⁸⁾ Siehe dazu vor allem den Bericht von Ströhm, Die ausgebeuteten Sowjets, in: Christ und Welt v. 1. 7. 1966.

Konsumgüter an die UdSSR. Die Sowjetunion zahlt diesen Kredit in Höhe von 500 Mill. Rubel oder umgerechnet 2,22 Milliarden DM in den Jahren 1971 bis 1980 durch zusätzliche Lieferung von 60 Mill. to Erdöl zurück.

Aber auch die anderen sozialistischen Länder, die nicht in der Lage sind, sich durch Kreditvergabe an der Erschließung der sowjetischen Rohstoffvorkommen zu beteiligen, sollen ihren Beitrag leisten. Ein Beispiel dafür bildet der im September 1968 abgeschlossene bulgarisch-sowjetische Vertrag. Er sieht vor, daß bulgarische Arbeitskräfte in neu zu errichtenden hütten-, zellulose- und holzverarbeitenden Betrieben in der Sowjetunion beschäftigt werden mit der Maßgabe, daß die Produktion dieser Betriebe zusätzlich nach Bulgarien exportiert wird. In Kosljan und in Ertjuk sollen bis Ende 1969 zwei geschlossene bulgarische Siedlungen entstehen; die 3000 bulgarischen Arbeitskräfte sollen ihre Familien nachkommen lassen können. Der Vereinbarung nach sollte die erste Ausbaustufe dieser Siedlungen bis Ende 1968 fertiggestellt werden. Die Arbeit in den sibirischen Tannen-, Fichten- und Zedernwäldern war für Anfang Juli 1968 vorgesehen, und Anfang Oktober sollte mit dem Holzexport nach Bulgarien begonnen werden.

Mit der sowjetischen Forderung auf Erhöhung der Preise für ihre Rohstofflieferungen wird gleichzeitig noch ein anderes Problem berührt. Von Kennern der Materie wird vielfach die Meinung vertreten, daß die eigentliche Quelle der Unzufriedenheit mit der Preisgestaltung im Intradblockhandel in der von der Sowjetunion geübten Preisdiskriminierung der anderen Partner zu suchen sei. Diese Preisdiskriminierung bestehe darin, daß die Sowjetunion für die von ihr gelieferten Waren den anderen sozialistischen Partnerländern höhere Preise abfordert, als sie für dieselben Waren im westlichen Ausland zu bezahlen hätten, und daß andererseits die sozialistischen Länder für die von ihnen an die Sowjetunion gelieferten Waren niedrigere Preise erhielten, als sie im Westen erzielen könnten⁵⁹⁾.

⁵⁹⁾ Eine derartige Preisdiskriminierung wird vor allem von Aleksander Kutt behauptet. Nach seinen Berechnungen haben die Sowjets im Zeitraum von 1955 bis 1964 durch Unterbezahlung ihrer Importe und Überbezahlung ihrer Exporte einen illegalen Profit von 13 Milliarden Dollar erzielt. Auch in den folgenden beiden Jahren des Berechnungszeitraumes setzte die Sowjetunion diese Politik fort und erzielte dabei nach Kutt illegitime Profite von 4,6 Milliarden Dollar (Kutt, *Price Changes and Price Discrimination in Soviet-Captive Countries Trade in 1965—66*, N. York, Juli 1968).

Diese Auffassung ist sicher bis zu einem gewissen Grade berechtigt, insbesondere wenn man die mindere Qualität der im Intradblockhandel gelieferten sowjetischen Waren mit berücksichtigt und sich der Kritik besonders in den Tagen einer freieren Meinungsäußerung in der Tschechoslowakei erinnert.

Aber in Wahrheit liegen die Dinge wohl noch etwas komplizierter. Es ist davon auszugehen, daß die Sowjetunion an die übrigen Partnerländer des RGW in erster Linie Rohstoffe und Halbfertigwaren liefert, von diesen aber industrielle Fertigwaren und Konsumgüter bezieht. Zwar ist die Sowjetunion in der letzten Zeit bestrebt gewesen, die Warenstruktur ihres Außenhandels zu verbessern und den Anteil von Fertigerzeugnissen besonders im Maschinensektor zu erhöhen, jedoch hat sich dadurch wenigstens bisher an dem geschilderten Sachverhalt nichts Grundlegendes geändert. Die Ursachen liegen nicht zuletzt darin, daß die von der Sowjetunion angebotenen Maschinen den Bedürfnissen der RGW-Partner vielfach nicht entsprechen, andererseits die von diesen gewünschten Erzeugnisse wie z. B. Datenverarbeitungsmaschinen und numerisch gesteuerte Werkzeugmaschinen aus der sowjetischen Produktion für den Export nicht genügend zur Verfügung stehen. Nun kommt hinzu, daß die Preise, die die Sowjetunion für ihre Rohstoffexporte im RGW-Raum erzielt, zwar höher liegen als im Westen, gemessen an den Preisen aber, die für Maschinen und sonstige industrielle Fertigerzeugnisse innerhalb des sozialistischen Lagers gezahlt werden, als verhältnismäßig niedrig anzusehen sind. Nach Angaben des ungarischen Nationalökonom Dr. Sandor Ausch, der als Experte für diese Preis- und Finanzprobleme gilt, liegen die Preise im Intradblockhandel für Rohstoffe um 10 v. H., für Maschinen dagegen um 30 v. H. höher als die vergleichbaren Weltmarktpreise⁶⁰⁾. Hier liegt dann der Grund, daß die Rohstoffe exportierenden Länder des RGW mit der Sowjetunion an der Spitze versuchen, die Preisrelationen zwischen Rohstoffen und Maschinen für sich günstiger zu gestalten und mit Händen und Füßen gegen eine freie Preisgestaltung bzw. uneingeschränkte Koppelung der Preise an den Weltmarkt kämpfen.

⁶⁰⁾ Man wird davon ausgehen dürfen, daß diese von Ausch getroffenen Feststellungen nicht für Waffen und Rüstungsmaterial gelten. Diese werden innerhalb des Warschauer Paktes zu weit niedrigeren Preisen als im Westen gehandelt.

IV. Bilanz zwanzigjähriger Tätigkeit des RGW

1. Die XXII. Ratstagung und die XXIII. außerordentliche Ratstagung

Vom 21.—23. Januar 1969 fand in Ost-Berlin die XXII. Tagung des RGW statt. Es war mehr als nur ein routinemäßiger Wechsel des Tagungsortes, daß man für die Jubiläumssitzung Ost-Berlin gewählt hatte. Die Absichten, die die sowjetische Seite mit diesem Schritt verfolgte, waren leicht zu durchschauen. Erstens dürfte ihnen daran gelegen haben, die SED-Führung mit der Wahl des Tagungsortes für ihre vorbehaltlose Unterstützung der sowjetischen Politik besonders in der kritischen Phase des Jahres 1968 auszuzeichnen und gleichzeitig die gewachsene politische und wirtschaftliche Bedeutung der DDR innerhalb des sozialistischen Lagers zu unterstreichen. Zweitens aber ging es sicher darum zu betonen, daß die Sowjetunion die DDR als festen, unveräußerlichen Bestandteil des sowjetkommunistischen Herrschaftsbereiches betrachtet.

Wie kaum anders zu erwarten, wiederholte der Sekretär des RGW, Faddejew, in seiner Festansprache die Thesen der kommunistischen Propaganda, den Unterschied zwischen RGW und EWG betreffend, schilderte die bisherigen Leistungen der Organisation und die Ergebnisse zwanzigjähriger internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit und betonte, daß der RGW eine offene Organisation sei und alle Länder, die bereit seien, die Statuten anzuerkennen, in der Organisation mitarbeiten könnten. Unüberhörbar war hier die Aufforderung an andere Länder, sich dem RGW anzuschließen, wozu besonders auch der Hinweis auf die im Falle Jugoslawiens gewählte Form der Assoziierung diente.

In bezug auf die Struktur und die Methoden der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wurden auf der Berliner Tagung keine grundlegenden Beschlüsse gefaßt. So ist auch nicht erkennbar, daß — was mancherorts erwartet worden war — Moskau auf eine Straffung der Organisation hingearbeitet und die 1962 gescheiterte Politik des Ausbaus des RGW zu einer supranationalen Planungsbehörde wieder aufgenommen hätte. Eher lassen der Wortlaut des Kommuniqués⁶¹⁾ und die vorliegenden Berichte über den Verlauf der Tagung erkennen, daß Moskau bestrebt war, eine weitere Verschärfung der Gegensätze und besonders eine Kollision mit den wirtschaftlich schwächeren Partnern zu vermeiden.

⁶¹⁾ Abdruck in Neues Deutschland vom 24. 1. 1969.

Ähnliches läßt sich — wenn auch mit Einschränkung — über den Verlauf und die Ergebnisse der außerordentlichen XXIII. Ratstagung sagen, die vom 23. bis 26. April 1969 in Moskau stattfand und wegen der Teilnahme der Partei- und Regierungschefs der RGW-Länder den Charakter eines Ostblockgipfeltreffens hatte. Das Kommuniqué („Neues Deutschland“ vom 27. 4. 1969), das sich in weiten Passagen eng an die Formulierungen der „Grundprinzipien“ von 1962 anlehnt, läßt erkennen, daß sich die auf eine weitere Wirtschaftsintegration etwa im Sinne der sowjetzonalen und polnischen Vorstellungen gerichteten Tendenzen nicht verwirklichen ließen. Das rumänische Parteiblatt „Scinteia“ hatte unmittelbar vor Eröffnung der Moskauer Konferenz einen Artikel veröffentlicht, in dem abermals die rumänische Opposition gegen jede Form wirtschaftlicher Integration betont wurde. Rumänien, so hatte das Blatt geschrieben, werde keinem supranationalen Organ innerhalb des RGW beitreten; alle Beschlüsse müßten auch künftig einstimmig und nicht etwa durch Mehrheit gefaßt werden. Des weiteren unterstrich das Parteiblatt die Haltung Rumäniens dahin, daß die Gemeinschaft geöffnet und nicht geschlossen werden müßte und daß der RGW sowohl mit allen sozialistischen als auch mit anderen Ländern, sofern sie dies wollen, Verbindung aufnehmen müsse.

Es war sicher kein Zufall, daß die Rumänen am Eröffnungstage der Konferenz, an der auch der rumänische Partei- und Regierungschef Ceausescu teilnahm, ihre dahin gehenden Auffassungen nochmals bekräftigten. Man wußte in Bukarest sehr wohl, daß auf dem Moskauer Treffen die Fragen einer weiteren wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Neuformulierung der Integrationspolitik eines der zentralen Themen bilden würden, und man kennt die Moskauer Tendenz, die kleineren Mitglieder der Gemeinschaft enger an den RGW zu binden, die Organisation selbst zu straffen und durch stärkere wirtschaftliche Verflechtung dem unliebsamen Westdrall einzelner Partner und den damit zusammenhängenden politisch-ideologischen Folgeerscheinungen entgegenzuwirken.

Wenn Moskau dennoch auf die Durchsetzung einer derartigen Politik verzichtete und auf dieser Gipfelkonferenz offenbar keine Beschlüsse grundlegenden Charakters gefaßt wurden, so sicher deshalb, weil der Führung

im Kreml im besonderen an der einstimmigen Annahme der Beschlüsse und der Verabschiedung eines entsprechenden Kommuniqués gelegen war. Die Gründe hierfür liegen in der bevorstehenden kommunistischen Weltkonferenz, wo es der KPdSU darauf ankommen muß, zusätzlichen Streit im eigenen Lager unter allen Umständen zu vermeiden.

2. Die Ergebnisse kommunistischer Wirtschaftsintegration — Propaganda und Wirklichkeit

Der Sekretär des RGW versuchte in seiner Festansprache auf der Ost-Berliner Jubiläumstagung die Leistungen des RGW und die Ergebnisse der internationalen Arbeitsteilung nach sowjetrussischen Plänen mit den folgenden Ausführungen und statistischen Angaben zu beweisen:

„Die Mitgliedsländer des RGW, deren Bevölkerung 10 % der Weltbevölkerung ausmacht und deren Territorium 18 % der gesamten Erdoberfläche bedeckt, erbringen gegenwärtig 31 % der Industrieproduktion der Welt insgesamt.

1950 — 1968 vergrößerte sich der Umfang der Industrieproduktion der Mitgliedsländer des RGW zusammengenommen auf das 5,9fache, während der Umfang der Industrieproduktion in den kapitalistischen Ländern der Welt auf das 2,6fache stieg.

Die bei der Plankoordination erzielten Ergebnisse haben ihren Ausdruck darin gefunden, daß der Umfang des gegenseitigen Warenumsatzes in den Jahren 1966 bis 1970 entsprechend den Handelsabkommen ca. 140 Mrd. Rubel betragen, das heißt, sich um 40 bis 42 Prozent gegenüber dem 1961 bis 1965 erreichten Warenumsatz erhöhen wird.

In der Struktur des gegenseitigen Handels der RGW-Länder haben sich in den vergangenen Jahren radikale Veränderungen vollzogen, die durch Veränderungen in der Struktur der nationalen Wirtschaft im Ergebnis ihrer Industrialisierung hervorgerufen worden sind. Der Anteil der Maschinenbauerzeugnisse am gegenseitigen Handel ist gestiegen. So exportierte zum Beispiel Bulgarien 1950 überhaupt keine Maschinen und Ausrüstungen, während 1967 der Anteil dieser Erzeugnisse am gegenseitigen Handel Bulgariens mit den RGW-Ländern 31,7 Prozent erreichte; in Rumänien stieg der Anteil in diesem Zeitraum von 4,7 auf 25,1 Prozent, in Polen von 13,6 auf 49,3 Prozent und

in Ungarn von 32 auf 42,1 Prozent. Diese Zahlen zeugen davon, daß der Anteil von Maschinen und Ausrüstungen besonders stark am Export der Länder gewachsen ist, die in der Vergangenheit industriell weniger entwickelt waren.

Die Fragen der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit und des Austausches fortgeschrittener Produktionserfahrungen standen seit den ersten Tagen der Gründung des RGW im Mittelpunkt seiner Aufmerksamkeit.

Gegenwärtig erfolgt entsprechend dem zusammenfassenden Plan für die Koordinierung der wissenschaftlichen und technischen Forschungen für 1966—1970 die Koordinierung von wissenschaftlichen und technischen Forschungen zu 50 Problemen, die 185 wissenschaftliche Forschungsthemen beinhalten. Im Verlauf der Realisierung der Koordinierungspläne werden regelmäßig wissenschaftliche Koordinierungsberatungen durchgeführt.

Augenblicklich werden in den Ratsorganen in Übereinstimmung mit dem Auftrag der XXII. Ratstagung Maßnahmen zur weiteren Vervollkommnung der Zusammenarbeit der Länder auf dem Gebiet der Valuta- und Finanzbeziehungen ausgearbeitet, die sich positiv auf die Entwicklung der gesamten wirtschaftlichen Zusammenarbeit, darunter auf die Entwicklung ihres gegenseitigen Handels, auswirken sollen.“⁶²⁾

Diese Beweisführung des RGW-Sekretärs hält einer kritischen Nachprüfung kaum stand. Zwar soll hier nicht bestritten werden, daß die Arbeit des Comecon in den zurückliegenden 20 Jahren auch bestimmte Resultate zeitigte, aber die tatsächlich erzielten Ergebnisse liegen weit hinter den gesteckten Zielen, und der Prozeß wirtschaftlicher Integration verlief weit weniger überzeugend als in der EWG — trotz der auch hier zweifellos vorhandenen Schwierigkeiten und hemmenden Faktoren.

Was z. B. das Hauptproblem, die internationale Arbeitsteilung, also die Spezialisierung und Abstimmung der Produktion betrifft, so blieb diese auch nach Auffassung sowjetischer Experten im wesentlichen auf die Bereiche der Grundstoffindustrie und einige Teilbereiche der Produktionsgüterindustrie beschränkt. In anderen Bereichen hingegen wie z. B. im Ma-

⁶²⁾ Die Wirtschaft, Ost-Berlin Nr. 4/1969.

Nach Meldungen von ungarischer Seite soll die Konvertierbarkeit des Rubels innerhalb des RGW-Bereiches als Vorstufe der vollen Konvertierbarkeit in Kürze eingeführt werden

schinenbau, in der Leichtindustrie, in der Chemie und in der Elektrotechnik entwickelte sich die Arbeitsteilung nur unzulänglich, und durch die zentrale Planung und die Schwerfälligkeit des Außenapparates herrschen hier nach wie vor autarkische Tendenzen vor.

Nun wird in diesem Zusammenhang von seiten interessierter Kreise vor allem die Schaffung der verschiedenen sogenannten internationalen Industriezweigorganisationen und der gemeinsamen Einrichtungen der RGW-Länder als Beispiel für die sich entwickelnde Arbeitsteilung und Zusammenarbeit angeführt. Bei diesen Organisationen und Einrichtungen handelt es sich um die folgenden:

Organisation für die Zusammenarbeit in der Schwarzmetallurgie (Intermetall),

Organisation für die Zusammenarbeit der Walzlagereindustrie (OZWI),

Zentrale Dispatcherverwaltung der Vereinigten Energiesysteme (ZDV) und Energieverbundsystem „MIR“,

Gemeinsamer Güterwagenpark (OPW),

Erdölleitung „Freundschaft“,

Internationale Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit (IBWZ).

Aber auch dieses Argument vermag kaum zu überzeugen. Wohl mit Recht weist der schon erwähnte ungarische Experte Ausch darauf hin, daß eine so geringe Anzahl übernationaler Einrichtungen „zutiefst dem Grad an Zentralisierung widerspricht. Zweifelsfrei wären auf solch einem Entwicklungsstand der Produktivkräfte, wie er in den RGW-Mitgliedsländern erreicht wurde, unter kapitalistischen Bedingungen schon eine ganze Reihe internationaler Vereinigungen entstanden“⁶³⁾.

Vor allem aber ist der Grad der Außenhandelsverflechtung, den man, wenn auch nicht als einzigen, so doch als sehr wesentlichen Maßstab für den Grad der erreichten wirtschaftlichen Integration annehmen kann, vergleichsweise gering, und das gesamte Außenhandelsniveau der RGW-Länder muß als niedrig bezeichnet werden. Dies geht schon daraus hervor, daß von östlicher Seite der Anteil des RGW an der Industrieproduktion der Welt mit 31 v. H., der Anteil am Außenhandel jedoch nur mit 10,3 v. H. angegeben wird. Hier-

⁶³⁾ zit. n. Gumpel, Fortschritte und Grenzen der Zusammenarbeit im RGW, in: Osteuropa-Wirtschaft, Nr. 3, 1967, S. 224.

bei spielt dann die Nichtkonvertierbarkeit der Währungen der RGW-Länder sowie das System der „bereinigten Weltmarktpreise“ im Intra-blockhandel eine entscheidende Rolle, da diese Faktoren einer reibungslosen Zusammenarbeit als entscheidende ökonomische Hemmnisse im Wege stehen⁶⁴⁾.

Besonderes Interesse verdient in diesem Zusammenhang der Bericht, den ein im Herbst 1968 geflohener mitteldeutscher Wirtschaftsfunktionär gab. Er hatte häufig als Dolmetscher bei Tagungen des RGW und seiner Organe mitgewirkt und konnte nun sowohl die Schwerfälligkeit des gesamten Apparates als auch die sich ständig vertiefenden Interessengegensätze und Widersprüche zur sozialistischen Ideologie beobachten. Wörtlich heißt es in seinem Bericht⁶⁵⁾:

„Ich konnte die Schwerfälligkeit des RGW-Apparates kennenlernen, den komplizierten Gang der Verhandlungen zwischen Betrieben und Institutionen der sozialistischen Länder, die Klagen der Ingenieure über unzumutbare Verzögerungen und Begrenzungen der Informationsreisen, die Klagen der Außenhandelsfunktionäre über schwerfällige und langfristige Handelsplanungen, die durch rasante technische Entwicklungen in der Welt sehr schnell ihren Wert einbüßen oder sogar überflüssig werden. Wieviel besser und schneller besorgt man ein paar Maschinen direkt von einer westlichen Firma als über die Planungsinstanzen der östlichen Länder. Wieviel schneller und besser wäre der Kontakt, wenn etwa der ostdeutsche Industriefachmann über die benötig-

⁶⁴⁾ An ausführlicheren Darstellungen über die Außenhandelsverflechtung der RGW-Staaten, die Handelsbeziehungen zwischen EWG und Ostblock und die Preis- und Währungsfragen sei hier vor allem auf die folgenden hingewiesen: 1. Die Rolle des Comecon im Welthandel — Mitteilungen für den Außenhandel der Berliner Bank Nr. 10, 1966. 2. Zur Entwicklung des Ost-West-Handels — Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin vom 10. 10. 68. 3. Sannwald, Die Handelsbeziehung zwischen der EWG und dem Ostblock, in: Osteuropa-Wirtschaft Nr. 2/1966, S. 97 ff. Als umfassende Darstellungen der wirtschaftlichen Entwicklung der RGW-Länder und des Integrationsprozesses wären unter anderem zu nennen:

1. Pommer, Politik und Wirtschaft im Sowjetblock — Dargestellt am Beispiel des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon); Mainz 1966, 2. E. Schulz — D. Schulz, Braucht der Osten die DDR?; Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Opladen 1968, S. 44 ff. 3. Horster, Die sowjetische Wirtschaft als Mittel der Politik — IV, Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe; herausgg. von der Studiengesellschaft für Zeitprobleme, Bonn 1968.

⁶⁵⁾ Sendung von RIAS Berlin am 28. 12. 1968.

ten Maschinen direkt mit dem polnischen oder sowjetischen Lieferbetrieb sprechen könnte, als die Angelegenheit einem technisch nicht hinreichend versierten Außenhandelsfunktionär zu überlassen, der am Grünen Tisch erfolglos herumdebattiert, zahllose Rückfragen halten muß und Dutzende von Briefen in alle Himmelsrichtungen schickt. Hier zeigt sich dann auch eine Diskriminierung der DDR-Fachleute gegenüber den sowjetischen Partnern, da letztere in der DDR beliebig von Betrieb zu Betrieb reisen können, was den mitteleuropäischen Funktionären in der Sowjetunion nicht möglich ist.

Solche Beispiele für die Schwerfälligkeit der Administration in den sozialistischen Ländern ließen sich beliebig vermehren; doch schwerer als dieser Kleinkram wiegt die Tatsache, daß die nationalen Wirtschaften der sozialistischen Länder sich immer stärker auseinanderentwickeln. Ich hatte ausgiebig Gelegenheit, den Geist der Verhandlungen kennenzulernen. Den Zeitungen nach vollzieht sich die Zusammenarbeit im Geiste traditioneller Freundschaft, was in den Kommuniqués über die Tagungen und Konferenzen mit stereotypen Wiederholungen formuliert wird. Aber die Sozialisierung der Wirtschaften hat in Wirklichkeit zu einer Erscheinung geführt, die Marx in seinem Glauben an den automatisch funktionierenden proletarischen Internationalismus in Fragen der Wirtschaft nicht voraussehen konnte. Es handelt sich darum, daß wirtschaftliche Gegensätze und Disharmonien, die in dem Entwicklungsprozeß jeder Gesellschaftsordnung ständig und unausweichlich auftreten, in den sozialistischen Nationalstaaten sich auf die nationale Ebene übertragen und die internationale Atmosphäre vergiften. Der Sozialismus, der sich eigentlich die Aufgabe stellt, mit dem Sturz des Kapitalismus eine Epoche der Völkerverbrüderung herbeizuführen, führt selbst zur Entstehung nationaler Gegensätze zwischen den nationalen sozialisierten Wirtschaften."

Bis zu einem gewissen Grade lassen sich die unzureichenden Ergebnisse der sogenannten sozialistischen Wirtschaftsintegration auch dem Wortlaut des Kommuniqués der XIII. Außerordentlichen RGW-Tagung entnehmen, wenn es darin heißt:

„Die Tagung hat beschlossen, die Ausarbeitung der Hauptrichtungen für die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der RGW-Länder und konkrete Maßnahmen zu ihrer Verwirklichung für einen

längeren Perspektivzeitraum in Angriff zu nehmen. Bei der Ausarbeitung dieser Maßnahmen ist das Hauptaugenmerk insbesondere auf die Vervollkommnung und Vertiefung der Formen und Methoden zur Koordinierung der Volkswirtschaftspläne, einschließlich der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, der Produktion, des Absatzes und der Investitionen, die von gegenseitigem Interesse sind, sowie auf wissenschaftlich-technischen und wirtschaftlichen Prognosen zu richten. . . .“
und

„Es wurde vereinbart, mit der Ausarbeitung von Vorschlägen für die weitere Verbesserung der Tätigkeit der RGW-Organen und für die Erhöhung ihrer Rolle bei der Organisation der Zusammenarbeit zu beginnen“.

Damit wurden nicht nur seit Jahren bereits gebrauchte Formulierungen wiederholt, sondern letzten Endes auch erklärt, daß der RGW bei der Lösung dieser an sich selbstverständlichen Aufgaben nach zwanzigjähriger Tätigkeit immer noch nicht sehr weit vorgedrungen ist.

3. Kritik an Mängeln und Mißständen im Comecon

Auf der letzten Sitzung des Exekutivkomitees des RGW in Moskau im April 1969 ⁶⁶⁾ übte der Leiter der polnischen Delegation, der stellvertretende Ministerpräsident Jaroszewicz, heftige Kritik an der Organisation und wiederholte seine früheren Äußerungen über die unzureichenden Leistungen und inneren Schwächen des RGW. Wie Jaroszewicz sagte, stehe einer engeren Zusammenarbeit vor allem die bisherige Praxis bilateraler Abrechnungen im Wege, da es keine konvertierbare Währung unter den sozialistischen Ländern gäbe. Der Transfer-Rubel sei keine internationale Währung geworden, sondern sei eine rein theoretische Abrechnungseinheit geblieben. Weiter erklärte Jaroszewicz, daß unter den einzelnen Mitgliedsländern des RGW Grundkriterien für die Berechnung der Effektivität der Produktion fehlten und auch keine Maßstäbe vorhanden seien, um die Kosten, die Preise und die Währungen zu vergleichen. Alles dies habe dazu geführt, die Mitgliedsländer des RGW auf den gefährlichen Weg der Autarkie zu bringen. Statt die spezialisierende Kooperation voranzutreiben, nähmen die einzelnen Länder

⁶⁶⁾ Komunique siehe Neues Deutschland vom 13. April 1969.

oft veraltete Produktionen auf, um den eigenen Markt zu befriedigen und Importe vermeiden zu können ⁶⁷⁾.

Auch auf ungarischer, tschechoslowakischer und jugoslawischer Seite ist immer wieder das ungelöste Preis-, Währungs- und Verrechnungsproblem im sozialistischen Lager Gegenstand ernster Kritik. So kommentierte Radio Prag am 29. 1. 1969 den Abschluß der 38. Sitzung des Exekutivkomitees in Ost-Berlin wie folgt:

„... Eine weitere Stufe ist dann bereits die freie Bewegung aller Produktionsfaktoren im Rahmen der Integration. Der RGW war bisher nicht imstande, etwas davon zu verwirklichen. Der Versuch, den konvertiblen Rubel als frei austauschbare Währung einzuführen, mißlang, obwohl der RGW eine multilaterale Organisation ist und zu seinen Gunsten eine Reihe erfolgreicher mehrseitiger Kooperations- und Spezialisierungsabkommen verbuchen kann, tragen die meisten Geschäfte nur bilateralen Charakter. Das bedeutet, daß immer nur zwei der RGW-Staaten sich darüber einigen, was sie gegenseitig eintauschen werden, und daß sie sich bemühen, für jeden festgesetzten Zeitraum die Export- und Importbilanz auszugleichen. Wenn nämlich einer von ihnen mehr exportiert als er importiert, und das sollte in einer normalen Situation das normale Bestreben jedes Unternehmens und jedes Staates sein, bringt es ihm keine Vorteile, sondern im Gegenteil Schwierigkeiten. Die Geldmittel, die er auf diese Weise erhält, bleiben im anderen Staat liegen, und wenn man nichts Brauchbares dafür kaufen kann — und das ist die Regel —, bestehen nur zwei weitere Möglichkeiten: etwas zu kaufen, was man nicht braucht, was aber der Partner in ausreichender Menge besitzt, oder das Geld liegen zu lassen und auf diese Weise einen Teil des Nationaleinkommens zu entwerten.“

In die gleiche Richtung zielten die Äußerungen des ständigen Vertreters Jugoslawiens beim Comecon, Alexander Grlickov. Nach seiner Rückkehr von der 22. Comecon-Tagung in Ost-Berlin vertrat er in einem Interview in Belgrad die Ansicht, daß der RGW sich auch nach außen öffnen sollte. Grlickov hatte sich außerdem für Handelserleichterungen zwischen den Comeconländern ausgesprochen und empfohlen, weniger bürokratisch vorzugehen. Jugoslawien sei an einer elastischeren, liberaleren und besser umwechselbaren Zahlungsform in-

⁶⁷⁾ dpa vom 10. 4. 69.

teressiert. Jugoslawische Kreise in Belgrad deuteten an, daß dieser Vorschlag von den meisten Mitgliedsländern des Comecon unterstützt worden sei, während die Sowjetunion ihn abgelehnt habe ⁶⁸⁾.

Sehr viel weiter gingen demgegenüber die Tschechoslowaken in ihrer Kritik am RGW und den von diesem geübten Methoden ökonomischer Zusammenarbeit der sozialistischen Länder. Sie beschränkten sich nicht nur darauf, auf das unzureichende und die eigene volkswirtschaftliche Entwicklung hemmende Preis-, Währungs- und Verrechnungssystem hinzuweisen, sondern bezogen auch die Übervorteilung der anderen sozialistischen Länder durch die Sowjetunion in ihre Kritik mit ein. Dabei verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß diese Feststellungen auf tschechoslowakischer Seite nicht erst in der Zeitspanne nach dem Sturz Novotnys bis zur sowjetrussischen Intervention getroffen wurden, sondern auch bereits früher tschechoslowakische Wirtschaftspolitiker und Publizisten mit ihrer Meinung nicht hinter dem Berg hielten. So brachte Radio Prag am 7. 2. 1966 zur Eröffnung der 21. Tagung des Exekutivkomitees folgenden Wortlaut:

„Wenn wir es erreichen würden, daß das sowjetrussische Erz zwischen 62 und 64 % Eisen enthalten wird, könnte dies etwa folgende Effekte zur Folge haben: es würde der Transport von 1 bis 1,5 Millionen Erz aus Kriwoj Rog in die Tschechoslowakei fortfallen, der Koksverbrauch von heute 800 kg auf eine Tonne Roheisen würde auf 500 kg sinken, der Hochofenraum würde sich um etwa 5000 cbm verringern, also um 3 Hochöfen der ostslowakischen Eisenwerke, der Verbrauch an Kalkstein würde dadurch um 2 Millionen Tonnen geringer, und diese Menge stellt einen großen Kalkbruch dar. Das sind keine Phantasien, das sind Tatsachen, über deren Realisierung man sprechen muß.“

und Radio Bratislava am 8. 5. 68:

„In den lebhaften Diskussionen dieser Tage hören wir nicht gerade schmeichelhafte Absichten hinsichtlich der Regeln und Ergebnisse der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Comecon. So erlangte z. B. Anfang der fünfziger Jahre das Abkommen über die kostenlose Gewährung der Patente und Erfindungen Gültigkeit. Wir hatten in dieser Zeit, ähnlich wie andere industriell entwickelte Staaten des Comecon,

⁶⁸⁾ upi vom 28. 1. 69.

ganz umsonst, oder wenn ich genauer sein soll, nur für den Preis der Vervielfältigung der technischen Dokumentation unsere Patente und Erfindungen jenen Staaten, die an ihnen ein Interesse zeigten, übergeben. Es geschah nicht nur einmal, daß dann ein Schweißapparat, den wir vor 10 oder 15 Jahren ins Ausland schickten, an uns im Wege des Außenhandels in die ČSSR zurückgeschickt wurde. Natürlich war die Ware 15 Jahre alt... So hatten wir also unsere Spitzenmaschinen ins Ausland exportiert und erhielten für diese nicht selten Maschinen mit einem fremden Zeichen, aber der tschechoslowakischen Konzeption zurück."

Der zum Kreis von Ota Šik gehörende Wirtschaftswissenschaftler Pravoslav Selucky sagte Anfang März in einer Sendung von Radio Prag:

"Es ist ungesund, daß die Tschechoslowakei, obwohl kein echter Bedarf besteht, von der Sowjetunion Ausrüstungen und Maschinen übernehmen muß, die mit dem im Inland errichteten Niveau in keiner Weise konkurrieren können."

Im Gegensatz zu solchen kritischen Äußerungen kommen aus Moskau und Ost-Berlin ganz andere Töne. Hier werden in gewohnter Weise die Leistungen und Erfolge des RGW und der internationalen sozialistischen Zusammenarbeit nach sowjetischem Rezept in den höchsten Tönen gepriesen. So konnte man in der

März-Nummer der führenden sowjetischen Wirtschaftszeitschrift "Voprosy ekonomiki" aus der Feder eines der maßgeblichen sowjetischen RGW-Experten, Dudinski, z. B. lesen:

"Das sozialistische Weltsystem und seine ökonomische Basis, die sozialistische Weltwirtschaft, sind neue synthetische Kategorien in der gesellschaftlichen Entwicklung vom Kapitalismus zum Sieg des Kommunismus im Weltmaßstab." ⁶⁹⁾

Nun ist es gewiß kein Zufall, daß in Moskau und Ost-Berlin die Leistungen und die Situation im RGW anders als in den übrigen Mitgliedsländern der Organisation beurteilt werden. Von der Tschechoslowakei und ihrer besonderen politischen und wirtschaftlichen Situation nach der Intervention einmal abgesehen, sind die UdSSR und die DDR heute die wirtschaftlich führenden Partner in der Organisation. Beide sind gleichzeitig wirtschaftlich eng miteinander verflochten, wohingegen ihre wirtschaftlichen Bindungen zu den übrigen Partnern als durchaus zweitrangig gewertet werden können. So ist es denn nicht ausgeschlossen, daß Moskau und Ost-Berlin an einer grundlegenden Änderung dieser Verhältnisse nicht unbedingt interessiert sind und auch der Einführung einer anderen Preisbasis sowie der Umstellung auf eine teilkonvertierbare Währung nur zögernd zustimmen, da dies möglicherweise störende Elemente in ihre enge bilaterale Verflechtung hineinbringen könnte ⁷⁰⁾.

Zusammenfassung

1. Wie die Schöpfer des marxistischen Sozialismus, so glaubten auch die sowjetrussischen Revolutionäre von 1917 noch an die internationale sozialistische Revolution, die Entstehung der internationalen Kommune und die Entwicklung des einheitlichen internationalen Wirtschaftsraumes. Statt dessen aber entstand nach dem Zweiten Weltkrieg das sowjetische Imperium.

2. Im Rahmen des Comecon entwickelten sich bestimmte Formen und Methoden internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit nach sowjetischen Vorstellungen und unter sowjetischer Hegemonie. Diese werden in der geltenden Sowjet-Ideologie als Vorstufe auf dem Weg zur zukünftigen Weltwirtschaft und Weltgenossenschaft der Völker hingestellt.

3. Die Gründung des Comecon im Jahre 1949 war in erster Linie die Antwort Stalins auf

den Marshall-Plan und den Abfall Titos. Des weiteren bezweckte die Gründung der Organisation, die nachteiligen Auswirkungen der westlichen Embargopolitik zu mildern.

4. In der Folgezeit vollzog sich die Entwicklung des Comecon im engen Zusammenhang mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Sowjetunion sowie im sowjetischen Einflußbereich, und die Organisation wurde zu einem Instrument zur Wahrnehmung der sowjetischen Interessen, aber auch zum Aufbau des Sozialismus gemäß der geltenden Sowjetdoktrin ausgebaut.

⁶⁹⁾ Zitiert nach Sozialistische Außenwirtschaft, Ost-Berlin, Nr. 3/1969, S. 14.

⁷⁰⁾ Siehe dazu auch Ludz, Die politische Bedeutung der DDR im Comecon, in: Osteuropäische Rundschau, Nr. 3/1969, S. 3 ff.

5. Auf dem Hintergrund des sich verschärfenden sowjetisch-chinesischen Gegensatzes und der ideologischen Erosion im internationalen Kommunismus und bedingt durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in allen Mitgliedsländern des RGW und die Bestrebungen zur Reform des Wirtschaftssystems zeigten sich etwa seit 1963 in wachsendem Maße Erscheinungen der Auflockerung und Desintegration. Sie kamen in der deutlicher werdenden Wahrnehmung der nationalwirtschaftlichen Eigeninteressen durch verschiedene Mitglieder der Organisation, in der zunehmenden Kritik an den Leistungen des RGW und den Ergebnissen der internationalen Zusammenarbeit und in den Bestrebungen, sich mit den internationalen wirtschaftlichen Organisationen im Westen zu arrangieren, zum Ausdruck.

6. Bis zur Stunde ist die geringe Außenhandelsverflechtung innerhalb des sowjetisch kontrollierten Systems der sichtbarste Ausdruck des niedrigen Integrationsniveaus. In keinem

anderen der wirtschaftlichen Zusammenschlüsse der Welt ist die Entwicklung der Außenhandelsverflechtung so stark hinter dem Wachstum der Produktion zurückgeblieben wie im RGW.

7. Im Januar 1969 fand in Ost-Berlin die XXII. Ratstagung aus Anlaß des 20. Jahrestages der Gründung des Comecon statt, und im April 1969 wurde in Moskau eine außerordentliche Ratstagung in Form eines Ostblock-Gipfeltreffens durchgeführt. Beide Tagungen wurden überschattet von der militärischen Invasion in die Tschechoslowakei im August 1968.

Die auf der Tagung von dem Sekretär des Comecon, Faddejew, vorgelegte Bilanz zwanzigjähriger Tätigkeit des RGW machte deutlich, daß zwar gewisse Ergebnisse zu verzeichnen waren, diese aber weit hinter den gesteckten Zielen lagen und der Prozeß der Wirtschaftsintegration weit weniger überzeugend als im Westen verlaufen war.

Die wirtschaftliche Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands zwischen 1945 und 1949

I. Ausgangspunkte

Die Entwicklung Deutschlands in den beiden letzten Jahrzehnten wurde entscheidend bestimmt durch Ereignisse der Jahre zwischen 1945 und 1949. Äußerliche Markierungspunkte dieser ersten Periode der jüngsten deutschen Wirtschaftsgeschichte sind die politischen Geschehnisse, von denen die Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945 und die Übernahme der Regierungsgewalt in Deutschland durch die Militärbehörden der Siegermächte am 5. Juni 1945 sowie die Errichtung des Alliierten Kontrollrates als gemeinsamen Organs zur Ausübung dieser Gewalt am 30. August 1945 den Ausgangspunkt bezeichnen. Am Ende dieser Phase stehen die Konstituierung der Bundesregierung im westlichen Teil Deutschlands am 15. September 1949 und der „provisorischen Regierung“ der Deutschen Demokratischen Republik in der Sowjetischen Besatzungszone am 7. Oktober 1949. Der für die nachfolgende Zeit und noch heute maßgebliche wirtschaftliche Sachverhalt ist die gleichzeitige Bildung von zwei deutlich voneinander abgegrenzten Wirtschaftssystemen.

Die zentrale Frage einer Darstellung der deutschen Wirtschaft in den ersten Nachkriegsjahren ist deshalb auf diese Tatsache gerichtet. Wie kam es in den Jahren 1945 bis 1949 zu den Entwicklungen, welche die bis heute getrennten Wirtschaftssysteme herbeigeführt haben, und welches waren ihre Hauptphasen sowie die ausschlaggebenden Ursachen? Von daher ist der Inhalt der folgenden Gedankengänge bestimmt, wobei allerdings die einschränkende Anmerkung notwendig ist, daß im Westen Deutschlands keine so konsequente Ausrichtung auf ein bestimmtes wirtschaftspolitisches Modell stattfand.

Die sich frühzeitig abzeichnende gesonderte wirtschaftliche Entwicklung in Ost und West mit ihren unterschiedlichen Zielsetzungen legt eine analytische Trennung der Behandlung des Themas nahe. Es ist aber zweckmäßig, nicht von vornherein eine solche Zweiteilung vorzunehmen. Den Ausgangspunkt bildet deshalb

die Lage Deutschlands am Ende des Krieges nach dem Verlust der Ostgebiete im eigentlichen Sinne. Westdeutschland bezeichnet also die Westzonen bzw. die Bundesrepublik, der östliche Teil die DDR, bis 1949 noch Sowjetische Besatzungszone. Zum Ausgangspunkt gehören auch die Grundsätze der damals herrschenden alliierten Auffassungen zur wirtschaftlichen Behandlung Deutschlands. Dieses

INHALT

I. Ausgangspunkte

II. Die erste Nachkriegsphase: negative Wirtschaftsentwicklung

1. Alliierte Pläne
2. Unstimmigkeiten in der Planausführung

III. Wirtschaftsentwicklung in Mitteldeutschland

1. Sowjetische Ziele
2. Sozialistische Übergangswirtschaft
3. Eigentumpolitik
4. Aufbau der Wirtschaftsplanung
5. Grundprobleme
der mitteldeutschen Planwirtschaft
6. Zusammenfassung

IV. Wirtschaftsentwicklung im westlichen Deutschland

1. Hatte der Westen ein einheitliches Konzept?
2. Ansätze einer Wiederbelebung
in den Westzonen
3. Das neue Europa-Konzept der USA
4. Stabilisierung und Wiederaufbau
5. Marktwirtschaftliches System

V. Vergleichende Beurteilung der Entwicklung

1. Die Tatsachen
2. Die Ursachen
3. Wandel der wirtschaftspolitischen
Zielsetzungen
4. Ökonomische Fragen
5. Zur Problematik des Systemvergleichs

wurde ja noch als Gesamt-Deutschland angesehen, obwohl eine spätere Aufspaltung in mehrere souveräne Staaten beabsichtigt war.

Bei dieser Überlegung zeigt sich, daß einer der ausschlaggebenden Bestimmungsfaktoren der ersten Nachkriegszeit die Politik der Siegermächte war. Von ihr ist die wirtschaftliche Entwicklung in keiner Phase der ausgehenden vierziger Jahre zu trennen. Der sich entfaltende politische Gegensatz zwischen den Siegermächten hat in vielfältigem Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Vorgängen im Nachkriegsdeutschland gestanden, von denen er auch seinerseits beeinflußt wurde. Demgegenüber scheinen „objektive Faktoren“ nur eine begrenzte Rolle gespielt zu haben, wenn auch gewisse ökonomische Tatsachen wie die

Kriegszerstörungen nicht übersehen werden können. Für die hier in den Mittelpunkt gerückte Fragestellung überwiegt aber das politische Element, da von derartigen Entscheidungen auch wirtschaftspolitische Details abhängig waren.

Die nachfolgende Analyse beschränkt sich aber auf für Deutschland relevante ökonomische Faktoren. So kann insbesondere der Frage nach der Entstehung und Verursachung der Ost-West-Spannungen nicht nachgegangen werden; sie müssen hier als ein „meta-ökonomisches“ Datum behandelt werden. Die Untersuchung wendet sich zunächst den alliierten Kriegszielen auf wirtschaftlichem Gebiet und den Maßnahmen zu ihrer Verwirklichung zu, um dann auf die unterschiedlichen Entwicklungen in Ost und West einzugehen.

II. Die erste Nachkriegsphase: negative Wirtschaftsentwicklung

1. Alliierte Pläne

Über die Behandlung Deutschlands nach dem Siege hatten sich die Verbündeten bekanntlich auf mehreren internationalen Konferenzen verständigt, von denen Teheran (28. November bis 1. Dezember 1943) und Jalta (3. bis 11. Februar 1945) zu nennen sind. Unter dem Einfluß der psychologischen Wirkungen des Krieges zeichnete sich dabei eine im wesentlichen einheitliche Auffassung aller beteiligten Mächte ab. Sie lief in wirtschaftspolitischer Hinsicht kurzfristig auf eine Zerstörung des deutschen Rüstungspotentials sowie auf die Leistung von Reparationen an die Sieger und die kriegsgeschädigten Staaten hinaus. Langfristig dagegen bedeutete sie den Versuch, Deutschland industriell weitgehend zu beschränken und entsprechend in ein Agrarland zurückzuverwandeln. Extreme Formulierungen dieser Auffassungen enthielt bekanntlich der sogenannte „Morgenthau“-Plan aus dem Jahre 1944.

Die grundlegenden Ziele wurden auf der amerikanischen-britisch-sowjetischen Konferenz, die nach der Besetzung Deutschlands vom 28. Juli bis 2. August 1945 stattfand, im Potsdamer Abkommen niedergelegt. Danach sollten die inzwischen gebildeten Besatzungszonen weiterhin als zusammengehörendes Ganzes betrachtet werden. Seine Bevölkerung sollte einen ausreichenden Lebensstandard auf der Höhe des europäischen Durchschnitts — aber unter Außerachtlassung Großbritanniens und der

Sowjetunion — erreichen. Die notwendigen Importe sollten durch eigene Exportleistungen bezahlt werden. Reparationen waren grundsätzlich auf drei Wegen vorgesehen: durch Demontage von Industrieausrüstungen, durch die Ablieferung der deutschen Handelsflotte und durch die Beschlagnahme der deutschen Auslandsanlagen. Entnahmen aus der laufenden Produktion waren ausgeschlossen. Die Produktion war im Hinblick auf den vorgestellten Lebensstandard auf etwa 55 % des Standes von 1938 bemessen und für zusätzliche Leistungen zu gering.

Eine Konkretisierung erfuhren diese allgemeinen Formulierungen des Potsdamer Abkommens im Industrieplan des Kontrollrates vom 28. März 1946. Auf der Grundlage einer angenommenen Bevölkerung von 66,5 Mill. Menschen wurde genau fixiert, in welchem Umfange die deutsche Industrie im Jahre 1949 Güter erzeugen sollte. Außerdem wurde eine Reihe von Industriezweigen als Kriegsindustrie verboten; ihre Kapazitäten sollten demontiert werden, wobei in einzelnen Fällen eine Auslaufrist zugestanden wurde. Zu diesen verbotenen Zweigen zählten vor allem sämtliche Rüstungsproduktionen im engeren Sinne, der Seeschiffbau, künstliche Benzine und Öle, synthetischer Gummi, Ammoniak, Aluminium und andere Leichtmetalle. Ferner wurde die Herstellung von bestimmten schweren Werkzeugmaschinen und Kugellagern aller Art verboten.

Für die verbleibenden Industrien wurden teilweise Beschränkungen durch Festlegung mengen- oder wertmäßiger Obergrenzen verfügt; hierzu zählten u. a. die eisenschaffende Industrie, Fahrzeugbau, Schuhindustrie, Maschinenbau, Elektrotechnik, Optik, Chemie, Textilindustrie, kautschuk- und metallverarbeitende Industrie. Die Begrenzungen bezogen sich auf die Basis der entsprechenden Produktionszahlen von 1936. Die erheblichen, nicht ausschließlich militärischen Zwecken dienenden Kapazitätserweiterungen nach 1936 blieben somit von vornherein außer Ansatz. Im einzelnen schwankten die erlaubten Prozentsätze bei den verschiedenen Industriezweigen beträchtlich, z. B. 15 % für Werkzeugmaschinenbau, 78 % für Textilindustrie, 60 % für Leichtmaschinenbau usw.

Der Bauwirtschaft sowie einigen Verbrauchsgüterindustrien wurde eine teils kontrollierte, sonst aber freie Entwicklung zugestanden. Der Kali- und Kunstfasererzeugung wurden Ziele gesetzt, welche die Werte von 1936 überstiegen. Letztere blieb aber weit unter dem im Kriege erreichten Höchststand.

Aus diesem Industrieplan ergab sich das nicht im einzelnen festgelegte Ausmaß der bis 1948 vorgesehenen Demontagen als Restgröße zwischen tatsächlich vorhandener und für die Erreichung der gesetzten Ziele benötigter Kapazität. Dabei sollte prinzipiell jede Macht nur aus ihrem Besatzungsgebiet entnehmen können, die UdSSR aber außerdem mit 25 % — z. T. im Austausch gegen Rohstoffe — an den Entnahmen aus den Westzonen beteiligt werden. Gegenüber solchen „Planzielen“ der Alliierten für das Jahr 1949 belief sich die tatsächliche Industrieproduktion im Jahre 1946 in Rumpfdeutschland auf nur ca. 35 % des Standes von 1936. Dabei lag die SBZ mit etwa 42 % noch gegenüber Westdeutschland mit nur 34 % in Führung. Nach den ausgewiesenen statistischen Ziffern wurde sie erst 1949 überrundet.

2. Unstimmigkeiten in der Planausführung

Auf der Grundlage des Industrieplans sollte sich die Reparationspolitik vollziehen. Tatsächlich aber ergaben sich schon bald Unstimmigkeiten in der Auslegung; von sowjetischer Seite wurde eine Heraufsetzung der Gesamtkapazitäten gefordert, um auch eine Entnahme

von Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion zu ermöglichen. Diesen Forderungen stimmten die Westmächte ebensowenig zu wie der Festsetzung einer an die UdSSR insgesamt zu leistenden Entschädigung von 10 Mrd. US-Dollar. Außerdem war der nach den bereits zu Anfang der Besetzung begonnenen Demontagen verbliebene Kapazitätsumfang der Industrie in der SBZ teilweise schon stark unter die im Industrieplan vorgesehene Grenze gesunken. Dazu hatten natürlich auch Kriegsschäden nicht unerheblich beigetragen. Es machte sich aber schon zu dieser Zeit ein grundlegender Unterschied in der Motivation der Demontagen bemerkbar, der später noch ausgeprägter zutage trat.

Infolge solcher Probleme der praktischen Politik zeichnete sich der beginnende kalte Krieg zwischen Ost und West auch in der als gemeinsame Zusammenarbeit der Siegermächte gedachten Ausführung wirtschaftspolitischer Maßnahmen in Deutschland schon ein Jahr nach dem Zusammenbruch ab. Ganz klar erkannte man die Differenzen, als General Clay als Chef der amerikanischen Militärregierung im Mai 1946, also nur zwei Monate nach Verkündung des Industrieplans, die Lieferungen aus demontierten Werken an die Sowjetunion stoppen ließ, weil nach seiner Auffassung eine einheitliche Behandlung der deutschen Wirtschaft als Ganzes nicht mehr gewährleistet sei. Nach deutschen Schätzungen waren zu diesem Zeitpunkt im Westen noch etwa $\frac{2}{3}$ der industriellen Kapazitäten von 1936, in der Sowjetzone dagegen nur noch etwa $\frac{1}{3}$ vorhanden. Der Industrieplan war demgegenüber von insgesamt etwa 70 % als erforderlich ausgegangen.

Das offenkundig gewordene Scheitern des ersten Industrieplans im Sommer 1946 darf man somit als das Ende einer gemeinsamen Politik der drei Siegerstaaten gegenüber Deutschland betrachten. Die Weichen für die folgenden Jahre waren gestellt. Wie war es dazu gekommen?

Zur Beantwortung dieser Frage ist es notwendig, die Entwicklung in den nunmehr zunehmend auseinanderfallenden Besatzungszonen getrennt zu analysieren, um die bestimmenden Elemente zu erkennen. Dabei erscheint es zweckmäßig, zunächst die Verhältnisse in der Sowjetzone zu untersuchen.

III. Wirtschaftsentwicklung in Mitteldeutschland

1. Sowjetische Ziele

Die Beschlüsse der Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam entsprachen weitgehend den sowjetischen Auffassungen über den gegenüber Deutschland einzuschlagenden Weg. Angesichts der Rolle Stalins auf diesen Zusammenkünften überrascht das nicht. Offensichtlich beschränkten sich die Absichten der Sowjetunion jedoch nicht auf Maßnahmen der bereits erwähnten Art, sondern zielten — wie in den anderen von ihr besetzten Ländern Ost- und Südosteuropas — auch auf politische Veränderungen ab. Die am Ende der hier in Rede stehenden — etwa fünf Jahre umfassenden — Periode deutlich gewordene Veränderung des Wirtschaftssystems ist im Zusammenhang mit diesen im engeren Sinne außerwirtschaftlichen Einflüssen zu sehen und reicht daher wenigstens teilweise in die Anfangsphase der Besatzungszeit zurück. Allerdings bestand zunächst noch durchaus Übereinstimmung zwischen den Verbündeten darüber, daß neben den wirtschaftspolitischen Abbau- und Beschränkungsmaßnahmen auch eine Neugestaltung der politischen Verhältnisse in Deutschland erfolgen müsse. Erst aus der rückschauenden Betrachtung kann man daher verschiedene Grundzüge der Politik der UdSSR klarer erkennen. Zugleich werden die Auffassungsunterschiede zwischen Ost und West klar.

Zunächst folgte die Wirtschaftspolitik der Sowjetischen Militäradministration jedoch der Linie einer weitgehenden Demontage der mitteldeutschen Industrie, um die festgelegte „wirtschaftliche Abrüstung“ Deutschlands zu vollziehen. Zur Vermeidung möglicherweise einengender Bestimmungen einer bevorstehenden Drei-Mächte-Vereinbarung beschleunigte man diesen Prozeß außerordentlich. Bereits weniger als einen Monat nach dem Einrücken der sowjetischen Truppen sollen etwa 1200 Betriebe abgebaut worden sein. Diese wurden unmittelbar in die UdSSR abtransportiert, um dort einen Teil der Kriegsschäden auszugleichen und zum anderen die sowjetische Produktionskapazität zu erweitern. Von diesen Aktionen wurden alle wesentlichen Industriezweige erfaßt. Sie beschränkten sich keineswegs auf Rüstungs- oder Produktionsmittelindustrien, sondern bezogen auch Konsumgüterindustrien mit ein. Außerdem wurden bekanntlich auch Verkehrswege abgebaut — wie etwa das zweite Gleis nahezu aller Eisenbahnlinien sowie zahlreiche Industriebahnen.

Die schon erwähnte starke Reduzierung der Gesamtkapazität der SBZ auf etwa noch ein Drittel im Frühjahr 1946 wurde von westlicher Seite als Verstoß gegen die Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit ausgelegt. Sie hatte jedoch nicht nur in dieser Richtung Probleme aufgeworfen.

Es hatte sich nämlich herausgestellt, daß ein großer Teil der demontierten Betriebe aus Transportgründen die Sowjetunion entweder gar nicht oder nur in beschädigtem Zustand erreichte. Teilweise lagen die Maschinenteile ohne Schutz monatelang unter freiem Himmel entlang den Bahnlinien. Wegen mangelnder Sorgfalt beim Abbau und des Fehlens ausreichender Konstruktionspläne ergaben sich außerdem Schwierigkeiten beim Wiederaufbau der Betriebe. Aus technisch-ökonomischen Ursachen konnte deshalb der beabsichtigte Effekt der Demontagen auf die Sowjetwirtschaft höchstens sehr beschränkt erreicht werden.

Mit Rücksicht auf diese unbefriedigende Lage entwickelten sich neue Auffassungen in der Sowjetführung, die von Veränderungen auch der politischen Einschätzung der SBZ und ihrer Rolle in der russischen Einflußsphäre begleitet waren. Sie brachten eine weitgehende Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik mit sich und wurden für die weitere Gestaltung der mitteldeutschen Wirtschaft bedeutungsvoll. Sie waren auch ursächlich für den sowjetischen Vorstoß, die vorgesehene Industriekapazität Deutschlands über den Stand des Industriepans zu heben, um laufende Reparationen als Beitrag zum Ausbau der eigenen Volkswirtschaft zu erlangen.

Soweit bekannt, stand hinter der Neuorientierung als treibende Kraft der Außenhandelsminister der UdSSR, A. Mikoyan. Nach seiner Auffassung sollten die Demontagen eingestellt und statt dessen die verbleibenden Betriebe für sowjetische Rechnung tätig werden. Dadurch sollte u. a. auch den zahlreichen und störenden Kompetenzschwierigkeiten zwischen den beteiligten sowjetischen Instanzen ein Riegel vorgeschoben werden, die sich während der Demontagephase vielfältig bemerkbar gemacht hatten und teilweise auch auf die überstürzte Art der Durchführung zurückzuführen waren.

Dieser Standpunkt setzte sich im Jahre 1946 zunehmend durch. Die Wirtschaft der SBZ wurde nunmehr in den Dienst sowjetischer Produktionsziele gestellt, unter denen der Er-

satz bisheriger sowjetischer Importe aus Drittländern, Lieferungen für Re-Exporte der UdSSR an Drittländer im Rahmen von Tauschgeschäften oder gegen Westdevisen zu nennen sind (neben der Arbeit für deutsche Zwecke). Die günstigen beschäftigungspolitischen Wirkungen auf die Zonenwirtschaft sind offenkundig.

Eine konsequente Fortführung fand die neue Politik in der Übernahme zahlreicher wichtiger Industriebetriebe in sowjetische Hand. Am 5. Juni 1946 wurden durch einen Befehl der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) insgesamt 213 einzelne Betriebe zu Eigentum der UdSSR erklärt und in Sowjetische Aktiengesellschaften umgewandelt (SAG). Diese Gruppe umfaßte die Schlüsselstellungen der mitteldeutschen Industrie. Die Gründung der SAG — die erwähnten Betriebe wurden in 25 Gesellschaften zusammengefaßt — ermöglichte es, die sowjetischen Reparationswünsche besser zu befriedigen, als es die Demontage und anschließende Wiedererrichtung der Betriebe vermocht hätte. Sie lieferten auch an die Wirtschaft der Zone selbst, in der sie auf diese Weise eine beherrschende Stellung erlangten. Ihr Anteil an der gesamten Industrieproduktion der SBZ betrug etwa 25 bis 30 %. Die wirtschaftliche Kontrolle von innen her wurde somit wesentlich erleichtert.

Die Neuausrichtung der Industriepolitik der Sowjetunion beschränkte sich im übrigen nicht auf die SBZ. Entsprechende Maßnahmen — Gründung „gemischter Gesellschaften“ — fanden auch in anderen östlichen Volkswirtschaften statt, so z. B. in Rumänien und anderen Ländern. Sie waren offensichtlich Ausdruck eines umfassenderen Konzepts der russischen Europa-Politik, das im Zeitablauf an Gestalt und Gewicht gewann. Mit der Abgrenzung der Fronten zum Westen hin erschien es zweckdienlich, die eroberten Gebiete zunehmend organisch mit der UdSSR zu verbinden. Es kam zu einer Übertragung des sowjetischen Wirtschaftssystems auf alle in ihrem Machtbereich befindlichen Länder. Die einzelnen Schritte und Phasen wurden nicht im einzelnen koordiniert, sondern je nach den politischen Möglichkeiten in den betreffenden Ländern selbst unternommen.

In der SBZ reichten die Anfänge, wie schon angedeutet, bis in das Jahr 1945 zurück. In gewisser Weise stehen sie allerdings in Zusammenhang mit den Bestrebungen der Alliierten, auch eine politische Neuorientierung Deutschlands herbeizuführen und ein demokratisches System einzurichten. Der unter-

schiedliche Inhalt dieses Begriffes trat erst nach und nach zutage. Man darf wohl davon ausgehen, daß auf östlicher Seite zumindest in politischer Hinsicht ein langfristig-planmäßiges Vorgehen festgelegt war, wenn auch die taktischen Schritte im einzelnen noch nicht fixierbar waren.

2. Sozialistische Übergangswirtschaft

Die Verwirklichung der Umgestaltungsabsichten in diesem Sinne wird im Westen häufig als Übernahme des sowjetischen Wirtschaftsmodells bezeichnet. In der Tat entspricht das gegen Ende der vierziger Jahre entwickelte System weitgehend dem sowjetischen Vorbild. Außerdem lassen sich zahlreiche Parallelen zwischen den Verhältnissen in Rußland nach der Oktoberrevolution und in der Sowjetischen Besatzungszone auffinden.

Das angestrebte Endziel einer solchen Wirtschaftsordnung läßt sich in wenigen Hauptmerkmalen beschreiben. Es sind dies auf der einen Seite die Rahmenbedingungen des Wirtschaftsprozesses, auf der anderen Seite seine Organisation und seine Zielsetzungen im einzelnen. Dabei ist zu beachten, daß es sich nicht lediglich um eine Frage zweckmäßiger Wirtschaftsgestaltung handelt, sondern daß in der östlichen Auffassung die Wirtschaft als Basis der gesellschaftlichen Verhältnisse angesehen wird. Ihr fällt daher eine tragende Rolle bei der Herstellung der angestrebten kommunistischen Gesellschaftsordnung zu, die das angebliche Endziel der geschichtlichen Entwicklung der Menschheit überhaupt ist und daher auch für die von der UdSSR besetzten Länder zwangsläufig irgendwann einmal unausweichlich erreicht werden wird.

Grundlage des sich entwickelnden sozialistischen Wirtschaftssystems ist das kollektive Eigentum an allen Produktionsmitteln. Das bezieht sich sowohl auf den industriellen als auch auf den landwirtschaftlichen und den Handelsbereich. Der Eigentumspolitik kommt somit im ersten Stadium des Übergangs besondere Bedeutung zu.

Auf dieser Basis soll sodann eine durchgehende Wirtschaftsplanung errichtet werden, da die Überwindung des Marktes und seiner als Negativum betrachteten Spontaneität ein Hauptziel ist. Eigentumspolitik und Planwirtschaftsprinzip lassen sich mehr oder weniger zwingend aus den Marxschen Lehren herleiten. Der konkrete Inhalt der Planung — also

die Bestimmung des Wirtschaftsprozesses selbst — lehnte sich nach dem Kriege in allen neu in das „sozialistische Lager“ einbezogenen Ländern weitgehend an das sowjetische Vorbild an. Ein Schwerpunkt ist die Industrialisierung, wobei der Schwerindustrie besonderes Gewicht beigemessen wird. Als wesentliche Absicht muß auch die Veränderung der Einkommensverteilung bezeichnet werden, wenn auch die ursprüngliche Idee einer gleichheitlichen Verteilung zumindest für die Phase des Überganges zum Kommunismus einer leistungsbezogenen Verteilung weichen mußte.

3. Eigentumspolitik

Den Ausgangspunkt zur Verwirklichung dieser in kurzen Umrissen dargestellten Grundlagen des östlichen Wirtschaftssystems bildete die Übernahme der wesentlichen „Kommando-Höhen“ der Volkswirtschaft (Lenin). So wurden bereits am 23. Juli 1945 alle Banken des sowjetischen Besatzungsgebietes geschlossen, sämtliche Guthaben beschlagnahmt. An ihrer Stelle wurden staatliche Provinzialbanken neu gegründet, die Eigentum der fünf neuen Länder waren. Den geschlossenen Banken wurde jede Geschäftstätigkeit untersagt.

Ein nächster Schritt wurde seitens der thüringischen Landesregierung unternommen. Im September 1945 wurden alle Bodenschätze des Landes sowie alle zu ihrer Ausbeutung dienenden Einrichtungen in Landeseigentum überführt. Entsprechende Schritte in den anderen Ländern zogen sich bis ins Jahr 1947 hin.

Von sehr viel weiterreichender Bedeutung war der am 30. Oktober 1945 erlassene Befehl Nr. 124 der SMAD, der sog. „Sequesterbefehl“. Er ist als die eigentliche Grundlage der Industrieverstaatlichung anzusehen. Er ordnete die Beschlagnahme aller dem Deutschen Reich, dem Land Preußen, der Deutschen Wehrmacht, den verbotenen Organisationen als Eigentum gehörenden Industriebetriebe an. Ferner wurde das Eigentum bestimmter Kategorien von Amtsträgern der NSDAP sowie einer beträchtlichen Anzahl von Personen beschlagnahmt, die in besonderen Listen der SMAD genannt waren. Mit Hilfe dieses Befehls wurde ein erheblicher Teil der gewerblichen Betriebe der SBZ der Verfügungsgewalt seiner früheren Eigentümer entzogen und unter sowjetische Kontrolle gebracht. Damit wurde ein wesentlicher Schritt zur Beseitigung der privatunternehmerischen Wirtschaft getan.

In der gleichen Richtung wirkte eine andere Maßnahme, die zwar vorwiegend der Bekämpfung latenter Inflationsgefahren diente. Um eine Auswirkung des noch vorhandenen Geldüberhangs auf die Preise zu verhindern, wurden schon im Jahre 1945 sämtliche Preise auf dem Niveau des Jahres 1944 festgehalten. Angesichts der stark veränderten Produktivitätsverhältnisse entsprachen diese aber häufig nicht mehr den Kosten. Die Gewinnspannen wurden entsprechend reduziert und die Wiederaufbaumöglichkeiten finanziell beschnitten. Eine bewußte Nebenwirkung dieser Preisstoppanordnung war also die Aushöhlung der Reserven privater Betriebe, denen keine Rückgriffe auf öffentliche Mittel offenstanden („funktionelle Enteignung“). Zu Beginn des Jahres 1946 verschärfte der Befehl Nr. 63 die Preisstoppbestimmungen noch wesentlich.

Das sequestrierte Eigentum wurde teilweise im Juni 1946, wie schon erwähnt, in die Sowjetischen Aktiengesellschaften überführt. Der verbleibende Rest ging zunächst in den Besitz der fünf Länder der SBZ über. Er bildete somit einen Grundstock des späteren Volkseigentums und damit der öffentlichen Industrieverwaltung. Kurz darauf wurden auch von seiten der deutschen Länderverwaltungen Schritte unternommen. Ein Volksentscheid lieferte in Sachsen die Grundlage für weitere Industrieenteignungen. Entsprechende Verordnungen erließen die anderen Länder.

Ähnliche Maßnahmen wurden auch 1947 und zu Beginn des Jahres 1948 getroffen. Eine Reihe direkter eigentumspolitischer Eingriffe betraf die weitere Verstaatlichung von Bodenschätzen und Bergbaubetrieben und die Enteignung von bereits seit 1945 geschlossenen Privatbanken. Es wurden aber auch indirekte, insbesondere preispolitische Hebel verwendet, um die verbliebene Privatwirtschaft weiter zu schwächen. Das gilt vor allem auch für den privaten Handel, gegen den besonders seit Ende 1947 vorgegangen wurde. In diesem Bereich, der unter ideologischen Gesichtspunkten möglichst eingeschränkt werden soll, gipfelte die Entwicklung während der hier betrachteten Zeitspanne schließlich in der Gründung der sogenannten staatlichen HO (= Handelsorganisation) im November 1948. Schon vorher waren Konsumgenossenschaften und ähnliche kollektive Einrichtungen besonders herausgestellt worden.

Die eigentumsrechtliche Stellung der sequestrierten Industriebetriebe war zunächst noch unklar. Nachdem sie Mitte 1946 in die Nut-

zung der Länder gegeben worden waren, wurde ihr Charakter im April 1948 insoweit geklärt, als die in Betracht kommenden Betriebe mit Ausnahme der SAG in Volkseigentum umgewandelt wurden (Befehl Nr. 64 vom 17. April 1948). Nach Angaben aus der damaligen Industrieverwaltung wurden bis Mitte 1948 insgesamt etwa 9300 gewerbliche Betriebe enteignet. Damit befand sich der überwiegende Teil aller Industrien in öffentlichem Eigentum der Zonenbehörden oder in der Hand der Sowjetunion. Die Grundlage für den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaftsordnung war gelegt, soweit der industrielle Bereich in Betracht kam. Der verbleibende Teil privater Industriebetriebe war in seiner Bewegungsfreiheit infolge der Abhängigkeit von staatlichen Zulieferern usw. weitgehend eingeschränkt. Vertragliche Bindungen an die Volkseigene Wirtschaft trugen dazu bei, eine marktmäßige Verhaltensweise der Privatbetriebe zu verhindern, wenn sie der Planung zuwiderlief. Ihr Anteil am Bruttoprodukt der Industrie (ohne Bau) betrug im Jahre 1950 noch 22,1 %.

Weitere eigentumspolitische Maßnahmen fanden in der Landwirtschaft statt. Hier folgte man jedoch nicht sofort dem sowjetischen Modell einer Kollektivierung der Betriebe. Vielmehr wurde im Herbst 1945 zunächst von seiten der deutschen Länderverwaltungen eine Bodenreform vorgenommen. Ähnliche Maßnahmen bildeten einen Bestandteil der gesamtalliierten Kriegsziele; in den westlichen Besatzungszonen hatte man jedoch zu jenem Zeitpunkt weder Schritte eingeleitet noch überhaupt einen konkreten Plan gefaßt.

Die mitteldeutsche Bodenreform erstreckte sich hauptsächlich auf die Güter und Großbauernwirtschaften. Alle landwirtschaftlichen Betriebe mit mehr als 100 Hektar Nutzfläche wurden entschädigungslos enteignet. Ferner wurde der Grundbesitz der „Kriegsverbrecher und Hauptschuldigen“ sowie der „aktiven Verfechter der Nazipartei und ihrer Gliederungen“ den Eigentümern entzogen. Als letztes der fünf Länder ordnete Thüringen am 12. September 1945 die Bodenreform an. Durch diese Maßnahmen wurde etwa ein Fünftel der landwirtschaftlichen Nutzfläche erfaßt.

Anders als im industriellen Sektor wurde das enteignete Eigentum jedoch nicht in öffentliche Kontrolle überführt. Es wurde vielmehr zu Siedlungszwecken aufgeteilt und einerseits den sogenannten „Neubauern“, das heißt den zahlreichen aus den unter polnische Verwaltung gelangten Ostgebieten zugeströmten Bau-

ern, zugewiesen. Andererseits wurde es zur Vergrößerung von Kleinbesitz verwendet. Somit wurde zwar das Großeigentum zerstört, insgesamt aber die Zahl der Selbständigen auf dem Lande um etwa 200 000 vergrößert. Es lassen sich bei dieser Politik gewisse Ähnlichkeiten mit der Agrarpolitik feststellen, die während der russischen Oktoberrevolution verfolgt wurde und auf eine Befriedigung des Landhungers der besitzlosen Landbewohner (im ideologischen Sinne auf das Bündnis zwischen Industrieproletariat und Bauernschaft) hinauslief. Argumente dieser Art wurden auch in der mitteldeutschen Bodenreformdiskussion verwendet.

In eigentumsrechtlicher Hinsicht kann man also kaum von einer revolutionären Veränderung der landwirtschaftlichen Verhältnisse sprechen. Die Resultate waren allerdings unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten dennoch von erheblicher Bedeutung, weil ein beträchtlicher Anteil der Landwirtschaft, vor allem im Norden, in Großbetrieben bewirtschaftet wurde. Diese Tatsache dürfte u. a. dazu beigetragen haben, daß eine Reihe von solchen Betrieben auch weiterhin produktionstechnische Einheiten blieben. Sie wurden nicht aufgeteilt, sondern unmittelbar in Staatseigentum, sogenannte Staatsgüter, umgewandelt.

Ansätze zu einer Umwandlung der Agrarpolitik, die mehr dem sowjetischen Modell entspricht, wurden zu jener Zeit auch schon sichtbar. Hier ist vor allem die Gründung der „Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe“ zu nennen, mit deren Hilfe eine Kooperation in die Wege geleitet werden sollte. Langfristig sollte damit die begonnene Entwicklung wohl auf eine Kollektivierung der Landwirtschaft hinauslaufen. Wie in der UdSSR wurden ferner Ende 1946 Maschinen-Ausleih-Stationen eingerichtet, die später zu den staatlichen Maschinen-Traktoren-Stationen und wichtigen Instrumenten der Agrarpolitik entwickelt wurden.

Weitere Schritte zur systemkonformen Gestaltung der Agrarstruktur kamen erst wesentlich später, als im Jahre 1952 die Kollektivierung der bislang selbständigen Bauernwirtschaften in Gang gesetzt wurde. Ein früherer Versuch blieb ohne Folgen.

Somit befand sich die mitteldeutsche Wirtschaft insgesamt etwa schon um das Jahr 1947 in einer weitreichenden, wenn auch noch nicht in allen Einzelheiten dem sowjetischen Vorbild entsprechenden Umgestaltung. Sie erlaubte es, auch den Produktionsprozeß selbst

allmählich in ein Gesamtplanungssystem einzuordnen. Diesem wichtigen Vorgang ist der folgende Abschnitt gewidmet.

4. Aufbau der Wirtschaftsplanung

Der Befehl Nr. 9 der SMAD vom 21. Juli 1945 hatte den Betrieben der sowjetischen Besatzungszone die Wiederaufnahme der Produktion auferlegt. Von einer Lenkung der zunächst unverändert privaten Wirtschaft konnte jedoch keine Rede sein, wenn auch schon einige Tage darauf Zentralverwaltungen für die einzelnen Wirtschaftszweige eingerichtet wurden. Aus der Analyse der Demontagepolitik ging hervor, daß die sowjetische Politik noch vorwiegend destruktiven Charakter besaß. Eine sinnvolle Lenkung der Produktion war unter solchen Umständen kaum möglich, vor allem wegen der anhaltenden Entnahmen von Kapazitäten aller Erzeugungsrichtungen. Außerdem fehlte es an einer entsprechenden Organisation.

Eine organisatorische Grundlage zur Entwicklung einer Planwirtschaft ergab sich jedoch mit der Beschlagnahme der Industriebetriebe und der später folgenden Übertragung eines Teils von ihnen in die Verfügungsgewalt der deutschen Länderverwaltungen. Mit der Neuorientierung der sowjetischen Deutschlandpolitik und der zunehmenden Einbeziehung des mitteleuropäischen Produktionspotentials in die Zwecke der Sowjetwirtschaft verdichteten sich die Beziehungen zum sowjetischen Planungssystem. Die Sowjetischen Aktiengesellschaften — und damit ein erheblicher Teil der Zonenwirtschaft — wurden gleichzeitig immer enger mit den Planzielen verbunden. Eine Sicherung der Planerfüllung nahm an Bedeutung zu. Die Schaffung einer Wirtschaftsplanung und -leitung nach russischem Muster entsprach den Erfordernissen einer rationellen Ausnutzung der Produktionsmöglichkeiten im Dienste der sowjetischen Absichten.

So wurde Ende Dezember 1946 auf Befehl der SMAD zunächst mit der systematischen Erfassung und regelmäßigen Berichterstattung aller Betriebe begonnen, um die notwendigen Planungsunterlagen zu beschaffen. Dabei verfolgte man das Ziel, eine zentralisierte Verwaltung der Wirtschaft herbeizuführen. Im Februar 1947 wurden die ersten Schritte in dieser Richtung unternommen. Zwischen den Ländern wurde vereinbart, die bisherigen Zentralverwaltungen für einzelne Wirtschaftsbereiche zusammenzuschließen und so Zuständigkeiten auf

Zonenebene zu schaffen. Für das Jahr 1946 hatten diese Verwaltungen auch schon Quartalswirtschaftspläne entworfen.

Die neue Vereinbarung wurde am 18. April 1947 in Kraft gesetzt. Kurz darauf wurde der Grundstein für die Zentralisierung des gesamten Wirtschaftssystems gelegt, als am 14. Juni 1947 aufgrund eines weiteren SMAD-Befehls aus den zusammengefaßten Länderverwaltungen die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) gebildet wurde. Sie wurde zum Kristallisationskern auch der späteren politischen Entwicklungen, die sich gegen Ende des hier betrachteten Zeitraums ergaben. Es ist bemerkenswert, daß hier eine ähnliche Entwicklung vor sich ging, wie sie etwa zur gleichen Zeit in den Westzonen stattfand.

Die Deutsche Wirtschaftskommission hielt am 27. Juni 1947 ihre erste Sitzung ab, blieb jedoch zunächst noch ziemlich bedeutungslos. Erst nahezu ein Jahr später, im April 1948, wurde sie neu organisiert und mit weitergehenden Vollmachten ausgestattet. Sie gliederte sich in 17 Hauptverwaltungen für die einzelnen Wirtschaftssektoren und wurde kurz darauf Spitze der inzwischen in Volkseigentum überführten Industrie. Von den zu jenem Zeitpunkt etwa 2800 VEB (Volkseigenen Betrieben), die von den Ländern verwaltet wurden, unterstellte man 1800 mit zusammen rund 80 % aller VEB-Beschäftigten der DWK. Damit konnte sie unmittelbar auf den größten Teil der unter deutscher Leitung arbeitenden Betriebe einwirken. Die Basis für eine umfassende Planung und Koordination der Wirtschaft war somit gegeben.

Ein entsprechender Beschluß wurde wenige Wochen später gefaßt. Für die Jahre 1949 und 1950 sollte ein erster längerfristiger Wirtschaftsplan aufgestellt werden. Am 21. Juni 1948 wurde der Planentwurf angenommen, nachdem schon ein Halbjahresplan für die zweite Hälfte 1948 entwickelt worden war. An den Zweijahresplan schlossen sich ab 1951 nach sowjetischem Vorbild, das inzwischen in allen Ländern des Ostens befolgt wurde, Fünfjahrespläne an. Dieser Beschluß vollendete im wesentlichen den Prozeß der allmählichen Errichtung eines Wirtschaftssystems sowjetischen Typs, der mit zunehmender Konsequenz unter dem Einfluß der russischen Deutschlandpolitik seit etwa 1946 in Gang gesetzt worden war.

Ohne daß hier die Frage nach der eigentlichen Verursachung dieses Prozesses der wachsenden Trennung des östlichen und westlichen

Teils Deutschlands nachgegangen werden soll, kann zunächst festgehalten werden, daß entgegen den Annahmen der alliierten Deutschlandkonferenzen während und nach dem Kriege der deutsche Wirtschaftsraum nicht eine Einheit geblieben war. Vielmehr hatten sich die beiden Teile so verändert, daß zwei in ihren Grundprinzipien vollkommen unterschiedliche Wirtschaftssysteme entstanden waren. Die etwa zur Zeit der Annahme des ersten Zweijahresplanes durch die DWK von den Westmächten vorgenommene separate Währungsreform dürfte im wesentlichen nur eine Bestätigung dieser Entwicklung gewesen sein, weniger die Ursache.

5. Grundprobleme der mitteldeutschen Planwirtschaft

Nach der Bereinigung der Währungsverhältnisse auch in Mitteldeutschland, wo vom 24. bis zum 28. Juni 1948 eine neue Währung eingeführt wurde, ergaben sich die Aufgaben für die zukünftige Gestaltung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus hauptsächlich aus der engen Verflechtung mit dem Ostblock. Im Vordergrund der Neuausrichtung standen vor allem die durch die vorangegangene Zeit stark in Mitleidenschaft gezogenen Zweige der Produktionsmittel- und Grundstoffindustrien. In den langfristigen Wirtschaftsplänen der folgenden Jahre trat aber besonders nachhaltig hervor, daß die Trennung Mitteldeutschlands aus dem ehemals einheitlichen und untereinander eng verflochtenen Wirtschaftsraum des Deutschen Reiches eine Reihe schwerwiegender Strukturprobleme aufgeworfen hatte. Durch den in relativ engen Grenzen gehaltenen Interzonenhandel konnten diese nicht gelöst werden. Einen Eindruck von der teilweise recht ungünstigen Struktur bieten die nachfolgenden Ziffern. Die Erzeugung der SBZ, bezogen auf die jeweiligen Ziffern für das Deutsche Reich, betrug bei Kriegsende für Steinkohle 2,3 %, Roheisen 1,3 %, Rohstahl 6,6 %, Schwefelsäure 20,0 %, Schnittholz 22,1 %, Zellstoff 17,1 %, Zement 14,4 %. Eine in den Jahren vor dem Krieg begonnene strategisch bedingte Verschiebung der industriellen Kapazitäten in den mitteldeutschen Raum konnte die Abhängigkeit von Zulieferungen auf vielen Sektoren nicht aufheben. Die zunehmend von ihren alten Lieferbeziehungen gelöste Zonenwirtschaft war also von zahlreichen ausgesprochenen Engpässen bedroht.

Die Wirtschaftspolitik — unter dem Einfluß des sowjetischen Modells nunmehr ohnehin

stark auf das Ziel „Industrialisierung“ ausgerichtet, das eine besondere Rolle in der Ideologie des Sozialismus zu spielen hat — entschied sich für eine Konzentration der Mittel auf die Schaffung einer eigenen Grundstoffindustrie. Die Konsumgüterindustrie wurde vernachlässigt, obwohl auch sie stark geschädigt worden war.

Insbesondere wurde der Aufbau einer eigenen Hüttenindustrie zur vordringlichen Aufgabe gemacht. Die Struktur der Produktionsmittelindustrien wurde weitgehend auf die Bedürfnisse der UdSSR ausgerichtet. Einzelne Zweige waren ausschließlich auf den Export nach Rußland eingestellt, z. B. der Schiffsbau, bestimmte schwere Werkzeugmaschinen usw. Die Beschränkungen des Potsdamer Abkommens hatten offensichtlich keine Bedeutung mehr.

Das sich aus diesen Hauptaufgaben ergebende Zentralproblem war vor allem angesichts eines in Aussicht genommenen schnellen Tempos der Re- und Weiterindustrialisierung die Kapitalbildung. Mit Hilfe der zentralgelenkten Allokation der verfügbaren Ressourcen konnte dieses Problem unverzüglich in Angriff genommen werden. Insbesondere wird eine straffe zentrale Zuweisung der Investitionsmittel vorgenommen, die eine unbestreitbare Stärke der Planwirtschaft ist. Daß dabei der Lebensstandard der Bevölkerung außerordentlich gedrosselt wurde und eine bedarfsgerechte Produktion von Konsumgütern als untergeordnete Aufgabe angesehen wurde, ist bekannt. Als wesentliches Merkmal der mitteldeutschen Planwirtschaft am Beginn der Fünfjahresplan-Ära ist diese Behandlung des Konsums als Restgröße der Planung sowohl in makroökonomischer als auch in mikroökonomischer Hinsicht zu betonen. Zur Aufbringung der erforderlichen Mittel bediente man sich seit Gründung der HO in großem Umfang einer Kaufkraftabschöpfung über die Preise der Konsumgüter bei gleichzeitiger starker Differenzierung der einzelnen Preise. Dabei wurden Güter, die nicht zur Befriedigung der Grundbedürfnisse dienten, mit sehr hohen Abschöpfungssätzen belegt.

6. Zusammenfassung

Überblickt man die Entwicklung Mitteldeutschlands zwischen 1945 und 1949, so heben sich die Konturen des neuen Wirtschaftssystems unter dem Einfluß einer veränderten sowjetischen Deutschlandpolitik sowie des in der Ber-

liner Blockade (24. Juni 1948 bis 12. Mai 1949) zu einem Höhepunkt gelangten Kalten Krieges zwischen Ost und West zunehmend klarer hervor.

Weitgehende Überführung der Produktionsmittel in staatliches bzw. Volkseigentum, Vorbereitung einer neuen Agrarpolitik und Durchsetzung des Prinzips einer zentralgelenkten Wirtschaftsplanung sind seine Hauptelemente. Die enge Anlehnung an die Sowjetunion fand gegen Ende der hier untersuchten Periode einen sichtbaren Ausdruck in der Aufnahme der DDR in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (September 1950 vollzogen).

Vordringliche Industrialisierung unter Betonung sowjetischer Bedürfnisse, Schaffung einer eigenen Grundstoffindustrie und Kapitalbildung auf Kosten des Konsums der Bevölkerung bei eher ansteigender Einkommensdifferenzierung sind die charakteristischen Merkmale der Planung. Auch hierin trat das sowje-

tische Modell, dessen Rezeption inzwischen als vollkommen bezeichnet werden konnte (mit Ausnahme der Kollektivierung der Landwirtschaft), deutlich hervor.

Die Übernahme dieses Modells wird im Osten als eine revolutionäre Veränderung angesehen, die einer zwingenden Entwicklungsgesetzlichkeit entsprang. In der politischen Verwirklichung bezieht man sich dabei auf Lehre und Praxis Lenins, insbesondere auf die führende Rolle der kommunistischen Partei. Im übrigen weist das Vorgehen eine weitgehende Ähnlichkeit mit den taktischen Umwegen Lenins nach dem Ende des Kriegskommunismus auf; auf die Gegebenheiten Mitteldeutschlands wurde Rücksicht genommen. Darauf ist z. B. die zögernde Behandlung der Kollektivierung während jener Anfangsphase zurückzuführen. Ähnliche Ursachen hat die nicht vollständige Überführung des privaten Produktionsmittels in Volkseigentum.

IV. Wirtschaftsentwicklung im westlichen Deutschland

1. Hatte der Westen ein einheitliches Konzept?

Die Analyse der wirtschaftspolitischen Entwicklung im östlichen Teil Deutschlands hat gezeigt, daß sich die Grundlinien ziemlich klar erfassen lassen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Verwirklichung eines neuen Wirtschaftssystems nach sowjetischem Vorbild das Ziel der UdSSR in Deutschland war, mindestens seitdem die erste Nachkriegsphase verstrichen war. Die in der SBZ ergriffenen Maßnahmen entsprechen somit weitgehend dem theoretischen Modell und daraus abgeleiteten Erwartungen. Sie sind in diesem Sinne zielkonform und aus einem vorgestellten Ergebnis ableitbar.

Demgegenüber läßt sich für den Westen Ähnliches nicht feststellen. Es ist wesentlich schwieriger, plausible Grundrichtungen der Entwicklung aufzuzeigen, zumal der einen bestimmenden Macht im Osten hier drei gegenüberstanden, von denen Frankreich sich ohnehin nicht voll an die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz gebunden fühlte, obwohl es am 4. August 1945 dem Abkommen beigetreten war. Ein gemeinschaftliches oder auch nur individuelles Gesamtkonzept für die Behandlung Deutschlands, das dem sowjetischen vergleichbar wäre, gab es deshalb nicht.

Es wurde bereits dargelegt, daß auch die westalliierte Politik zunächst eindeutig destruktiv auf die Zerschlagung der wirtschaftlichen Kapazität Deutschlands und auf seine Desindustrialisierung gerichtet war — bei gleichzeitiger Niedrighaltung des Lebensstandards unter dem Niveau von 1936. Hinsichtlich der allgemeinen politischen Stellung eines solchen Nachkriegsdeutschlands war man von der Vorstellung ausgegangen, daß diese in gemeinsamer Arbeit mit der Sowjetunion entschieden werden könne.

Im Jahre 1946 machte die beginnende Trennung Deutschlands die Irrealität dieser Auffassung zunehmend deutlich. Es erwies sich, daß offenbar auf der östlichen Seite ein abweichendes Konzept verfolgt wurde, dem von westlicher Seite vorerst nichts entgegengesetzt werden konnte. Ausgangspunkt der westlichen Maßnahmen ist daher die Erkenntnis, daß die eigenen Vorstellungen einer Kooperation aller Siegermächte nicht mehr zutreffend waren. Sie bilden insofern zunächst lediglich einen Reflex auf die sowjetischen Handlungen, ohne daß bereits eigene Zielalternativen erkennbar gewesen wären. Es ist dabei eben auch zu bedenken, daß gemeinsame Grundlage einer Neuorientierung im Westen nur eine Abwehrstellung gegenüber dem Osten war.

Eine Einheitlichkeit der Auffassungen über die wirtschaftspolitische Behandlung Deutschlands unter den veränderten Umständen bestand aber nicht. Die drei westlichen Besatzungszonen waren weiterhin mehr oder weniger scharf voneinander getrennt.

Von einer systematischen Verwirklichung eines wirtschaftspolitischen Modells, dessen analytische Grundzüge sich genau umreißen lassen, kann deshalb in bezug auf die Entwicklung im Westen nicht gesprochen werden. Die eingeschlagenen Maßnahmen muß man eher nur als Reaktion auf die Probleme auffassen, die um die Mitte des Jahres 1946 auftauchten. Es ist aber zu betonen, daß rückschauend betrachtet eine sehr enge Verbindung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen mit dem allmählich sich kristallisierenden Konzept einer Wiedereingliederung des westlichen Teils Deutschlands in das westliche System souveräner Staaten besteht. Die im Vergleich zur Entwicklung in der SBZ langsamere Behandlung der Reparations- und Demontagefragen z. B. ist auf solche Zusammenhänge zurückzuführen. In bezug auf die Wirtschaftsordnung — Markt- oder Planwirtschaft —, die in Deutschland zu verwirklichen wäre, bestanden auf alliierter Seite offenbar keine bestimmten Vorstellungen. Angesichts der zerrütteten wirtschaftlichen Zustände war man aber wohl der Ansicht, daß eine administrative Ordnung unvermeidlich sei, jedenfalls bis zu einer durchgreifenden Verbesserung der Lage.

Zwei Grundlinien lassen sich herausheben. Sie betreffen einmal die alliierte Politik, die durch die Schlagworte „Reparations- und Demontagepolitik“ sowie „Europäisches Wiederaufbau-Programm“ zu kennzeichnen ist. Auf der anderen Seite lassen sich deutsche Einflüsse auf die Gestaltung des Wirtschaftssystems untersuchen, das mit dem Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ umschrieben wurde.

2. Ansätze einer Wiederbelebung in den Westzonen

Wie erwähnt, hatte General Clay als amerikanischer Militärgouverneur im Mai 1946 die Reparationslieferungen aus dem Westen an die UdSSR gestoppt, weil entgegen den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens von einer Einheitlichkeit der deutschen Wirtschaft unter dem Einfluß der sowjetischen Politik nicht mehr gesprochen werden könne. Dabei bezog er sich insbesondere darauf, daß die erwarteten Lieferungen von Industriegütern und

Nahrungsmitteln für den Westen seitens der Ostzone nicht ausgeführt würden. Das im Potsdamer Abkommen und dem Plan zur Begrenzung der deutschen Industrie vorgesehene Prinzip einer Selbsterhaltung Deutschlands war jedoch davon ausgegangen, daß ein solcher Ausgleich zwischen den unterschiedlich strukturierten Regionen Deutschlands stattfinden würde. Bedeutende Zweige z. B. der Maschinenbauindustrie hatten ja ihren Sitz in Sachsen und lieferten traditionell im innerdeutschen Austausch an den schwerindustriellen Westen.

Das Ausbleiben dieser vorgesehenen Lieferungen veränderte die Lage. Für den westlichen Teil ergab sich die Aufgabe, eine Lösung herbeizuführen. Die ersten Schritte dazu bezweckten eine Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit zwischen der britischen, stark industrialisierten Zone und dem amerikanischen Besatzungsgebiet, das weitgehend auf Lieferungen aus dem Ruhrgebiet angewiesen war.

Aufgrund von Verhandlungen zwischen den Amerikanern und den Engländern wurde die Verbindung der beiden Besatzungszonen vereinbart. Ein entsprechender Plan wurde von General Clay am 5. September 1946 angekündigt. Am folgenden Tage hielt der amerikanische Außenminister Byrnes seine berühmte Rede in Stuttgart, die einen gewissen Wandel in der allgemeinen Einstellung zur Deutschlandfrage erkennen ließ; sie war Ausdruck der wachsenden Gegensätze zwischen Ost und West auf den verschiedensten Gebieten.

Das Ergebnis der gemeinsamen Überlegungen und Verhandlungen war das Abkommen über die Schaffung eines Vereinigten Wirtschaftsgebietes zwischen den USA und Großbritannien. Am 2. Dezember 1946 wurde es von den Außenministern beider Länder, Byrnes und Bevin, in London unterzeichnet. Es trat mit Wirkung vom 1. Januar 1947 in Kraft. Damit war ein erster Schritt zur Wiederbelebung der westdeutschen Wirtschaft unter Berücksichtigung der inzwischen entstandenen Lage getan. Seine Auswirkungen auf den Produktionsstand blieben jedoch noch relativ gering. Infolge der schlechten Ernährungslage war die Arbeitsproduktivität äußerst gering, und es fehlte weitgehend an Anreizen für eine Steigerung der wirtschaftlichen Leistungen auch auf seiten der Unternehmungen.

Im Mai des gleichen Jahres trafen die Alliierten auch Anstalten, eine deutsche Zentralverwaltung wiederzubeleben. Zu diesem Zweck

wurde — übrigens etwa zur gleichen Zeit wie in der SBZ die Deutsche Wirtschaftskommission — ein Zweizonen-Wirtschaftsrat ins Leben gerufen, der sich aus von den Westmächten ernannten deutschen Mitgliedern zusammensetzte.

3. Das neue Europa-Konzept der USA

Inzwischen hatte sich die Entwicklung zwischen der Sowjetunion und dem Westen weiter zugespitzt; das war auf mehreren Außenministerkonferenzen jener Jahre in verschiedener Hinsicht deutlich geworden. In bezug auf Deutschland stand die von Rußland betonte Forderung nach Reparationen in Höhe von 10 Mrd. Dollar allein an den Osten im Vordergrund, die vom Westen abgelehnt wurde. Nach dessen Auffassung sollte die Höhe der Reparationsleistungen sich ja aus der notwendigen Kapazität der deutschen Industrie im Vergleich zur vorhandenen ergeben.

Die darüber hinaus sich abzeichnenden politischen Vorstellungen der UdSSR in Europa führten im Frühjahr 1947 zur Entwicklung eines neuen Europa-Konzepts der USA. Es wurde zum ersten Mal Anfang Mai 1947 öffentlich erwähnt (Rede Achesons in Cleveland). Mit der Rede des amerikanischen Außenministers Marshall am 5. Juni 1947 in der Harvard University wurde die neue Phase dann offiziell eingeleitet. Für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands wurde sie von ausschlaggebender Bedeutung. Die deutsche Wirtschaft sollte nunmehr ihren „unerläßlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Rehabilitation Europas als Ganzem“ leisten. Wahrscheinlich hatte man zu dieser Zeit auch erkannt, daß sich die traditionelle Verflechtung der deutschen mit der europäischen Industrie nicht auf politischem Wege ohne nachteilige Folgen für die anderen Länder würde beseitigen lassen.

Für die Erfüllung dieses Konzepts bestanden aber nach wie vor schwerwiegende Hindernisse. Im Mittelpunkt stand dabei der nach wie vor gültige Industrieplan vom März 1946. Im Hinblick auf das anlaufende europäische Hilfsprogramm der USA trennte sich daher die westliche Wirtschaftspolitik nunmehr von dieser als Ausführung des Potsdamer Abkommens geschaffenen Grundlage. Aufgrund einer Direktive der Joint Chiefs of Staff vom Juli 1947 wurde ein revidierter Industrieplan entworfen, der am 26. August 1947 für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet verkündet wurde. Bei prinzipiell gleichen Zielen, wie sie der alte

Plan enthalten hatte, wurde faktisch eine eigenständige westliche Industriepolitik verfolgt. Formell wurde allerdings die Zusammenarbeit mit den beiden anderen Besatzungsmächten (für die französische Zone galt der neue Plan ebensowenig wie für die sowjetische) auf der Grundlage der Zielsetzungen des Potsdamer Abkommens betont. Jedoch lehnte die Sowjetunion eine Beteiligung ab.

Die Revision des Industrieplanes ging davon aus, daß nur eine Erhöhung der Industrieproduktion Deutschland in die Lage versetzen könne, sich selbst auf dem angestrebten mittleren europäischen Lebensstandard zu halten. Insbesondere sollten die verstärkt notwendigen Nahrungsmiteleinimporte durch industrielle Exporte bezahlt werden können. Dies hatte sich immer mehr als ein Grundproblem eines erfolgreichen Wiederbelebungsprogramms erwiesen. Infolge der aus Qualitäts- und anderen Gründen mangelhaften Industrieexporte mußten in größerem Umfange Rohstoffe ausgeführt werden, um ein Mindestmaß an erforderlichen Devisen erlangen zu können. Ein erheblicher Teil der Nahrungsmittelimporte mußte — trotz äußerst gedrosseltem Versorgungsniveau — jedoch durch amerikanische, z. T. auch britische und französische Hilfsmaßnahmen im Rahmen des GARIOA- (Government Aid and Relief in Occupied Areas) und ähnlicher Programme finanziert werden.

Das neue Konzept ging von einem auf etwa 70—75 % des Standes von 1938 erhöhten (gegen vorher 55 %) Niveau der Industrieproduktion aus. Das entsprach ungefähr dem Stand im Jahre 1936. Allerdings war das Pro-Kopf-Einkommen wegen der gestiegenen Einwohnerzahl Westdeutschlands geringer vorausgesehen. Es kam nur auf etwa 75 % des Standes von 1936. Wesentlich erhöht wurde vor allem die Erzeugung der Stahlindustrie, deren Produktionsumfang nahezu verdoppelt wurde (von 5,8 Mill. Jahr/t Ausstoß im Plan von 1946 auf nunmehr 10,7 Mill. Jahr/t). Grundsätzlich blieb es jedoch bei einer Verbotsliste für eine Reihe von Erzeugnissen bzw. Industriezweigen und einer Demontage der überschüssigen Anlagen.

Infolge der Erhöhung der verbleibenden Kapazitäten verminderte sich das für Demontage-Zwecke verfügbare Anlagenvolumen. Daher wurde am 17. Oktober 1947 eine revidierte Liste aller in der Bi-Zone zu demontierenden Betriebe veröffentlicht. Sie umfaßte insgesamt fast 700 Betriebe verschiedener Art. Darunter befanden sich nur 309 ausdrücklich als Mü-

stungsbetriebe gekennzeichnete Werke. In der französischen Zone waren zur gleichen Zeit 236 Betriebe, davon 37 Rüstungswerke, zum Abbau vorgesehen. Das Demontage-Problem blieb daher auch weiter von großer wirtschaftlicher, vor allem aber psychologischer Bedeutung. Es drohte zudem, den Beschäftigungsumfang der durch die Zugänge aus dem Osten gewachsenen Bevölkerung zu beeinträchtigen und lieferte innenpolitischen Zündstoff.

Auch der revidierte Industriepan war wie sein Vorgänger in sich nur mangelhaft abgestimmt. Er wies insbesondere bei der Produktionsmittelherstellung erhebliche Engpässe auf; die Kapazität der Grundstufen war teilweise viel zu gering. Doch war diese Tatsache zunächst von weniger großer Bedeutung. Vielfach waren die bestehenden Kapazitäten ja bei weitem nicht ausgenutzt, weil es vor allem an Kohle fehlte. Die Erreichung und Sicherung des angestrebten Lebensstandards war längerfristig gesehen aber kaum realisierbar.

Immerhin zeichnete sich in Verbindung mit dem anlaufenden Marshall-Plan, der inzwischen (am 22. September 1947) von den westeuropäischen Ländern gebilligt worden war, die Chance für die Wiedereingangssetzung der westdeutschen Wirtschaft ab. Die Verwirklichung dieser Möglichkeit hing jedoch weitgehend von einer Steigerung der Leistungsfähigkeit und vor allem von einer Überwindung des Engpasses in der Energieversorgung, insbesondere der Kohlenförderung, ab. Beides wiederum war größtenteils eine Folge unzureichender Ernährung und ceteris paribus ohne Gewaltmaßnahmen unlösbar.

Die Durchbrechung des sich hier abzeichnenden *circulus vitiosus* läßt sich somit als das Hauptproblem der westdeutschen Wirtschaft gegen Endes des Jahres 1947 ansehen. Bei seiner Überwindung, für die die amerikanische Auslandshilfe einen grundlegenden Beitrag leistete, konnte sich auch deutscher Einfluß stärker geltend machen. Für die weitere Herausbildung des Wirtschaftssystems Westdeutschlands wurden im Frühjahr 1948 die Weichen gestellt. Der Marshall-Plan war am 3. April 1948 in Kraft getreten. Für die Westzonen lief er im Juli 1948 an. Da nunmehr auch die Finanzierung der Einfuhren von Rohstoffen und dringend benötigten industriellen Ausrüstungen wesentlich erleichtert würde, waren die Möglichkeiten einer Wiedereinsetzung der Produktion im Sinne des European Recovery Program (ERP) vergrößert. Die Neuordnung der Geldverhältnisse gab den Anstoß dazu.

4. Stabilisierung und Wiederaufbau

Trotz der schon Ende Juni 1947 vollzogenen Gründung einer Zweizonen-Wirtschaftsverwaltung muß man feststellen, daß erst im Frühjahr 1948 Ansätze zu einer Rückverlagerung wirtschaftspolitischer Entscheidungen auf deutsche Instanzen in größerem Maße bemerkbar wurden. Dazu wurde der Zweizonen-Wirtschaftsrat reformiert und zu einer deutschen Zentralinstanz ausgebaut. Die Währungsneuordnung vom 20. Juni 1948 schuf — großenteils von den Amerikanern entworfen — die Grundlagen für eine Stabilisierung und die Einleitung der Wiederaufbauphase. Sie bot aber der deutschen Verwaltung auch die Möglichkeit, den weiteren Gang der wirtschaftlichen Entwicklung nachhaltig zu beeinflussen. Die nachfolgende Zeit bis zum Ende des hier betrachteten Zeitraums ist daher durch ein Nebeneinander maßgeblicher Einflußfaktoren gekennzeichnet. Sie waren teilweise durch deutsche, teilweise nach wie vor durch alliierte Entscheidungen bestimmt.

Die Währungsneuordnung beseitigte vor allem die Gefahr, die einer wiederanlaufenden Produktion von seiten der angesammelten Geldbeträge drohte. Ferner war sie geeignet, eine neue Leistungsbereitschaft zu erwecken, von der ein Wiederaufstieg hauptsächlich abhängig sein würde. Bislang hatten sich sowohl Unternehmen als auch die Bevölkerung einer Situation gegenüber gesehen, in der das Geld infolge des aus der Vorkriegszeit (1936) übernommenen Preisstopps und des dadurch entstandenen Mißverhältnisses zwischen Geldvolumen und Güterangebot seine eigentlichen ökonomischen Funktionen weitgehend verloren hatte. Insbesondere gingen vom Geldwerb kaum Leistungsanreize aus, da wenig Verwendungsmöglichkeiten für Geldeinkommen bestanden.

Zwar konnte man die Auswirkungen der Reform in dieser Hinsicht nicht exakt voraussagen. Infolge der physischen Lage der Bevölkerung und des nur teilweise funktionierenden Produktionsapparates waren ja die Leistungsbereitschaft und damit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit begrenzt und das Güterangebot noch gering. Immerhin war damit zu rechnen, daß wenigstens die theoretischen Erfordernisse für eine Wiederherstellung einer funktionsfähigen Wirtschaft erfüllt würden. Hinsichtlich des sehr scharfen Umstellungsverhältnisses von nur 100:6,5, das wahrscheinlich aus Vorsichtsgründen gewählt wor-

den war, ist der alliierte Anteil hervorzuheben. Es wäre wohl von deutscher Seite kaum durchsetzbar gewesen, da z. B. auch Geldvermögen wie Bargeld zu Umsatzzwecken behandelt wurde.

Die Stagnation der deutschen Wirtschaft wurde durch die Währungsreform in einem überraschenden Ausmaß überwunden. Trotz der erwartungsgemäß einsetzenden Konsumgüternachfrage gelang es, die Relation zwischen Angebot und Nachfrage einigermaßen zu kontrollieren. Die befürchtete erneute Inflation blieb trotz teilweise beträchtlicher Preissteigerungen im Jahre 1948 aus. Der angelaufene Expansionsprozeß drohte aber an strukturellen Schwierigkeiten zu scheitern, die auch durch die amerikanische Hilfe nicht beseitigt werden konnten. Von besonderem Gewicht blieb daher weiterhin die Frage, in welchem Maß die Demontagezielsetzungen trotz der veränderten Gesamtlage verwirklicht werden sollten. Der Abbau von Industrieanlagen ging nämlich inzwischen auf der Basis des revidierten Industriepfandes und der Demontageliste vom Oktober 1947 weiter und bedrohte die Erreichung der Ziele des Europäischen Wiederaufbau-Programms.

Die Wirtschaftspolitik der deutschen Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes hatte sich vordringlich auf eine Lösung der hierdurch aufgeworfenen Probleme zu richten. Sie hatte dabei u. a. auch die beschäftigungspolitischen Auswirkungen der Ausschaltung strukturell wichtiger industrieller Kapazitäten zu bedenken, die sich insbesondere für die Überwindung der Arbeitslosigkeit von weit mehr als einer Million Personen sehr nachteilig auswirkte. Arbeitsbeschaffung mußte ein vorrangiges Ziel sein, weil die große Zahl zugeströmter Vertriebener eingegliedert werden mußte. In wiederholten Vorstellungen gegenüber der Marshall-Plan-Administration und den westlichen Alliierten, vor allem den USA, bemühte sich die deutsche Wirtschaftspolitik um die Beendigung des Industrie-Abbaus und die Erhaltung der bedrohten Arbeitsplätze.

Jedoch zeigte sich hierbei die außerordentlich enge Verzahnung zwischen der innerdeutschen Wirtschaftsentwicklung und der außenpolitischen Gestaltung in Westeuropa. Obwohl sich in den USA die Stimmen gegen die Fortführung der Demontagen mehrten, gelang es der amerikanischen Regierung nur langsam, ihre Auffassung gegenüber den Regierungen Frankreichs und Englands durchzusetzen. Fer-

ner trug die vorgesehene Aufteilung der demontierten Anlagen auf insgesamt 16 Entschädigungsempfängerländer zu einer Komplizierung der Lage bei, der sich die UdSSR auf der anderen Seite nicht ausgesetzt sah.

Zwar war inzwischen klar, daß ganz Westeuropa durch ein Zurückbleiben Deutschlands bei der Erfüllung der ERP-Ziele geschädigt werden würde. Die Reparationsgesichtspunkte in der Demontage-Frage verloren infolgedessen an Gewicht. Dagegen erwiesen sich Aspekte der europäischen Sicherheit immer wieder als Faktoren, welche die Wandlungen der Einstellung in Frankreich und auch in England behinderten. Außerdem läßt sich nicht übersehen, daß Wettbewerbsgründe eine Rolle spielten.

Deshalb konnte erst im April 1949 ein weiterer Fortschritt auf diesem wichtigen Gebiet erzielt werden. Eine größere Zahl von Betrieben wurde von der Demontageliste gestrichen (159 Betriebe mit ca. 10 % des Gesamtwertes der Demontagen in der britischen Zone). Erleichterungen wurden auch hinsichtlich der Liste verbotener und eingeschränkter Industriezweige gewährt (Schiffsbau, Werkzeugmaschinen- und NE-Metallindustrien). Allerdings waren vor allem im Stahlsektor nach wie vor Kapazitätsverringerungen vorgesehen, die im Widerspruch zum Wiederaufbauprogramm standen.

Die Demontagen wurden aber auf der nunmehr verringerten Basis Mitte 1949 wieder aufgenommen. Das führte zu schwerwiegenden psychologischen Belastungen der deutschen Bevölkerung kurz vor der ersten Bundestagswahl. Sie schlugen sich auch in der Tätigkeit der neuen Bundesregierung nieder, die im September 1949 die bisherige deutsche Wirtschaftsverwaltung abgelöst hatte und nunmehr für alle drei Besatzungszonen zuständig war. Bereits kurz nach ihrer Einsetzung gab sie eine Demontage-Erklärung im Bundestag ab. Einer ihrer ersten größeren Erfolge war das Petersberger Abkommen vom 22. November 1949. Es brachte einen wesentlichen Durchbruch in der Demontage-Frage.

Um die bestehenden Befürchtungen in bezug auf mögliche deutsche Aggressionen zu zerstreuen, trat die Bundesrepublik der internationalen Ruhrbehörde bei. Zur Kontrolle der Ruhrindustrie war diese Institution im Jahre 1948 von den sechs Ländern USA, Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien und Luxemburg errichtet worden. Hier zeichnete sich der weitere Weg der westdeutschen Wirtschaft klar ab. Die enge Verknüpfung von Demontage-, Reparations- und Sicherheitsfragen

führte dazu, daß eine Freigabe der Industrieerzeugung von quantitativen und qualitativen Begrenzungen in wesentlichen Bereichen nur über inter- bzw. supranationale Einrichtungen wie die Ruhrbehörde zu erreichen war, von denen eine gewisse Kontrolle ausgeübt werden konnte. Deutschland erlangte durch seinen Beitritt immerhin eine Einwirkungsmöglichkeit in einer alliierten Behörde, aus der sich später mehr oder weniger folgerichtig die Montanunion entwickelte.

Die endgültige Einstellung der Demontagen zog sich allerdings noch bis Anfang 1951 hin. Auch die Aufhebung von Produktionsbeschränkungen ging nur schrittweise vor sich; so fiel das Schiffbauverbot erst im April 1951, andere noch später. Trotzdem wurden die Produktionsziele des Marshall-Planes für 1952 schon erheblich früher erfüllt. Die Hauptzielsetzung der deutschen Wirtschaftspolitik, die Überwindung der vielen Hemmnisse und Beschränkungen, konnte als gelungen bezeichnet werden. Ihr Preis war die Verbindung der Bundesrepublik mit dem Westen und die teilweise Übertragung eigener Befugnisse auf internationale Institutionen.

5. Marktwirtschaftliches System

Anders als die Währungsreform in der Sowjetischen Besatzungszone, die wenige Tage nach der westdeutschen vorgenommen wurde, hatte diese eine wesentlich größere Bedeutung für die Wiederbelebung. Im Osten legte ja bereits die Wirtschaftsplanung Produktionsziele und Produktionsstruktur für die Betriebe weitgehend fest. Für den Westen wurde entscheidend wichtig, daß zugleich mit der Währungsreform die grundsätzliche Entscheidung zugunsten der Wiederherstellung einer funktionsfähigen Marktwirtschaft getroffen wurde. Erst mit diesem Schritt wurde der Aufbau eines bestimmten *Wirtschaftssystems* eingeleitet. Auf verschiedenen anderen Gebieten läßt sich eine weitgehende zeitliche wie sachliche Entsprechung der Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands feststellen. In *dieser* Hinsicht hinkte der Westen eindeutig nach, zumal von seiten der Besatzungsmächte keine einheitliche Linie verfolgt wurde. In der französischen Zone blieb es bei einer schärferen Bewirtschaftung.

Die Frage, nach welchen Prinzipien die westdeutsche Wirtschaft künftig organisiert werden sollte, war bis zu diesem Zeitpunkt verhältnismäßig wenig aktuell gewesen. Eine administrative Verteilung der geringen Produktion war aus der Kriegszeit überkommen. Sie war auch aus wirtschaftlichen Gründen zwingend gewesen, solange das Mißverhältnis zwischen verfügbarer Geldmenge und Güterangebot bei gestoppten (Vorkriegs-)Preisen so groß blieb. Die Begleiterscheinungen in Form schwarzer Märkte waren allerdings nicht zu übersehen.

Trotz dieser Zwangslage hatte sich in der deutschen Öffentlichkeit schon bald nach Kriegsende eine eingehende Debatte über derartige Probleme ergeben. Dabei war eine starke Strömung zugunsten einer umfassenden Sozialisierung der Produktionsmittel und für eine Bodenreform aufgetreten. Sie bildete auch in den folgenden Jahren einen wichtigen Gegenstand der innenpolitischen Auseinandersetzung in Deutschland. Sozialisierungsforderungen kristallisierten sich insbesondere bei den Linksparteien SPD und KPD, blieben aber nicht auf diese beschränkt. Eine Verstaatlichung der wesentlichen Zweige der deutschen Industrie sollte die Grundlage für eine umfassende Wirtschaftsplanung bilden. Die Planwirtschaft war ja eine der traditionellen Zielsetzungen auch der SPD, für die man nun Verwirklichungschancen sah. Die Notwendigkeit einer Bewirtschaftung schien diese Auffassung zu stützen. Insbesondere in der britischen Besatzungszone, die ohnehin den wesentlichen Teil der deutschen Schwerindustrien umfaßte und daher für eine Sozialisierung den Hauptbereich bildete, wurden solche Bestrebungen auch durch die englische Besatzungsmacht und die Verbindungen der Sozialdemokratie zur regierenden Labour-Party gefördert. In England war zu jener Zeit bekanntlich das Konzept des Wohlfahrtsstaates mit einer weitgehenden staatlichen Lenkung der Wirtschaft entwickelt und größtenteils auch in die wirtschaftspolitische Praxis umgesetzt worden. Die Verstaatlichung wichtiger Wirtschaftszweige spielte dort eine zentrale Rolle. Offenbar glaubte man in der Labour-Party, ähnlich wie ja auch in der Sowjetunion, daß Deutschland beim weiteren Fortgang eines weltweiten Sozialismus eine Schlüsselposition zufallen könne.

Auf der anderen Seite glaubten die amerikanischen Behörden wohl eher aus pragmatischen Gründen an die Notwendigkeit fortdauernder

zentraler Bewirtschaftung, wenigstens bis zu einer Wiederherstellung des angestrebten Lebenshaltungsniveaus mit entsprechendem Güterangebot. Bestimmte ordnungspolitische Zielsetzungen bestanden auf amerikanischer Seite hauptsächlich in bezug auf die Organisationsprinzipien der deutschen Industrie; man ging dabei offenbar stillschweigend davon aus, daß diese auch weiterhin in privater Hand sein würde. Entflechtung der Konzerne der deutschen Schwer- und Chemie-Industrie sowie eine umfassende Dekartellisierung wurden in diesem Sinne nachdrücklich verlangt und hatten langfristige Auswirkungen auf die Entwicklung des westdeutschen Wirtschaftssystems.

Die in Deutschland zunächst recht starken Sozialisierungstendenzen führten teilweise auch zu konkreten Schritten, wie der Verstaatlichung bestimmter Industrien in Hessen. Sie stießen aber im Verlauf der innenpolitischen Klärung zunehmend auf Widerstand. So war für die unerwartet und gegen die Ansichten zahlreicher deutscher und alliierter Stellen durchgesetzte Hinwendung zur Marktwirtschaft immerhin eine relativ breite Grundlage vorhanden. Die Befreiung privater Initiative von den Fesseln des Bewirtschaftungssystems wurde in der Bevölkerung zweifellos weitgehend begrüßt, zumal auch im sozialpolitischen Bereich ein gewisses Mindestmaß an Schutz gewährt wurde. Strittig war allerdings die Frage, ob zum gegebenen Zeitpunkt der Übergang zu einem auf freier Marktpreisbildung beruhenden System realisierbar sei.

Im Hintergrund dieser wirtschaftspolitischen Entwicklungen stand eine kräftige Wiederbelebung des wirtschaftlichen Liberalismus. In Deutschland stützte sie sich auf die Arbeit der Freiburger Schule der Nationalökonomie unter ihrem Hauptvertreter Walter Eucken. Funktionsfähige Märkte mit freier Preisbildung, eine Rahmengesetzgebung und ständige Sicherung der Funktionsbedingungen der Wettbewerbswirtschaft durch den Staat sowie privates Eigentum an den Produktionsmitteln bilden die Grundlagen der wirtschaftspolitischen Anschauungen dieser Richtung. Sie erstrecken sich auch auf die außenwirtschaftlichen Beziehungen und befürworten eine ungehinderte Eingliederung nationaler Volkswirtschaften in eine Weltwirtschaft, die ebenfalls nach liberalen Prinzipien organisiert ist. Die wirtschaftspolitische Durchschlagskraft dieser Schule war nach der Überwindung der zunehmend unter staatlichen Einfluß geratenen NS-Wirtschafts-

ordnung besonders groß. Sie wurde offensichtlich durch die allgemeine psychologische Situation in Deutschland noch verstärkt.

In ihren Grundlinien entsprach sie auch der seitens der USA noch im Kriege begonnenen Neuausrichtung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die sich in den Versuchen zur Schaffung einer Internationalen Handelsorganisation (ITO) und in dem Konzept des Europäischen Wiederaufbau-Programms niedergeschlagen hatte. Ein Abbau der hemmenden Zollschränken, der Devisenbewirtschaftung und anderer Handelsrestriktionen und eine Zurückdrängung des seit der Weltwirtschaftskrise so stark angewachsenen Staatseinflusses in der Wirtschaft war ein weitgehend unterstütztes Ziel. Es wurde auf deutscher Seite ebenso geteilt wie die Wettbewerbspolitik der USA, die später zur deutschen Kartellgesetzgebung führte.

Allerdings bedeutete die Entscheidung für eine Liberalisierung der Binnenmärkte und einen damit einhergehenden Abbau der Bewirtschaftung im Juni 1948 nur einen ersten Schritt. Die Bemühungen zur Verwirklichung des neo-liberalen Ordnungskonzeptes erstreckten sich über eine Reihe von Jahren, weit über die Zeit bis 1949 hinaus.

Im Vergleich zu dem reinen marktwirtschaftlichen Modell, wie es von der Freiburger Schule vertreten wurde, war allerdings die tatsächlich während jener Zeit betriebene Wirtschaftspolitik ein nur teilweise freies System. Ihr Weg ist durch ein Nebeneinander von freien Märkten mit ungehinderter Preisbildung als regulierendem Prinzip (besonders in konsumnahen Bereichen) und Sektoren andauernder zentraler Beeinflussung in mehr oder weniger großem Umfang gekennzeichnet. So blieben administrative Preisvorschriften in den Grundstoffindustrien und anderen Bereichen, in der Wohnungswirtschaft usw., bestehen. Für wichtige Güter blieb zunächst auch noch eine direkte Bewirtschaftung in Kraft. Außerdem war ein sehr beträchtliches öffentliches Eigentum an Produktionsmitteln vorhanden.

Von größerem Gewicht war die Beibehaltung einer weitgehend vom Markt unabhängigen Zinsfixierung. Diese machte wiederum ziemlich umfangreiche Kapitalbildungs- und lenkungsmaßnahmen der öffentlichen Hand notwendig, weil wesentliche Wirtschaftszweige nicht in der Lage waren, sich selbst zu finanzieren, und Kapital am Markt nicht zu erhalten war. Die besondere Konstruktion der amerikanischen Hilfslieferungen, die mit der Bildung

der sogenannten „Counterpart Funds“ verbunden war, trug wesentlich zur Überwindung derartiger struktureller Schwierigkeiten bei.

Daß die Kapitalknappheit der westdeutschen Wirtschaft ein langanhaltendes Phänomen blieb, macht die Probleme deutlich, die sich aus Kriegs- und Demontageschäden, der Zerschneidung traditioneller gesamtdeutscher Wirtschaftsbeziehungen und aus der notwendigen Eingliederung der Flüchtlinge ergaben. Sie lassen sich sinngemäß auch auf die Wirtschaft der DDR übertragen und bieten wenigstens teilweise eine Erklärung für die dort betriebene forcierte Kapitalbildung über den Staatshaushalt. Im westlichen Teil wurden allerdings bei der ebenfalls hohen Kapitalbildungsquote die Konsumentenwünsche in der Produktionsstruktur wesentlich stärker berücksichtigt. Dennoch brachte das marktwirtschaftlich-privatunternehmerische System auch eine Reihe von Spannungen mit sich. Kritik richtete sich vor allem gegen den sozialpolitisch um-

strittenen Schritt des Anfangs, angesichts eines noch bestehenden Mangels und niedrigen Lebensstandards die Bewirtschaftung aufzuheben und starke Unterschiede der persönlichen Einkommen wie der Vermögen zuzulassen.

Bei einer solchen Bewertung muß aber beachtet werden, welches die vordringlichen Aufgaben jener Zeit waren. Die produktionspolitischen Ziele wurden weitgehend erreicht, und das kräftige Wachstum verminderte die entstandenen Spannungen wahrscheinlich besser, als es eine administrative Verteilung auf niedrigem Niveau vermocht hätte. Die enge ökonomisch-funktionale Verbindung von differenzierter Entlohnung, Leistungswillen und Risikobereitschaft insbesondere im Zusammenhang mit dem Produktionsmitteleigentum ist dabei zu erwähnen. Die neueren Entwicklungen im sowjetischen Wirtschaftssystem lassen erkennen, wie stark wirtschaftliches Wachstum von einer richtigen Berücksichtigung dieser Faktoren beeinflusst wird.

V. Vergleichende Beurteilung der Entwicklung

Die vorangegangene Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung in Ost- und Westdeutschland hat einen Eindruck von den wesentlichsten Grundzügen während der Jahre 1945 bis 1949 gegeben. Nachstehend wird ein zusammenfassender vergleichender Überblick geboten, der mit einigen Schlußfolgerungen aus heutiger Sicht verbunden wird.

1. Die Tatsachen

Als Hauptergebnis dieser Zeit ist festzuhalten, daß aus ursprünglich gleichen Zielen der Siegermächte in Ost und West entgegengesetzte Entwicklungen entsprangen. Die ehemals einheitliche Volkswirtschaft Restdeutschlands befand sich 1949 in einem fortschreitenden Desorganisationsprozeß. Das bezieht sich sowohl auf die systemkonstituierenden Faktoren als auch auf den Inhalt des Wirtschaftsprozesses, der sich innerhalb des durch sie gesetzten Rahmens entfaltet.

Im Westen war die allmähliche Befreiung von Restriktionen mit dem Aufbau eines marktwirtschaftlichen Systems auf der Basis privaten Eigentums, freier Initiative und wirtschaftlichen Wettbewerbs verbunden, das weitgehend dezentralisiert, wenn auch nicht ohne staatlichen Einfluß ist. Dabei darf nicht überse-

hen werden, daß auch im Westen ein neues System verwirklicht wurde, das sich von den Prinzipien der Staatswirtschaft des Dritten Reiches scharf abhebt. Im Osten fand eine Hinwendung zur Planwirtschaft und eine strenge Zentralisierung aller wirtschaftlichen Entscheidungen statt. Damit verbunden war die tendenzielle Beseitigung privaten Produktionsmitteleigentums und unternehmerischer Entscheidungen sowie die Ausrichtung individueller Initiativen auf die Ziele der Wirtschaftsplanung.

Das ökonomische Ergebnis ist dabei auf beiden Seiten relativ gleich: Die durch das Potsdamer Abkommen und den Industriepan von 1946 gezogenen Produktionsgrenzen waren mehr oder weniger gefallen oder doch ihre völlige Beseitigung vorauszusehen. Die Preisgabe der ursprünglich auf alliierter Seite bestehenden Absichten ging einher mit einem Anschluß an die sich zunehmend weiter auseinander entwickelnden großen machtpolitischen und wirtschaftlichen Blöcke. Einer verhältnismäßig freien Einordnung der westdeutschen Wirtschaft in die Weltwirtschaft stand dabei die Umorientierung Mitteldeutschlands auf den Ostblock bei weitgehender Abkapselung von den traditionellen Weltmarktbeziehungen gegenüber.

2. Die Ursachen

Grenzt man die Fragestellung auf die ökonomischen Verhältnisse in Deutschland ein, so sind die Ursachen für diese divergierende Entwicklung in der etwa zu Anfang 1946 sichtbar hervorgetretenen neuen Konzeption der Sowjetunion zu suchen. Dabei ist es durchaus möglich, daß eine solche Konzeption auf sowjetischer Seite schon viel früher bestanden hat. Der übereilte Abbau von mitteldeutschen Industrieanlagen könnte allerdings auch einen gegenteiligen Schluß erlauben und einen langsamen Entwicklungsprozeß politischer Gedanken nahelegen. Ebenso ist hiermit nichts über einen etwaigen Anteil des Westens an der Herausbildung des Ost-West-Gegensatzes und des Kalten Krieges ausgesagt. Lediglich in bezug auf die gegenüber Deutschland eingeschlagene Wirtschaftspolitik gilt, daß äußerer Anlaß zur Spaltung die von der UdSSR vorgebrachten veränderten Reparationsforderungen waren, auf welche die Westalliierten mit der allmählichen Entwicklung eines eigenen unabhängigen Konzeptes antworteten.

Ein zeitlicher Vergleich der einzelnen Stufen zur Wiedereingangssetzung der deutschen Wirtschaft und Bildung entsprechender deutscher Organisationen in den Besatzungszonen macht eine bemerkenswerte Übereinstimmung deutlich. Dabei taten zumeist die Westmächte den ersten Schritt. Die Sowjets folgten gewöhnlich in kurzem Abstand. Besonders ist das am Beispiel der getrennten Währungsreform sichtbar. Sie wird von östlicher Seite vielfach als wesentlicher Grund für die Trennung Deutschlands angeführt, da sie vom Westen willkürlich nur für Westdeutschland vorgenommen worden sei.

Eine Überlegung an Hand der vorhergegangenen Entwicklung in beiden Teilen zeigt jedoch, daß die Währungsfrage durchaus zweitrangig war, soweit die auseinanderstrebenden Tendenzen in Deutschland zur Debatte stehen. Man muß die getrennte Reform im Westen vielmehr als Schlußfolgerung aus einer ohnehin schon früher begonnenen, mit dem allgemeinen Ost-West-Gegensatz verbundenen Ausbildung verschiedener Systeme betrachten. Die ökonomische Bedeutung, die ihr normalerweise zu eigen ist, konnte eine einheitliche gesamtdeutsche Währung wegen des Vorranges der Planung im Osten, wegen der Beschränkung des Austausches zwischen beiden Teilgebieten und wegen der Ausrichtung der mitteldeutschen Wirtschaft auf andersartige Planungsziele nicht erfüllen.

Die westlichen Verbündeten zogen also hier wie in anderen Fällen nur die Konsequenz aus einer bestehenden Situation, die sich — aus welchen Gründen auch immer — inzwischen ergeben hatte.

3. Wandel der wirtschaftspolitischen Zielsetzungen

Ausschlaggebend für diese Entwicklung war ein Wandel in der Motivation der sowjetischen Politik in Fragen der Stellung und Behandlung Deutschlands. Die Sieger waren ursprünglich davon ausgegangen, die deutsche Produktionskapazität zu verringern und zu beschränken, um einerseits eine Wiedergutmachungsleistung zu erlangen, andererseits aber um zukünftigen deutschen Aggressionsbestrebungen einen Riegel vorzuschieben. Die Beschränkung der Industrie sollte als Instrument dazu dienen.

Inzwischen beabsichtigte die UdSSR aber, das deutsche Produktionspotential in möglichst weitem Umfange in die eigenen Wiederaufbau- und Expansionspläne einzuschalten. Wirtschaftliche und militärische Absichten mögen dabei gleichermaßen im Spiel gewesen sein. Im östlichen Teil Deutschlands führte somit das Bestreben der Sowjetunion, den eigenen wirtschaftlichen Aufbau zu unterstützen, zu einer Aufhebung der Produktionsbeschränkungen.

Im Westen ergaben sich nach der Inangangsetzung eines Wiederaufbau-Programms für Westeuropa, das sich ebenfalls in starkem Maße auf die deutsche Wirtschaft als traditionelles Kernstück der europäischen Industrie gründete, Widersprüche zwischen alten und neuen Zielsetzungen. Die Sicherheitsfrage trat, nachdem das Reparationsargument im eigentlichen Sinne an Gewicht verloren hatte, stärker hervor. Dafür waren offensichtlich die Furcht vor einer wiedererstehenden deutschen Industrie und auch Wettbewerbsbefürchtungen in einzelnen westlichen Ländern ursächlich. Diese Problematik war daher eng mit der Wirtschaftspolitik in ihrer konstruktiven Periode verknüpft. Die Sowjetunion löste sie auf machtpolitischem Wege wesentlich einfacher, obwohl selbstverständlich auch der Westen Deutschlands infolge seiner Außenhandelsabhängigkeit kontrollierbar ist.

Es ist daher einleuchtend, daß die Eingliederung in größere Zusammenhänge sich mehr oder minder zwangsläufig ergab, weil nur so

die vorhandenen Befürchtungen über das Verhalten eines wirtschaftlich erholtten Deutschlands überwunden werden konnten. Sie entspringt somit folgerichtig den Entschlüssen zur faktischen Beseitigung der wirtschaftlichen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens.

Die Möglichkeit, sich aus dem wirtschaftlichen Tiefstand zu erholen und einen annehmbaren Lebensstandard wiederzugewinnen, ist insofern nicht anders vorstellbar. Angesichts der aus verschiedenen Ursachen aufgetretenen Spannungen zwischen den Weltmächten muß man die zunehmende Auflösung der Beziehungen zwischen der Wirtschaft West- und Mitteleuropas als unvermeidlich ansehen.

4. Ökonomische Fragen

Die eingeschlagene Wirtschaftspolitik in beiden Teilen Deutschlands selbst wurde weitgehend von der Durchschneidung früherer „natürlicher“ Austauschbeziehungen und den Anforderungen der Besatzungsmächte bestimmt. Vor allem im Osten bewirkten die Demontageschäden und sowjetischen Anforderungen an die laufende Produktion starke strukturelle Veränderungen. Daraus und aus der Unmöglichkeit, benötigte Industriegüter wie früher aus Westdeutschland einzuführen, leiteten sich bestimmte Investitionsnotwendigkeiten her, wie etwa der Vorrang schwerindustrieller Investitionsprojekte zeigt. Die Unterschiede in der schon Ende der vierziger Jahre ungleichen Lebenshaltung in Ost und West sind vorwiegend auf solche autarkiebetonten Erfordernisse zurückzuführen.

Auch Westdeutschland ging mit erheblichen Verpflichtungen in das folgende Jahrzehnt. Jedoch bedeutete die ausländische Hilfe, die es zuvor erhielt, eine wichtige Stütze des Wiederaufbaus. Sie ermöglichte die Überwindung von Zahlungsbilanz- und Kapitalbildungsproblemen im Anfangsstadium, als diese eine Ausdehnung der Produktion stark behinderten. Hierin liegt eine wesentliche Hilfe im Vergleich zur Sowjetzone, die überwiegend auf die eigene Produktionsleistung bei äußerster Drosselung des Lebensstandards angewiesen war. Die Einführung eines planwirtschaftlichen Systems selbst scheint dabei insofern wirtschaftlich konsequent, als die sowjetische Wirtschaft sehr viel störanfälliger war als Marktwirtschaften und Importe aus der Zone besonders wichtige Lieferungen umfaßten.

5. Zur Problematik des Systemvergleichs

Anstelle einer bei Untersuchungen dieser Art vielfach üblichen Bewertung soll abschließend die Problematik eines solchen Inter-System-Vergleichs aufgeworfen und sollen einige grundsätzliche Aspekte des Themas erfaßt werden. — Einerseits bezogen sich die Darlegungen auf einen nur sehr begrenzten Zeitabschnitt, zum anderen waren die Systeme selbst in den seither verstrichenen zwei Jahrzehnten vielfältigen, auf Veränderungen tendierenden Einflüssen ausgesetzt. So ist es zwar unbestreitbar, daß in der zugrunde liegenden Phase die Weichen für einen Abschnitt der deutschen Wirtschaftsgeschichte gestellt wurden. Es ist jedoch weder statthaft, jene Ereignisse und ihre am Ende der vierziger Jahre sichtbaren Ergebnisse zu verabsolutieren, noch etwa, heutige Probleme als Maßstab vergangener Entwicklungen zu benutzen.

Für den Systemvergleich ergeben sich außerdem eine Reihe sehr schwieriger methodischer Probleme, die selbst unter Ausschaltung politischer Fragen auch im engeren Bereich der Wirtschaft komplizierte Erörterungen verlangen. Für die hier betrachteten Zusammenhänge sei nur auf die angewendeten Wachstumsstrategien in Ost und West verwiesen, bei denen annähernd gleiche Sparquoten ganz unterschiedlich produktionswirksam wurden. Ein „objektives“ Beurteilungskriterium für die sich ergebenden Wirkungen auf den Lebensstandard der Bevölkerung in den vergangenen 20 Jahren kann jedoch zur Zeit von der wirtschaftspolitischen Theorie wegen der erforderlichen gesamtgesellschaftlichen Nutzenfunktionen noch nicht angeboten werden. Ähnliches gilt für den Bereich der Sozialpolitik, der Einkommens- und Vermögensverteilung usw. Jeder Versuch einer Bewertung stößt unvermeidlich an Grenzen und kann im Ergebnis die Hürde sozialphilosophisch begründeter Wertungen nicht überwinden.

Langfristig betrachtet wurde in beiden Teilen Deutschlands das gleiche ökonomische Problem einer Harmonie von privaten und öffentlichen Interessen von den jeweiligen einseitig betonten Positionen aus in Angriff genommen, wie es eben den traditionellen Auffassungen von Liberalismus und Kommunismus entspricht. Der Bevölkerung dürfte zweifellos der westliche Weg als der ihren Wertvorstellungen adäquatere erschienen sein. Die Befriedigung von Kollektivbedürfnissen, die in der DDR aufgrund ihres gesellschaftspolitischen

Konzepts (im wesentlichen erst nach 1950, teilweise aber auch schon früher) betont wurde, hatte im Urteil der westdeutschen Bevölkerung mit Sicherheit nicht das ihnen heute beigelegte Gewicht, zumal viel unmittelbarer drängende Probleme zu lösen waren.

Das Zurückbleiben der Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft hinter der westlichen hingegen ist auch nach heutiger östlicher Sicht Folge eines unzureichenden, eher auf quasi-frühkapitalistische Verhältnisse zugeschnittenen und aus der UdSSR übernommenen Lenkungssystems, das dem Marktmechanismus in einer industriellen, dynamischen Wirtschaft auch damals schon nicht gewachsen war. Dieser schließt Anreizwirkungen einer differenzierten Verteilungspolitik unter ökonomischen Aspekten weitgehend ein. Für die hier interessierende erste Phase der Nachkriegswirtschaft standen diese an erster Stelle. Daß daraus für die spä-

teren Jahre auch Probleme entstanden, wird damit nicht geleugnet. Doch muß jede andere Beurteilung berücksichtigen, daß die Realisierung sozialpolitischer Ideen eine materielle Grundlage voraussetzt, die es vor 1950 nicht gab.

Ob hingegen die in der vorangegangenen Untersuchung für die Jahre 1945—1949 aufgezeigte Entwicklung von Dauer sein wird, vermag man nicht vorauszusehen. Im Urteil des Ostens handelt es sich bei dem dort vollzogenen Übergang zu einer sozialistischen Wirtschaftsform sowjetischen Typs um eine notwendige und irreversible Folge der historischen Gesetzmäßigkeiten. Im Westen dagegen ist in den letzten Jahren über die Wandlungstendenzen eine ausgedehnte Debatte entstanden, die sich um den Begriff der „Konvergenz“ der Wirtschaftssysteme konzentriert und weitere Veränderungen beider Systeme voraussagt.